4b / 2006

Schriftenreihe [RFG]

Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden

Österreichischer Gemeindebund

Zukunft ländliche Gemeinde

Diskussionsbeiträge zum Österreichischen Gemeindetag 2006

MANZ

Österreichischer Gemeindebund

kommunal KREDIT

RPW_NÖ GBG
NÖ Gemeinde Beratungs- & Steuerberatungsgesmbh

KC kommunal consult

Leitner+Leitner

Für den Inhalt verantwortlich:

Österreichischer Gemeindebund
Löwelstraße 6, A – 1010 Wien
Tel: +43/1/512 14 80
Fax: +43/1/512 14 80-72
E-Mail: oesterreichischer@gemeindebund.at
www.gemeindebund.at

Die in den publizierten Texten vertretenen Meinungen und Ansichten stimmen nicht notwendigerweise mit den Ansichten des Österreichischen Gemeindebundes überein.

vortr. Hofrat Dr. Robert Hink
Generalsekretär
Gemeindebund

Dr. Reinhard Platzer
Generaldirektor
Kommunalkredit Austria AG

Bgm. Helmut Mödlhammer
Präsident
Gemeindebund

Vorwort der Herausgeber

Werte Leserin, werter Leser!

Noch nie zuvor hat es eine so intensive inhaltliche Vorbereitung eines Gemeindetags gegeben. Der 53. Österreichische Gemeindetag ist erster Höhepunkt eines dynamischen Prozesses, an dem bisher mehr als 650 Bürgermeister/innen und Gemeindevertreter/innen, zahlreiche Bundes- und Landespolitiker sowie Experten aus Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft teilgenommen haben. Im Zentrum des Interesses stand die Zukunft des ländlichen Raums. Als Plattform für die Diskussion dienten insgesamt fünf Konferenzen, die der Österreichische Gemeindebund und die Kommunalkredit Austria im Frühjahr 2006 in den Bundesländern Steiermark, Salzburg, Kärnten, Tirol und Niederösterreich abhielten.

Ergänzend dazu wurde die Diskussion erstmals auch im Internet auf eine breite Basis gestellt. Auf www.kommunalnet.at konnten alle Gemeindevertreter/innen und an der Thematik Interessierten ihre Ideen, Meinungen und Lösungsvorschläge in Diskussionsforen einbringen. Politiker und Experten aller Ebenen waren eingeladen, zu diesen Foren ihren Beitrag zu leisten, die Resonanz war überwältigend und bestätigte die Aktualität und die Dimension der Herausforderung, der sich die Verantwortungsträger in den Kommunen heute stellen.

Manche der Probleme des ländlichen Raums betreffen Gemeinden in allen Bundesländern, andere sind sehr regionalspezifisch. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Themen, der offene und ehrliche Diskurs zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik ist essentiell, um sinnvolle Maßnahmen und Initiativen anzudenken und auch umzusetzen.

Die Herausforderung ist groß. Ausdünnung der Infrastruktur, Verkehrsprobleme, Landflucht und Überalterung sind nur einige von vielen relevanten Stichworten in diesem Zusammenhang. Die Kommunalpolitik ist gefordert, ja geradezu verpflichtet, Konzepte zu

entwickeln, um diesen Trends entgegenzuwirken. Es bedarf Lösungen, die der Innovation eine Chance geben, die regionale Stärken fördern, die bereit sind, begrenzte Risken einzugehen und Tabubrüche zu wagen.

Dutzende Erfolgsbeispiele, innovative, interessante und vor allem auch umsetzbare Ideen wurden bei den Landeskonferenzen präsentiert. Einen Teil dieses Prozesses, der in den 53. Österreichischen Gemeindetag mündet, stellen wir Ihnen mit der vorliegenden Ausgabe der RFG-Schriftenreihe vor. Diskussionsbeiträge aus den Internet-Foren, Stellungnahmen von den Landeskonferenzen und Beiträge von Experten finden Sie in diesem Band zusammengefasst. Das vergangene Frühjahr mit seinen Landeskonferenzen, der vorliegende Band der Schriftenreihe und auch der Gemeindetag selbst sind jedoch nur der Anfang. Die Auseinandersetzung mit der Zukunft des ländlichen Raums muss und wird weitergehen. Viele Herausforderungen sind noch zu lösen, viele Probleme müssen noch angepackt werden. Mit dieser Publikation und den Veranstaltungen dieses Jahres setzen wir nur einen Startschuss.

„Arbeit sichern, Zukunft leben, Gemeinden stärken“, das ist das Motto des 53. Österreichischen Gemeindetages. Der ländliche Raum hat die Chance, dass wir ihn als Lebensraum, als Arbeitsraum und damit als Zukunftsraum gestalten. An uns allen liegt es, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Generalsekretär	*Generaldirektor*	*Präsident*
vortr. Hofrat Dr. Robert Hink	Dr. Reinhard Platzer	Bgm. Helmut Mödlhammer

Wien, Juli 2006

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 1

1. Hat der ländliche Raum eine Zukunft? 7
1.1 Arbeit sichern, Zukunft leben, Gemeinde stärken! 7
1.2 Der Begriff „Ländlicher Raum“ 8
1.3 Fakten zur Ausdünnung des ländlichen Raumes 9
1.4 KMUs beschäftigen zwei Drittel aller Arbeitnehmer. 10
1.5 Breiter Diskussionsprozess auf der Basis 12

2. Landeskonferenzen 13
2.1. Arbeitsplätze im ländlichen Raum
Konferenz in Lannach (Steiermark) am 31. März 2006 13
2.1.1. Politikerrunde 13
2.1.2. Erfolgsbeispiele und Expertenreferate aus der Steiermark 14
2.1.2.1. „Arbeit schaffen – Verkehr vermeiden“, am Beispiel des Holzinnovationszentrums im Bezirk Judenburg 14
2.1.2.2. Arbeitsplätze im Bezirk Deutschlandsberg durch Gemeindekooperation mit der Wirtschaft 15
2.1.2.3. Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Beschäftigungspolitik im ländlichen Raum 16
2.1.3. Publikumsdiskussion 17
2.2. Ist uns der ländliche Raum noch etwas wert? Regionale Stärken fördern – Arbeitsplätze sichern
Konferenz in Klessheim (Salzburg) am 4. April 2006 17
2.2.1. Politikerrunde 17
2.2.2. Erfolgsbeispiele und Expertenreferate aus Salzburg 18
2.2.2.1. Die regionalen Erfolgsfaktoren am Salzburger Arbeitsmarkt 18
2.2.2.2. Was kann die einzelne Gemeinde beitragen? 20
2.2.2.3. Was hält einen Betrieb im ländlichen Raum? 20
2.2.3. Publikumsdiskussion 21
2.3. Wie wichtig ist uns der öffentliche Personennahverkehr im ländlichen Raum?
Konferenz in Innsbruck (Tirol) am 5. Mai 2006 22
2.3.1. Politikerrunde 22
2.3.2. Erfolgsbeispiele und Expertenreferate aus Tirol 23
2.3.2.1. Öffentlicher Personennahverkehr im ländlichen Raum aus der Sicht der Gemeinde 23
2.3.2.2. Öffentlicher Personennahverkehr im ländlichen Raum aus der Sicht des Verkehrsverbundes 24

2.3.2.3. Notwendigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs für Menschen und Betriebe ... 25
2.3.3. Publikumsdiskussion ... 27
2.4. Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum ... 27
Konferenz in Pörtschach (Kärnten) am 7. Juni 2006 ... 27
2.4.1. Politikerrunde ... 27
2.4.2. Erfolgsbeispiele und Expertenreferate aus Kärnten ... 28
2.4.2.1. Interkommunale Zusammenarbeit von Kärntner Gemeinden ... 28
2.4.2.2. Beschäftigungspolitik im ländlichen Raum ... 29
2.4.2.3. Betriebsansiedelungen im ländlichen Raum ... 30
Stärken-Beispiele aus dem Raum Kärnten ... 30
2.4.3. Publikumsdiskussion ... 33
2.5. Gemeinsam stärker – Interkommunale Zusammenarbeit
Konferenz in St. Pölten (Niederösterreich) am 12. Juni 2006 ... 33
2.5.1. Politikerrunde ... 33
2.5.2. Erfolgsbeispiele und Expertenreferate aus Niederösterreich ... 34
2.5.2.1 Interkommunaler Gewerbepark Schmidatal ... 34
2.5.2.2. Unternehmerische Erfolgsstories und kommunales Zusammenwirken ... 36
2.5.2.3. Möglichkeiten aktiver Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik in der Gemeindezusammenarbeit ... 37
Gemeindeverbünde für aktive Arbeitsmarktpolitik ... 37
2.5.3. Publikumsdiskussion: ... 37

3. Stellungnahmen ... 39
3.1. Wertschöpfung im ländlichen Raum – Ist uns der ländliche Raum noch etwas wert? ... 39
Dr. Martin Bartenstein ... 39
Mag. Markus Beyrer ... 40
Walter Blachfellner ... 40
Mag. Gabi Burgstaller ... 41
Sepp Eisl ... 41
Hannes Gschwentner ... 42
Dr. Wilfried Haslauer ... 42
Dr. Anna Hosp ... 43
Hermann Kröll ... 44
Dr. Christoph Leitl ... 45
Helmut Mödlhammer ... 46
Dr. Reinhard Platzer ... 46
DI Josef Pröll ... 47
Mag. Alfred Riedl ... 48
Dr. Herbert Sausgruber ... 48
Hermann Schützenhöfer ... 49

ÖkR Rudolf Schwarzböck 50
DDr. Herwig van Staa 52
Dkfm. Christian Stiglitz 52
Mag. Herbert Tumpel 53
Mag. Franz Voves 54
3.2. Gemeinsam statt einsam: Interkommunale Zusammenarbeit als Rettungsanker für Landgemeinden? 55
Dr. Martin Bartenstein 55
Mag. Wilfried Berchtold 56
Walter Blachfellner 56
Mag. Gabi Burgstaller 57
Sepp Eisl 57
Ernest Gabmann 58
Hannes Gschwentner 59
Dr. Wilfried Haslauer 59
Dr. Anna Hosp 60
Dr. Christoph Leitl 61
Helmut Mödlhammer 61
Dr. Reinhard Platzer 62
DI Josef Pröll 63
Mag. Alfred Riedl 64
Dr. Herbert Sausgruber 64
Hermann Schützenhöfer 65
Mag. Wolfgang Sobotka 66
DDr. Herwig van Staa 66
Mag. Herbert Tumpel 67
Bernd Vögerle 68
Mag. Franz Voves 68
3.3. Infrastruktur in ländlichen Regionen – für einen gesicherten Lebens- und Arbeitsraum. 69
Dr. Martin Bartenstein 69
Mag. Markus Beyrer 70
Walter Blachfellner 70
Mag. Gabi Burgstaller 71
Sepp Eisl 71
Hannes Gschwentner 72
Dr. Wilfried Haslauer 72
Dr. Anna Hosp 73
Dr. Wilhelm Kraetschmer 74
Dr. Christoph Leitl 78
Dr. Andreas Pangl 78
Dr. Reinhard Platzer 80
DI Josef Pröll 81
Mag. Alfred Riedl 83

Dr. Herbert Sausgruber 83
Hermann Schützenhöfer 84
ÖkR Rudolf Schwarzböck 85
DDr. Herwig van Staa 86
Mag. Herbert Tumpel 86
Mag. Franz Voves 87
Dr. Anton Wais 88
3.4. Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum 91
Hans Ferlitsch 91
Helmut Mödlhammer 92
Ing. Reinhart Rohr 93
Dr. Claudia Schmied 93
3.5. Sicherstellung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs 95
Mag. Wilfried Berchtold 95
Helmut Mödlhammer 95
Dr. Reinhard Platzer 96
DI Josef Pröll 97
Dipl. Vw. Hubert Rauch 98
Manfred Rein 98
Anton Steixner 99
3.6. Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Tourismus 100
Dr. Hermann Hopp 100
Univ.-Prof. DDDr. Waldemar Hummer 101
Helmut Mödlhammer 102
Dr. Arthur Oberascher 102
Mag. Elisabeth Udolf-Strobl 103

IV. Resümee 105

Impressum 106

1. HAT DER LÄNDLICHE RAUM EINE ZUKUNFT?

Der ländliche Raum ist untrennbar mit der Arbeit des Österreichischen Gemeindebundes verbunden, denn dieser wurde 1947 gerade zu dem Zweck gegründet, um die Interessensvertretung der kleinen und ländlichen Gemeinden wahrzunehmen. Damals wie heute sind die Probleme des ländlichen Raumes groß. Im Allgemeinen geht es den ländlichen Gemeinden um die Bereitstellung von Rahmenbedingungen für einen attraktiven Lebens- und Arbeitsraum. Das immer größer werdende Spektrum der den Gemeinden übertragenen Aufgaben gibt ihnen einerseits ein großes Feld von Handlungsmöglichkeiten, andererseits werden die Gemeinden damit auch mit den vielfältigsten Problemen konfrontiert, die zu einer Ausdünnung der ländlichen Räume führen können. Daher hat sich der Österreichische Gemeindebund für das Jahr 2006 einen Arbeitsschwerpunkt zum ländlichen Raum gesetzt. Das Motto des Österreichischen Gemeindetages im September 2006 in Wien lautet daher:

1.1. ARBEIT SICHERN, ZUKUNFT LEBEN, GEMEINDE STÄRKEN!

Der Gemeindebund hat im Herbst 2005 einen Prozess zur Aufarbeitung dieses Arbeitsschwerpunktes eingeleitet und mit einer notwendigen Grundlagenforschung begonnen. Auf Initiative des Gemeindebundes wurde in der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) eine Studie über die **„Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume“** am Beispiel der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge erarbeitet.[1] Darüber hinaus hat der Österreichische Gemeindebund im Jahr 2005 eine weitere wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben. Der Vorstand des Institutes für Betriebswirtschaftslehre der Klein- und Mittelbetriebe der WU Wien, o.Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Josef Mugler hat sich bereit erklärt, eine solche zum Thema **„Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum – Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe“** zu erarbeiten. Der Österreichische Gemeindebund hat für den Gemeindetag 2006 außerdem eine neue Form der inhaltlichen Vorbereitung gewählt, indem im Frühjahr 2006 Landeskonferenzen zu den diversen Problemkreisen des Gemeindetages veranstaltet wurden. Damit ist es gelungen, die Diskussion zum Thema **Arbeit sichern, Zukunft leben, Gemeinde stärken** schon im Vorfeld auf regionaler Ebene zu starten. Die **Landeskonferenzen** fanden rege Beteiligung, sie zogen rund 650 kommunale Mandatarinnen und Mandatare an und brachten weitere Aspekte in die Vorbereitung des Gemeindetages ein.

Auf die laufenden Arbeiten des Gemeindebundes und der zitierten Studie der ÖROK aufbauend, hat der Österreichische Gemeindebund außerdem die Erarbeitung eines Masterplanes für den ländlichen Raum verlangt. Dieser soll in Form einer Empfehlung

---

[1]) Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume, am Beispiel der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und Regionale Governance: Veränderungen, Herausforderungen, Handlungsbedarf, Schriftenreihe der Österreichischen Raumordnungskonferenz Nr 171 (2006).

von der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) und daher unter Einbindung von Bund, Ländern und Gemeinden erstellt werden. Die Herausforderung dabei ist, eine Vernetzung aller maßgeblichen Akteure des ländlichen Raumes herzustellen und konkrete Lösungsansätze für eine zukunftsweisende Entwicklung nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf sozialer Ebene anzubieten.

1.2 DER BEGRIFF „LÄNDLICHER RAUM“

Als ländlicher Raum können alle Gebiete verstanden werden, die außerhalb der Ballungsräume liegen. Denn die kennzeichnenden Merkmale des ländlichen Raumes werden nicht allein durch die wirtschaftliche und soziale Struktur indiziert, sondern vielmehr von den gemeinsamen Problemstellungen einer strukturellen Benachteiligung dieser Regionen, etwa durch kleine Siedlungsräume, geringe Siedlungsdichte und schwerer Erreichbarkeit.

Dramatischer Rückzug der Land- und Forstwirtschaft

Blickt man in die Geschichte, so stellt man fest, dass der Begriff „Ländlicher Raum“ ursprünglich vor allem agrarisch geprägt war. Die Land- und Forstwirtschaft hat den ländlichen Raum in den vergangenen Jahrhunderten wohl am stärksten geprägt. Das ging auch einher mit der Schaffung einer großen Zahl von Arbeitsplätzen. War die Land- und Forstwirtschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit mehr als einem Drittel aller Berufstätigen der größte Sektor, so hat sich dieser Anteil zwischen 1971 und 2001 in Österreich dramatisch verändert. Er hat in diesen drei Jahrzehnten um mehr als 65 Prozent abgenommen und erreicht derzeit einen Anteil von nur mehr rund 4 Prozent. Es ist bekannt, dass sich parallel dazu nur partiell Alternativstrukturen etablieren konnten, wie es etwa durch den Tourismus in einigen Gebieten Österreichs gelungen ist.

Kennzeichnende Merkmale

Als kennzeichnende Merkmale des ländlichen Raumes werden daher eine geringe Bevölkerungsdichte, eine vorwiegend land- und forstwirtschaftliche Flächennutzung, aber auch eine kleinräumige Struktur der Siedlungen genannt. Österreich gliedert sich **in 2.358 Gemeinden,** ein Viertel davon (598 Gemeinden) hat weniger als 1.000 Einwohner, 1487 Gemeinden haben weniger als 2.000 Einwohner und nur 73 Gemeinden mehr als 10.000 Einwohner.

Nach einer gängigen Definition der OECD können rund 91 Prozent der Landesfläche Österreichs als ländlicher Raum bezeichnet werden.

41 Prozent der österreichischen Bevölkerung lebt in „überwiegend ländlichen Gebieten“, 37 Prozent in „maßgeblich ländlich geprägten Gebieten“. Daraus ergibt sich, dass **78 Prozent der österreichischen Bevölkerung** in Regionen lebt, die man **im weitesten Sinne als ländlich bezeichnen kann.**

22 Prozent der österreichischen Bevölkerung lebt dagegen in „überwiegend urbanisierten Gebieten“.

Bevölkerung 2001 und Zahl der Gemeinden 2005 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklassen (Einwohner)	Zahl der Gemeinden	Bevölkerung	
		absolut	%
bis 500	171	57.211	0,7
501 bis 1.000	427	318.147	4,0
1.001 bis 1.500	543	675.752	8,4
1.501 bis 2.000	346	605.285	7,5
2.001 bis 2.500	242	538.598	6,7
2.501 bis 3.000	159	433.747	5,4
3.001 bis 5.000	253	949.852	11,8
5.001 bis 10.000	144	953.081	11,9
10.001 bis 20.000	49	622.440	7,7
20.001 bis 30.000	12	290.383	3,6
30.001 bis 50.000	4	168.389	2,1
50.001 bis 100.000	3	204.116	2,5
100.001 bis 200.000[1])	3	439.558	5,5
200.001 bis 500.000[2])	1	226.244	2,8
1,000.001 und mehr[3])	1	1.550.123	19,3
Insgesamt	**2.358**	**8.032.926**	**100,0**

Quelle: STATISTIK AUSTRIA – Volkszählung 15. 5. 2001, Gebietsstand 1. 1. 2005.
1) Innsbruck, Linz, Salzburg.
2) Graz.
3) Wien.

Aus der Sicht eines problemorientierten Ansatzes ist aber grundsätzlich davon auszugehen, dass außer den Landeshauptstädten und einigen Umlandgemeinden bzw Bezirkshauptstädten **alle österreichischen Gemeinden** mit Problemen belastet sind, die vorwiegend im ländlichen Raum auftreten. Das heißt, dass in Gebieten mit erwartbarer Bevölkerungsabnahme, geringer Bevölkerungsdichte und in Ortschaften geringer Einwohnerzahl Handlungsbedarf besteht, um eine gezielte Standortpolitik für einen gesicherten Lebens- und Arbeitsraum zu betreiben.

1.3. FAKTEN ZUR AUSDÜNNUNG DES LÄNDLICHEN RAUMES

Tatsache ist, dass sich eine Ausdünnung der ländlichen Räume ergeben hat, die sich anhand verschiedenster Parameter dokumentieren lässt:

Gasthäuser: Mehr als 200 Gemeinden verfügen nicht einmal mehr über ein Gasthaus.

Lebensmittelversorgung: Die **Zahl der Lebensmittelgeschäfte** hat sich von 1970 bis 2003 **von 20.310** auf **6.083** reduziert (ÖROK). 237 Gemeinden waren im Jahr 1997 ohne Lebensmittelversorgung, 320 waren es sogar schon im Jahr 2000.

Postdienste: Seit 2001 wurden **mehr als 1000 Postämter geschlossen,** das sind beinahe die Hälfte aller vorhandenen Postämter, durch die Privatisierung sollen es nochmals bis zu 400 werden. Mehr als 8000 Arbeitsplätze wurden eingespart. Gleichzeitig wurde aber ein alternatives Netz (Postpartner/Servicestellen ua) aufgebaut.

Gerichte: Gab es 1991 noch 200 Gerichtsbezirke waren es 1995 nur mehr 187 und seit 2005 gar nur mehr 139 Gerichtsbezirke.

Demographischer Wandel

Durch den Bedeutungsverlust der Landwirtschaft wandelten sich besonders in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts viele Dörfer grundlegend. Schon in den vergangenen Jahren ist ein erschreckend großer Anteil von Bewohnern ländlicher Regionen ua aufgrund mangelnder Infrastruktur in Ballungszentren abgewandert. So verlor ein Drittel der Gemeinden Österreichs zwischen 1991 und 2001 Einwohner durch Abwanderungen.

Österreich wird älter und entspricht damit einem europaweiten Trend. Waren in Österreich im Jahr 2001 noch 140.000 Personen über 85 Jahre alt, so werden es laut Prognosen im Jahr 2011 190.000, im Jahr 2021 210.000 und schließlich im Jahr 2041 bereits über 350.000 sein.

Die Zahl der über 60-jährigen Personen in Österreich ist zwischen 1971 und 2001 um mehr als 12 Prozent gestiegen, die Zahl der Kinder und Jugendlichen (unter 15- jährige) im selben Zeitraum um mehr als 25 Prozent zurückgegangen.

Diese Entwicklung sind in einer verstärkten Tendenz auch im ländlichen Raum zu bemerken.

Arbeitsplätze stoppen Abwanderung und sind Basis für positive Entwicklung

Das Hauptaugenmerk bei Lösungen für den ländlichen Raum muss daher auf den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesen Regionen liegen, sei es im agrarischen Bereich oder im Rahmen von anderen Klein- und Mittelunternehmen (KMUs). Im ländlichen Raum, als eine der wesentlichen Grundlage unseres Gemeinwesens steckt genügend Vitalität, um dessen Eigenständigkeit, Attraktivität und Wirtschaftskraft zu beleben.

1.4 KMUS BESCHÄFTIGEN ZWEI DRITTEL ALLER ARBEITNEHMER

Ein wichtiger Schlüssel zur Attraktivierung ländlicher Regionen ist die Sicherung von Arbeitsplätzen. Klein- und Mittelunternehmen (KMUs) machen mehr als 99 Prozent aller Betriebe in Österreich aus, sie beschäftigen zwei Drittel aller Arbeitnehmer und bilden 84 Prozent der Lehrlinge aus. Diese KMUs sind daher für den ländlichen Raum von existentieller Bedeutung. Durch ihre nachhaltige Ansiedlung ist es möglich, Arbeitsplätze zu schaffen und Abwanderungsbewegungen entgegen zu wirken. Es ist hier die Aufgabe,

nicht nur neue Fördermodelle zu entwickeln, sondern auch die notwendige Infrastruktur herzustellen.

Tourismus als wichtiger Arbeitsplatzgeber in ländlichen Gemeinden

Auch der Tourismus verlangt eine entsprechende Infrastruktur. Er spielt in der österreichischen Volkswirtschaft eine bedeutende Rolle. Mit rund 30.000.000 Gästen jährlich und fast 120.000.000. Nächtigungen erwirtschaftet der Tourismus in Österreich rund 9 Prozent des BIP (direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte), das waren **€ 20.88 Mrd** im Jahr 2004. Dies hat auch eine große Bedeutung für die etwa 1600 Tourismusgemeinden, die sich fast alle im ländlichen Raum befinden. Hier wird der Tourismus als Motor für die regionale Entwicklung wahrgenommen, er sichert damit auch nachhaltig Arbeitsplätze.

Infrastruktur im ländlichen Raum

Nicht nur die Wirtschaft, auch die im ländlichen Raum lebenden Menschen benötigen eine Standort- und zeitgemäße Infrastruktur.

Es müssen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, medizinische Versorgung, ein gut ausgebautes Straßen- und Wegenetz, eine gute Erreichbarkeit des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs und viele andere Leistungen der Daseinsvorsorge (wie zB Wasser- und Abfallwirtschaft und eine Breitbandversorgung) in den ländlichen Regionen nachhaltig gesichert bleiben und werden.

ÖPNRV geht immer weiter zurück

Nimmt man als Mindeststandart der öffentlichen Verkehrsbedingung drei tägliche Verbindungen pro Tag und Richtung, verfügen insgesamt **36 Prozent der Bevölkerung außerhalb der regionalen und überregionalen Zentren keine oder eine unzureichende öffentliche Verkehrsverbindung.** 25 bis 30 Prozent der Bevölkerung sind aber grundsätzlich auf den ÖPNRV angewiesen da sie gar kein Auto besitzen. Weiters zu bedenken ist noch die Tatsache, dass es bundesweit **fast 2 Millionen Pendler** gibt, die durch den nicht vorhanden ÖPNRV teils enorme Kosten durch Benutzung des KFZ haben. Im Schnitt braucht jeder Pendler pro Jahr 500 Stunden von und zur Arbeit.

Medizinische Versorgung ausbauen

Die Versorgung auf Gemeindeebene zeigt, dass im Jahr 2001 26,7 Prozent der österreichischen Gemeinden über keinen niedergelassenen Arzt verfügen. Vor allem die Versorgung mit Fachärzten wird hauptsächlich in den zentralen Orten sichergestellt.

Alternative Energieformen als Motor der ländlichen Wirtschaft

Die Wertschöpfung im ländlichen Raum kann vor allem dadurch erzielt werden, wenn die Stärken dieser Regionen genutzt werden. Auch Energiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern zählt zB dazu. 70 Prozent der heimischen Energie werden aus erneuerbarer Wasserkraft gewonnen. Formen der alternativen Energiegewinnung wie Biomas-

se/-gas, Solar- und Windenergie sollen forciert werden – sie sind nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern eröffnen den ländlichen Regionen auch neue ökonomische Chancen durch Investitionen und neue Arbeitsplätze.

Regionale Schätze heben

Regionale Schätze müssen gehoben werden, sie sind oft sehr unterschiedlich, erhöhen aber das Potenzial der Wirtschaftskreisläufe und fördern bestehende regionale Stärken. Um die Stärken des ländlichen Raumes auch richtig zu nützen, ist eine nachhaltige Bewusstseinsbildung an der Basis erforderlich.

1.5 BREITER DISKUSSIONSPROZESS AUF DER BASIS

Dies ist ein Grund dafür, dass der Österreichische Gemeindebund im Vorfeld des Österreichischen Gemeindetages 2006 in den Bundesländern Steiermark, Salzburg, Tirol, Kärnten und Niederösterreich Landeskonferenzen zu den unterschiedlichen Themen des ländlichen Raumes abgehalten hat. Um die Diskussion weiter zu intensivieren, wurde überdies eine Diskussionsplattform dazu auf **www.kommunalnet.at** eingerichtet, deren Inhalte auch in den Gemeindetag 2006 in Wien einfließen werden. Die Organisation der Landeskonferenzen wurde dabei maßgeblich durch die Kommunalkredit Austria unterstützt. Für die regional angepasste inhaltliche Ausrichtung und Bewerbung sorgten als Mitveranstalter die jeweiligen Landesverbände.

Um diesen Meinungsbildungsprozess zu dokumentieren, werden mit diesem Band der RFG-Schriftenreihe die wesentlichen Stellungnahmen bei den Landeskonferenzen wiedergegeben und die im Kommunalnet gesammelten Positionen anderer ranghoher Politiker und Interessenvertreter aus ganz Österreich festgehalten.

2. LANDESKONFERENZEN

2.1. ARBEITSPLÄTZE IM LÄNDLICHEN RAUM KONFERENZ IN LANNACH (STEIERMARK) AM 31. MÄRZ 2006

Rund 200 steirische Bürgermeister und Gemeindevertreter trafen am Freitag, den 31. März 2006, zu einer Landeskonferenz im steirischen Lannach zusammen.

2.1.1. Politikerrunde

Vorerst erörterten Politiker in einer moderierten Diskussion Lösungsansätze für die Strukturprobleme des ländlichen Raums. Am Podium vertreten waren Wirtschaftsminister Dr. Martin Bartenstein, der steirische Landeshauptmann Mag. Franz Voves, sein Stellvertreter Hermann Schützenhöfer, Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer, der Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes NR a. D. Bgm. a. D. Hermann Kröll und der Kommunalkredit- Generaldirektor Dr. Reinhard Platzer.

Ländlicher Raum unterschätzt

Bundesminister Martin Bartenstein sieht ländliche Regionen als massiv unterschätzt an: „Pro Jahr werden in diesem Raum 28.000 Arbeitsplätze neu geschaffen, während in den Ballungszentren 11.000 verlorengehen.“ Der Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe in den Regionen werde auch im Lissabon-Prozess Rechnung getragen, betonte Bartenstein. Allerdings müsse sich auch die Politik Gedanken machen, wie man mit den verschiedenen Entwicklungen der Kommunen (etwa zu Standort- oder reinen Wohnsitzgemeinden) umgehen wolle.

Globalisierungsopfer

Der steirische Landeshauptmann, Franz Voves, nähert sich dem Thema hingegen eher pessimistisch: „Der ländliche Raum wird zu den Verlierern der Globalisierung gezählt, die Bevölkerungsprognosen sind alarmierend.“ Man könne die massive Abwanderung, vor allem der Jugend, in die Ballungszentren nicht leugnen, so Voves. Ein großer Fehler sei auch die Konzentration auf die Förderung der Agrarwirtschaft gewesen: „Wir brauchen Arbeit vor Ort, damit die Gemeinden attraktiv bleiben, nicht nur einen funktionierenden landwirtschaftlichen Bereich.“

Menschen finden Heimat im ländlichen Raum

Diesen pessimistischen Ansatz wollte Herman Schützenhöfer, erster Landeshauptmannstellvertreter der Steiermark, so nicht stehen lassen. Er verwies auf das steirische Beschäftigungs- und Wachstumspaket, das mit seinen 70 Mio € Förderungen Unternehmensinvestitionen in Gesamthöhe von 1,1 Mrd € auslösen soll. Investitionen, die besonders den Regionen zugute kommen würden. „Es geht darum, die Menschen in der Ge-

meinde zu halten. Es ist wichtig, dass in einem Szenario der Globalisierung die Menschen ihre Heimat in den Gemeinden haben“, betonte Schützenhöfer.

Gegen Zweiklassengesellschaft

Der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer, sieht hingegen die Entwicklung und den Bestand des ländlichen Raumes in Gefahr. „Wir müssen Anreize schaffen, damit die Menschen den ländlichen Raum nicht nur als Urlaubsziel, sondern als Lebens- und Arbeitsraum betrachten,“ sagt Mödlhammer. Eine wichtige Aufgabe – auch im Rahmen des Finanzausgleichs – sei es, keine Zwei-Klassen-Gesellschaft bei den Gemeinden entstehen zu lassen: „Die Unterschiede zwischen den reichen Gemeinden in den Zentralräumen und den ärmeren abseits der Städte dürfen nicht noch weiter wachsen.“

Kommunen und Unternehmen gemeinsam erfolgreich

Als Erfolgskriterien für eine zukunftsgerichtete ländliche Entwicklung sieht Reinhard Platzer, Generaldirektor der Kommunalkredit Austria, vor allem Kooperationen mit der Wirtschaft – über Gemeindegrenzen hinweg. Arbeitsgemeinschaften zwischen Kommunen und Unternehmen würden die erfolgreiche Schaffung von regionalen Wirtschaftszentren ermöglichen, so Platzer. Leider würden solche Kooperationslösungen aber häufig an kurzfristigen Eigeninteressen, am „berühmten Kirchturmdenken“, scheitern."

Kooperationslösungen

„Mit dem gleichen Geld mehr schaffen“ – das ist für den Präsidenten des Steiermärkischen Gemeindebundes, Hermann Kröll, der eigentliche Sinn von Kooperationen. Eine solche Zusamenarbeit sei auch der Schlüssel des Erfolges zahlreicher steirischer regionaler Projekte, die Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen haben, ist Kröll überzeugt.

2.1.2. Erfolgsbeispiele und Expertenreferate aus der Steiermark

Im Anschluss an die moderierte Politikerrunde wurden Experten, darunter auch Bürgermeister, um die Präsentation ihrer Erfahrungen aus der Praxis ersucht.

2.1.2.1. „Arbeit schaffen – Verkehr vermeiden“, am Beispiel des Holzinnovationszentrums im Bezirk Judenburg

➔ *Karl Georg Grasser*
Bürgermeister Eppenstein

Mit dem **HIZ – Holzinnovationszentrum** – haben zehn Gemeinden den Versuch gemacht, raumplanerisch, ökologisch und volkswirtschaftlich schädliche Konkurrenzsituationen aufzulösen und **den Nutzen auf die Gesamtregion zu verteilen.** Möglich war dies, weil (unter dem Druck von Veränderungen) die Bereitschaft gegeben war, für „eine bessere Gesamtregion“ den Vorteil der kurzfristigen eigenen „Gunstlage“ zurückzustellen. Am Anfang stand die Botschaft eines alteingesessenen Sägewerkers: *„Unsere Gemeindestrukturen werden sich Unternehmer wie mich nicht mehr leisten können . . . !?“*

Unter dem Druck möglicher Abwanderung formierten sich einige weitblickende Gemeindevertreter, mit professioneller Begleitung wurde eine **Stärken-/ Schwächenbilanz der Region** gemacht. Als Ergebnis dieser Bilanz wurden

- der Holzvorrat in der Region,
- das Wissen um das Holz,
- die (noch) vorhandenen leistungsfähigen Sägewerksbetriebe,

als riesiges Stärkefeld erkannt.

Unter Einbindung der regionalen Unternehmer in diesen Entwicklungsprozess wurden Eckpunkte bzw Unternehmerwünsche formuliert und festgelegt:

- Halten der Unternehmer vor Ort durch „geeignete" Betriebsgrundstücke,
- Veredelung im Inland, nicht im Ausland machen,
- Nutzung aller anfallenden Sekundärwertstoffe,
- kurze Wege vom Roh- bis zum Endprodukt.

Das führte 2001/2002 zum Erwerb eines etwa 40 ha großen Industriegrundstückes, welches über alle Infrastrukturmaßnahmen verfügt, keine Anrainerproteste erwarten lässt, Betriebserweiterungen sichert und gewerberechtlich kurze Entscheidungswege garantiert. Heute sind dort drei Betriebe mit 72 Mitarbeitern tätig, die betrieblich ein Investitionsvolumen von rund 31 Mio € getätigt haben. Das Investitionsvolumen der Gemeinden in den Aufbau der Infrastruktur betrug bisher ca 4,5 Mio €. An Steuern und Abgaben wurden zuletzt an die zehn am HIZ beteiligten Gemeinden 110.343,17 € ausgezahlt. Damit wurde eine **Bindung der kommunalen Abgaben an die Region** erreicht und es erfolgt eine Verteilung der Erträgnisse an **Gunst- und Ungunstlagen.** Gewachsene Regionalstrukturen mit dörflichem Kleingewerbe, mit Ver- und Entsorgung, Vereins- und Gesellschaftsleben, Brauchtumspflege etc konnten nachhaltig gesichert werden.

Schlussbetrachtung: Wir haben im Internetzeitalter ein Gemeindegefüge aus der Zeit um 1850 und planen, gestalten und verwalten noch vielfach nach diesem System. Gemeinden enden längst nicht mehr an den Gemeindegrenzen – dem Entwicklungspotenzial der Regionen stehen jedoch vielfach politische und persönliche Egoismen im Wege!

2.1.2.2. Arbeitsplätze im Bezirk Deutschlandsberg durch Gemeindekooperation mit der Wirtschaft

➔ *LAbg. Manfred Kainz*
Unternehmer

Das Technologie- und Entwicklungszentrum Georgsberg-Stainz-St. Stefan (kurz: TEZ Georgsberg) ist als **Impulszentrum im Sinne eines Entwicklungs-, Dienstleistungs- und Schulungszentrums** an der „Automotive-Achse Graz-Peripherie Südwest" bis nach Slowenien bereits anerkannt und soll erweitert werden.

Für das TEZ Georgsberg, einem in Österreich einzigartigen Joint Venture zwischen drei Gemeinden und zwei Betrieben, wurde die Gemeinde Georgsberg vom Wirtschaftsblatt

und dem Österreichischen Gemeindebund im März nominiert, 2004 eine der zehn innovativsten Gemeinden Österreichs zu sein.

„Impulszentren haben selbst kein Marktumfeld, wohl aber die auf dem Gelände befindlichen Betriebe."

- Das TEZ wurde im Mai 2004 eröffnet – und **statt der 120 geplanten Arbeitsplätze sind es nun bereits 172,** was auf die prosperierende regionalpolitische und wirtschaftliche Entwicklung des Standortes mit überregionaler Bedeutung hinweist.
- Die dort ansässigen Firmen, die ihren Tätigkeitsbereich in den technologienahen Bereichen Produktion, Forschung, Entwicklung und technische Dienstleistung – bezogen auf die Projekt-Branchenschwerpunkte – haben, bauten ein **Netzwerk** auf, nicht nur mit den am Standort angesiedelten Unternehmen.
- Dies erfolgt ebenso in Eibiswald, wo ein **neues Kompetenzzentrum** für Elektronik und Mechatronik dank der Kooperation der Gemeinden Aibl, Eibiswald, Großradl und Pitschgau und zwölf Betrieben aus der Region im Entstehen ist.

Es ist wichtig, dass das Denken nicht an der Gemeindegrenze aufhört, sondern oft dort erst beginnt. Nur durch gemeindeübergreifende Kooperationen können zukunftsträchtige Projekte wie Impulszentren funktionieren.

2.1.2.3. Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Beschäftigungspolitik im ländlichen Raum

➔ *Mag. Marcel Kirisits*
Referent der Abt. Wirtschaftspolitik der AK Steiermark

Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist eine der größten gegenwärtigen Herausforderungen für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Herrscht über die Gründe von Arbeitslosigkeit oft Uneinigkeit bzw ist diese auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen, so besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass **die Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt** in erster Linie in die Zuständigkeit nationaler bzw internationaler Ebenen fällt. Die Beschäftigungspolitik in Österreich ist keine Hauptaufgabe von Kommunen und deren Möglichkeiten bei der Entwicklung einer eigenen Arbeitsmarkt-/Beschäftigungspolitik sind eher beschränkt. Ein Grund dafür ist der Einfluss der Bundesregierung in Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Darüber hinaus haben Städte und Gemeinden oft nur begrenzte Mittel zur Bekämpfung der wichtigsten Probleme in ihrem Gebiet, wie beispielsweise den rapiden Niedergang einer auf dem lokalen Arbeitsmarkt dominanten Branche.

Die Europäische Kommission hat dennoch die **Bedeutung lokaler Beschäftigungsentwicklung** mehrfach betont. Dies spiegelt sich in den von der EU angenommenen beschäftigungspolitischen Leitlinien wider, die als Richtlinie für die Beschäftigungspolitiken der Mitgliedstaaten dienen. Das Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf lokaler Ebene sollte nach Ansicht der Kommission unterstützt und Partnerschaften zwischen allen relevanten Akteuren sollten gefördert werden.

Auf steirischer Ebene ist es in den letzten Jahren im Kontext dieses europaweiten beschäftigungspolitischen Ansatzes zu einem **verstärkten Engagement von Gemeinden** im Rahmen von regionalen Beschäftigungspakten gekommen. Dies war insofern bemerkenswert, als die positiven Ansätze diverser Beschäftigungspakte nicht immer sichtbar wurden/sind und der Nutzen dieser Form von Beschäftigungspolitik oft schwer bis gar nicht vermittelbar war/ist.

Eine Zwischenbilanz zeigt daher wenig überraschend, dass es nicht durchgängig gelungen ist, die beschäftigungspolitischen Potenziale der Pakte für alle Akteure transparent zu machen. Hier sollten künftig neue Ansätze entwickelt werden, die die Entwicklungsmöglichkeiten für bestimmte Akteursgruppen (zB Gemeinden) im regionalen Kontext sichtbar machen und damit die Motivation für eine verstärkte Einbindung und Mitarbeit sind.

2.1.3. Publikumsdiskussion

In der darauffolgenden Diskussion der Konferenzteilnehmer wurden folgende Gedanken erörtert:

- Bei den Gemeindekooperation sind kleine homogene Strukturen besser und natürlich auch wesentlich überschaubarer als große.
- Infrastrukturmaßnahmen sowie beste Verkehrsanbindungen müssen in Zukunft gesichert werden.
- Nur durch Arbeitsplatzerhaltung kann der ländliche Raum überleben.
- Die Bedarfszuweisungen gehören effizient verteilt.
- Wirtschaftskooperationen, die schon bestehen, sind aktiv zu nutzen und zu vernetzen.
- Die Wertschöpfung im ländlichen Raum muss gesichert werden.
- Die Clusterbildungen in der Steiermark zeigen einen möglichen Weg auf, um die Wirtschaft und vor allem KMUs zu fördern und an ihrem Standort nachhaltig zu verankern.

2.2. Ist uns der ländliche Raum noch etwas wert? Regionale Stärken fördern – Arbeitsplätze sichern Konferenz in Klessheim (Salzburg) am 4. April 2006

Mit der Landeskonferenz in Klessheim setzte der Gemeindebund seine Serie der Bundesländerveranstaltungen fort. Rund 170 Bürgermeister und Gemeindevertreter diskutieren die Zukunft des ländlichen Raumes.

2.2.1. Politikerrunde

An der Podiumsdiskussion nahmen teil: Bundesminister DI Josef Pröll, der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bgm. Helmut Mödlhammer, Landesrat Josef Eisl, Landesrat Walter Blachfellner und Kommunalkredit-Vorstandsmitglied Dr. Claudia Schmied.

Zukunftschancen des ländlichen Raumes

Bundesminister Pröll wandte sich gleich zu Beginn an die Bürgermeister: „Sie sind es, die die Verantwortung für den ländlichen Raum tragen“, sagte Pröll. „Es steht die Renaissance der Agrarpolitik bevor. Eine Trendwende kommt, die eine Sensibilisierung der Bevölkerung für die ländlichen Werte mit sich bringt.“ Die Investitionsmittel für den ländlichen Raum werden künftig um 30 Prozent aufgestockt. „Durch den gestern beschlossenen Grünen Pakt wird im ländlichen Raum ein klares Signal der Ermutigung und Stärkung gesetzt“, so der Bundesminister.

Ländlicher Raum hat Dynamik

Landesrat Eisl betonte: „Mir ist wichtig, dass es eine Chancengleichheit zwischen ländlichem Raum und den Ballungszentren gibt. Wir brauchen die Regionen, Orte die entsprechend Kaufkraft binden können. Wir brauchen auch Sicherheit im ländlichen Raum, Sicherheit für die Menschen. Wir brauchen die Infrastrukturoffensive“.

Gemeinden müssen gestärkt werden

Landesrat Blachfellner ging auf das differenzierte Spannungsfeld ein, das für die Gemeinden aus mehreren Faktoren entstanden ist. Er verlangte die Stärkung der Gemeinden und sah eine klare Verantwortung beim Bund. „Chancengleichheit verlangt von den Politikern, konkrete Entscheidungen zu treffen, auch bei der Geldvergabe“, so der Landesrat. Probleme für den ländlichen Raum entstünden durch verstärkten Verkehr und die Schließung von Postämtern.

„Fordern Sie die Banken“

Vorstandsdirektorin Claudia Schmied rief die Gemeindevertreter dazu auf, das Finanzmanagement und die Banken zu fordern und persönliche, kompetente Beratung in Anspruch zu nehmen.

Salzburger Gemeinden sind sehr bescheiden

„Die Salzburger Gemeinden sind sehr bescheiden, sie stellen sich brav hinter Bund und Ländern an“, bemerkte Präsident Mödlhammer. Die Kommunen erfüllen wesentliche Aufgaben „von der Wiege bis zur Bahre“, von der Kinderbetreuung bis zur Altenpflege und haben ein „dementsprechendes Selbstbewusstsein.“ Dies soll auch in Zukunft so bleiben.

2.2.2. Erfolgsbeispiele und Expertenreferate aus Salzburg

2.2.2.1. Die regionalen Erfolgsfaktoren am Salzburger Arbeitsmarkt

➔ *Siegfried Steinlechner*
Landesgeschäftsführer AMS Salzburg

Stärkefaktoren des Salzburger Arbeitsmarkts:

- hohes Ausbildungsniveau und hohe Qualifikation der Arbeitskräfte,
- vorteilhafte, krisensicherere Betriebsgrößenstruktur,

- niedrige Arbeitslosenquote – mehr neue Beschäftigungsverhältnisse als beendete,
- vergleichsweise hohe Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte,
- hohe Dienstleistungsorientierung,
- hoher Konsens der Arbeitsmarktpartner,
- gute Kooperation der Gebietskörperschaften.

Arbeitsmarktpolitik

- hat die ökonomische Funktion der Bereitstellung von Arbeitskräften,
- hat die sozialen Funktionen der sozialverträglichen Verteilung des Arbeitslosigkeitsrisikos sowie der Existenzsicherung während der Arbeitslosigkeit,
- entfaltet seine Wirkungen auf Grundlage von und abgestimmt mit Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik,
- stellt Dienstleistungen mit Sitz in allen Regionen Salzburgs zur Verfügung:
  - Information, Beratung und Vermittlung
  - Förderung von Qualifizierung – vorrangig von Arbeitslosen
  - Förderung von Beschäftigung von arbeitsmarktpolitischen Problemgruppen
  - Existenzsicherung (Arbeitslosenversicherung)
  - beeinflusst das Beschäftigungsangebot in Summe daher mittelbar und konzentriert auf definierte Problemgruppen von Arbeitslosen.

Regionale Aspekte im Bundesland Salzburg – der ländliche Raum ist der Arbeitsmarktpolitik mehr wert als je zuvor:

- Die Zunahme der Arbeitslosigkeit konnte 1995 bis 2005 in den Bezirken besser eingegrenzt werden als im Zentralraum – im Pinzgau sogar leicht reduziert.
- Trotzdem liegen die AL-Quoten in ländlichen Regionen mit bis zu 9,4% – bedingt auch durch Saisoneinflüsse – weiter über dem Niveau im Zentralraum (4,3%).
- Das bedeutet aber auch Transfer von Versicherungsleistungen vom Zentralraum in die Regionen (ca. € 50 Mio/Jahr ohne Beiträge zur Sozialversicherung).
- Das regionale Angebot von Förderungsmaßnahmen wurde deutlich ausgeweitet – mehr als € 12 Mio im Jahr 2006 außerhalb von Salzburg und Umgebung.
- Das Angebot der Arbeitsvermittlung hat für die ländlichen Regionen noch größere Bedeutung als für den Zentralraum: Die Einschaltung des AMS Salzburg in die Stellenbesetzungen mit neuen MitarbeiterInnen beträgt „innergebirg“ bis zu 80% gegenüber 40% in Salzburg und Umgebung.
- Damit werden über 16.000 Stellenbesetzungen/Jahr in den ländlichen Regionen Salzburgs durch das AMS unterstützt.

2.2.2.2. Was kann die einzelne Gemeinde beitragen?

➔ *Peter Nindl*
Bgm. der Marktgemeinde Neukirchen am Großvenediger, Vorstandsvorsitzender der Wildkogelbahnen AG

Neukirchen am Großvenediger liegt als Nationalparkgemeinde im Oberpinzgau im Salzburger Land und beherbergt 2.600 Einwohner, die auf einer Fläche von 167 km^2 wohnen, arbeiten und sich erholen.

Im Winter wird die Ski-Arena Wildkogel beworben. Im Sommer und Herbst steht der naturnahe Tourismus in der Ferienregion Nationalpark Hohe Tauern im Vordergrund.

Die **Wertschöpfung** aus dem wichtigsten Erwerbszweig der Marktgemeinde Neukirchen, dem Tourismus, ist bemerkenswert. Viele hundert Arbeitsplätze konnten in den letzten Jahrzehnten im **Wirtschaftszweig Tourismus** geschaffen werden. Darüber hinaus konnten Flächen und Gebäude für Betriebsansiedlungen gesichert werden, sodass im gewerblichen Bereich in den letzten Jahren ebenfalls bemerkenswerte Aktivitäten zur Sicherung von Arbeitsplätzen erfolgt sind.

Als Vorstandsvorsitzender der Wildkogelbahnen AG in Neukirchen und Bramberg ist es für mich äußert wichtig, dass unsere Region ein **attraktiver Wirtschaftsstandort** bleibt.

2.2.2.3. Was hält einen Betrieb im ländlichen Raum?

➔ *KR DI Wilhelm Klepsch*
Inhaber der Fa. Senoplast Klepsch & Co GmbH, Piesendorf

Risken und Chancen

Die Veränderungen, die auf uns zukommen, sind ähnlich dramatisch wie nach dem Krieg. Die Risken werden durch die Globalisierung immer größer, aber es entstehen auch neue Chancen für den ländlichen Raum.

Der Ausgangspunkt

Zur Schulzeit von KR DI Wilhelm Klepsch gab es im Pinzgau noch keine Mittelschule – bessere Bildungsmöglichkeiten waren auf Städte wie Wien und Salzburg beschränkt. Bereits damals gab es gewaltige Veränderungen in Bildung und Wirtschaft! Um zu Bildung zu kommen, war Mobilität eine Voraussetzung. Heute ist die Bildung mobil (SMBS, SMC, Hagen); dh diese kommt über die neuen Medien wie Internet, Videokonferenzsysteme auch in die ländlichen Bereiche.

Risken: Analyse der globalen Situation und Auswirkungen

Die Kondratieff-Zyklen stimmen. Durch die Globalisierung gibt es aber Verschiebungen. In China laufen die Zyklen schneller ab. China ist derzeit in der Industrialisierungsphase und wird zur Dienstleistungsgesellschaft. Die Industrie wandert immer mehr nach China ab – infolgedessen bleibt in Europa immer weniger Industrie zurück. Dies führt zum Ver-

lust von Arbeitsplätzen. Es besteht die Gefahr, dass Europa im Stellenwert der großen Wirtschaftsräume auf den letzten Platz zurückfällt.

Zwei Wege in die Zukunft: Die Wirtschaft im Umbruch

Matthias Horx[2]) – *Der* Zukunftsforscher im deutschsprachigen Raum – hat verschiedene Theorien über die Veränderung unserer Gesellschaft entwickelt:

1. Weg – Flexibilität und lebenslanges Lernen

„Während flexible, mobile, teamwork- und projektorientierte Arbeitsformen massiv zunehmen, verlieren die starren Berufsbilder und regulierten Arbeitsformen an Einfluss. Lebenslanges Lernen, ‚Ich AGs' und Projektdenken stehen im Zentrum eines neuen Arbeits-Ethos, das die Grundlagen unserer Erwerbsgesellschaft umgestaltet."

Auch die Politik wird entscheidende Veränderungen durchmachen. Das Lagerdenken „Links – Rechts" wird verschwinden. Hauptaufgabe der Politik wird die Moderation (Mediation) der Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen sein.

2. Weg – Innovation

Ständige Innovationen schaffen einen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz aus Billiglohnländern. Dadurch kann der Abbau von Mitarbeitern verringert werden – Rationalisierungen werden aber trotzdem nicht ausbleiben.

Kann keiner der beiden Wege beschritten werden, droht eine Verarmung der Gesellschaft. Die Mittelschicht geht verloren, es kommt zur Polarisierung zwischen ARM und REICH.

Resümee: Chancen und Risken werden wachsen

Chancen:

Durch die modernen Kommunikationsmittel kann sich die Attraktivität der ländlichen Bereiche so verändern, dass sich in Verbindung mit der besseren Wohnqualität die Situation wesentlich gegenüber den Städten verbessert und Arbeitsplätze entstehen.

Risken:

Durch die Globalisierung vergrößert sich der Wettbewerbsdruck immens – China, Indien, aber auch Russland werden auch uns verändern und beeinflussen.

2.2.3. Publikumsdiskussion

In der darauffolgenden Diskussion der Konferenzteilnehmer wurden folgende Gedanken erörtert:

- Die Kernaufgabe der Zukunft ist die Erhaltung von Arbeitsplätzen.
- Die erforderliche Infrastruktur ist das Um und Auf am Land.

---

[2]) Zitat: http://www.zukunftsinstitut.de/akademie/seminar12.php.

- Eine nachhaltige Tourismusentwicklung kann in Zukunft existenzfördernd wirken.
- Die Standortfaktoren müssen bestens genutzt werden.
- Gemeindekooperationen effizient oder Kostenfalle.
- Lebensadern sichern.
- Die Kasernenschließungen belasten einige Gemeinden drastisch.
- Durch eine gesicherte Verkehrsanbindung wird auch der entlegenste Ort lebensfähig.

2.3. WIE WICHTIG IST UNS DER ÖFFENTLICHE PERSONENNAHVERKEHR IM LÄNDLICHEN RAUM? KONFERENZ IN INNSBRUCK (TIROL) AM 5. MAI 2006

80 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen nahmen an der Tiroler Länderkonferenz im Congress in Innsbruck teil und setzten sich mit dem Schwerpunktthema ÖPNRV im ländlichen Raum auseinander.

2.3.1. Politikerrunde

Auftakt war eine Podiumsdiskussion, an der prominente Politiker teilnahmen und sich mit dem gewählten Thema befassten. Die Diskutanten waren Bundesminister DI Josef Pröll, der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes Bgm. Helmut Mödlhammer, der Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes LAbg. Bgm. Dipl. Vw Hubert Rauch, der Generaldirektor der Kommunalkredit Dr. Reinhard Platzer und Landesrat Anton Steixner. Rauch ging gleich zu Beginn auf das jüngste Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes zur Getränkesteuer ein. Ein weiteres zentrales Thema war die Nachmittagsbetreuung.

Personennahverkehr ist zentrales Thema

Tirol befinde sich derzeit in Verhandlungen mit der ÖBB. Schiene und Bus kämen in Zukunft besondere Bedeutung zu, so LR Steixner. „Wir brauchen eine moderne Infrastruktur auf der Schiene, gute Fahrpläne“ so Steixner. Rauch plädierte dafür, dass den ländlichen Regionen dieselben Konditionen eingeräumt werden wie städtischen Regionen. „Die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs ist kein statisches Finanzierungsmodell. Wir stehen vor einer großen Herausforderung“, erklärte Präsident Mödlhammer. „Der österreichische Wohlstand ist damit begründet, dass es ein buntes Mosaik an Gemeinden gibt. Es soll Chancengleichheit geben und der Entwicklung zu einer Zwei-Klassen Gesellschaft entgegengesteuert werden“, so Mödlhammer.

Nahverkehrsreform: Mehr Eigenverantwortung für Kommunen

„Wir müssen mehr Eigenverantwortung den Gemeinden und Regionen einräumen, die Finanzierung wird jedoch zentral sein“, erklärte BM Josef Pröll. Mödlhammer erklärte, dafür einzutreten, dass die Gemeinden bei dem Finanzierungs- und Gestaltungsplan entsprechend eingebunden sind und „nicht auf der Strecke bleiben“. „Wir kämpfen für ein Mitgestaltungsrecht der Gemeinden: Mitgestalten, mitfinanzieren, mitverantworten.“ Pröll bekennt sich zu der Forcierung von Effizienz

und betont es sei in der bestehenden Diskussion wichtig so früh wie möglich einen Konsens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu finden.

Effizienz ist wesentliches Kriterium

Generaldirektor Reinhard Platzer erklärte das Prozedere bei Einsparprozessen und geht auf die zukünftige Finanzierung des Nahverkehrs ein. Es gibt Busse und Bahnverbindungen, die nicht unbedingt effizient genutzt werden. Die Lösung liegt darin neue Ideen einzubringen und die Mittel effizient zu verteilen. „Wir werden unsere Verantwortung nicht dort liegen lassen, wo wir finanzieren, sondern beratend agieren“, so der Kommunalkredit-Generaldirektor.

2.3.2. Erfolgsbeispiele und Expertenreferate aus Tirol

2.3.2.1. Öffentlicher Personennahverkehr im ländlichen Raum aus der Sicht der Gemeinde

➔ *Dr. Andreas Köll*
Bürgermeister Matrei in Osttirol

Ich möchte der zentralen Fragestellung der diesjährigen Länderkonferenz, „**Wie wichtig ist uns der öffentliche Personennahverkehr im ländlichen Raum?“,** mit der These begegnen, dass am Land ohne öffentlichen Personennahverkehr zukünftig gar nichts mehr geht!

In **zeitlicher Hinsicht** – und das zeigen alle demographischen Projektionen – steht fest, dass die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft eng mit der Bevölkerungsentwicklung, den Beziehungen zwischen Jung und Alt sowie mit dem damit verbundenen gesellschaftlichen Konsens zu betrachten sein wird: Die „Alten von morgen“, die wir alle sein werden, welche heute im erwerbsfähigen Alter stehen, werden anders sein, schon ihrer Zahl, aber auch ihrer Strukturierung nach. Und sie werden vor allem eines sein: **wesentlich mobiler.** Das damit einhergehende, erhöhte Verkehrsaufkommen bringt neue Herausforderungen und erfordert auch im ländlichen Raum neue Lösungsstrategien, über die man sich rechtzeitig Gedanken machen muss.

In **gesellschaftlich-sozialer Hinsicht** kann im Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs eine einmalige Chance für den ländlichen Raum erblickt werden: einerseits seine Identität und Eigenständigkeit zu bewahren, andererseits neue Entwicklungsmöglichkeiten auszugestalten: Niemand will und kann gewährleisten, dass in unseren ländlichen Gemeinden und Städten zukünftig völlig identische Lebensverhältnisse entstehen. Gleichwohl bedeutet aber die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung – insbesondere der ländlichen Bevölkerung – mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge, wobei vor allem dem Anspruch unserer älteren Mitmenschen, Kinder und Jugendlichen, Hausfrauen und Mütter, sozial Schwachen und Behinderten, die zu den Mobilitätsverlierern unserer Zeit zählen, auf eine Anbindung sozial wichtiger Ziele Rechnung getragen werden muss. Zur Sicherstellung der individuellen Mobilität der Bürger ist ein gut **funktionierendes System des öf-**

fentlichen Personennahverkehrs daher unverzichtbar: Ein entsprechend gut ausgebauter Nahverkehr, der unseren Bürgerinnen und Bürgern „dient“, muss daher zukünftig auch im ländlichen Raum selbstverständlich sein.

In **ökonomisch-ökologischer Hinsicht** wird die Bedeutung des öffentlichen Personennahverkehrs durch die zunehmende Energieverknappung und der damit einhergehenden Verteuerung der individuellen Mobilität steigen. Anderseits gerät der öffentliche Verkehr vor allem außerhalb von Ballungszentren zunehmend in wirtschaftliche und strukturelle Probleme. Die Infrastruktur im ländlichen Raum ist europaweit in Gefahr: Die Nationalstaaten ziehen sich in Form von Ausgliederungen und „Privatisierungen“, einer dem Zeitgeist entsprechenden Art von „Budgetflucht“, immer mehr von ihren ureigensten Aufgaben zurück und versuchen, diese den Regionen, Ländern und Gemeinden aufzubürden. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre belegen, kam es auch in Österreich zu einer verstärkten **Ausdünnung des ländlichen Raumes** und zu Rückbautendenzen in wesentlichen Bereichen (zB Post, ÖBB-Nebenbahnen). Dabei hängen Lebensbedingungen und Lebensqualität gerade im ländlichen Raum von einem Basisangebot an lokaler und regionaler „Grundversorgung“ ab.

Die Zukunftschancen ländlicher Gebiete werden auch in unserem Staat weiterhin vor allem an der kontinuierlichen Verbesserung der Lebensqualität gemessen werden, wobei der Zugang zu wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktureinrichtungen (Nahversorgung, Gesundheitswesen, Verkehr, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, etc) für immer mehr Menschen zum zentralen Bewertungsmaßstab geworden ist.

Aufrechterhaltung und weiterer Ausbau eines flächendeckenden, öffentlichen Personennahverkehrs sind daher unverzichtbare Bestandteile ländlicher Zukunftsperspektiven.

2.3.2.2. Öffentlicher Personennahverkehr im ländlichen Raum aus der Sicht des Verkehrsverbundes

➔ *DI Mag. Jörg Angerer*
Geschäftsführer VVT Verkehrsverbund Tirol GesmbH

Zahlen, Daten, Fakten:

- Verkehrsunternehmen im Verbund: 31
- Linien im VVT: 253
- Befahrene Netzlänge der Tiroler Verkehrsunternehmen im Verbund:
  Bus: 4.100 km, Schiene: 430 km.

Regionale Verkehrskonzepte im Busverkehr

Durch die Verkehrsverbund Tirol GmbH (VTG) wurden im Jahr 2005 sieben neue **regionale Verkehrskonzepte** eingeführt. In den Regionen Lechtal, Paznaun, Stummerberg, Seefeld, Außerfern und Wörgl wurde die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Tourismusverbänden, Busunternehmen und der Verkehrsverbund-gesellschaft vertraglich

neu geregelt. In Stummerberg wurde zudem mit dem **Regiotax** der erste flexible, bedarfsorientierte Minibus eingeführt. Tirolweit sind mit Ende 2005 insgesamt zwanzig regionale Verkehrskonzepte umgesetzt worden.

Ziele der regionalen Verkehrskonzepte

- Sicherung und Ausbau des regionalen Busangebotes. Einbindung von neuen Gebieten in das Verkehrsnetz des Verkehrsverbund Tirol. Regionale Vertaktung und Anbindung an die Schiene.
- Langfristige Sicherstellung der regionalen Finanzierungsmodelle.
- Einsatz von modernen Bussen und Niederflurbussen.
- Die Fahrpläne werden auf die tatsächliche Nachfrage durch die Zielgruppen (Berufsreisende, Schüler, Freizeitreisende) abgestimmt.
- Aufbau von Marken mit starker regionaler Identität. Die Marke **Regiobus** steht in Verbindung mit den Kernkompetenzen Zuverlässigkeit, Regionalität und Innovation. Der Neuorganisation des Verkehrsnetzes folgt auch ein nach außen sichtbarer neuer Marktauftritt. Die Busse fahren im schwefelgelben Design des VVT. Zudem zieren die Busse die Wappen der beteiligten Gemeinden.

Angebote für Freizeitreisende

Neben Schülern und Pendlern kann das Angebot vielerorts auch von den Gästen gegen Vorlage der Reservierungsbestätigung und Gästekarte genutzt werden; für Schifahrer gilt der Liftpass als ÖV-Ticket.

2.3.2.3. Notwendigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs für Menschen und Betriebe

➔ *KR Fritz Gurgiser*
Vorstandsmitglied der Arbeiterkammer Tirol

Das Land und die besondere Situation

In Tirol wurde die Notwendigkeit eines finanziell attraktiven und kundenorientierten ÖPNV in der Vergangenheit nicht prioritär gesehen, sodass ein sehr **hoher Aufholbedarf** besteht. Die besondere Situation mit dem pulsierenden Tiroler Zentralraum, welcher auch noch die alpenweit höchst belastete europäische Transitroute aufweist, ist die eine Seite. In diesem Raum befinden sich der Großteil der Tiroler Industrie- und Gewerbebetriebe, zahlreiche verkehrsanziehende Handels- und Einkaufszentren sowie die Landeshauptstadt mit Kultur-, Sport- und Verwaltungszentren. Dazu kommen die, Sommer wie Winter, touristisch verkehrsintensiv genutzten Seitentäler. Das ist die andere Seite. Sowohl im Zentralraum von Kufstein bis Landeck als auch in stark frequentierten Seitentälern gilt auf Grund der Enge der Täler ein natürlicher Grundsatz: „Begrenzte Täler vertragen keinen unbegrenzten Verkehr“.

Die Belastung durch den Individualverkehr

Der Zentralraum von Kufstein bis Landeck wird in Kürze beidseitig der A12 Inntalautobahn mit einem jeweils 100 m breiten **„Sanierungsstreifen“** wegen überhöhter Stickstoffdioxidwerte und nahezu alle Gemeinden in diesem Zentralraum sowie einige Osttiroler Gemeinden werden als **„Sanierungsgemeinden“** wegen überhöhter Feinstaubwerte ausgewiesen (auf Grundlage der europäischen Luftgütereinhalterahmen- und Tochterrichtlinien; VO des Lebensministeriums). Dieser Sachverhalt wird von vielen als sehr negativ gesehen, während ich doch meine, dass dieser glasklare Befund die größte Chance für eine rasche Modernisierung des ÖPNV bietet und im Interesse der gesundheitlichen ebenso wie der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes genutzt werden muss.

Die Anforderungen an einen zeitgemäßen ÖPNV

Um diese gegebenen hohen Schadstoffbelastungen, die zu einem großen Teil auf Pendler- und Tourismusverkehr zurückzuführen sind, „auf ein Maß zu reduzieren, welches für Mensch, Natur und Wirtschaft erträglich ist“ (vgl diesbezüglich das Durchführungsprotokoll Verkehr der Alpenkonvention, BGBl III 2002/234), haben wir uns in der Tiroler Arbeiterkammer sehr hohe Ziele gesetzt.

Durch eine **Stärkung der Wertigkeit** müssen die finanziellen Mittel bereit gestellt werden, um folgende langfristig wirkende Akzeptanz für den ÖPNV zu erhöhen und insbesondere Pendler- und Tourismusverkehr umzulenken:

- Drastische Reduktion der Tarife für die Tiroler Berufspendler auf das Niveau der Nachbarländer Südtirol und Bayern.
- Freifahrt für Kinder und Jugendliche bis zum 19. Lebensjahr im gesamten Bundesland mit einer eigenen Tiroler Jugend-Karte.
- Einrichtung einer AZUBI-Karte für das gesamte Bundesland für Auszubildende, die weder in einem anerkannten Lehrverhältnis stehen, noch an einer anerkannten öffentlichen Schule unterrichtet werden.
- Fahrpreisermäßigung für Frühpensionisten.

Wertigkeit, Akzeptanz, Kaufkraft, Finanzierung, Alternative

Wer immer einen Blick auf die Belastungen des Zentralraumes und der Seitentäler wirft und die Standortprobleme der Tiroler Betriebe durch die Einschränkungen auf Grund der Luftbelastungen aus dem Verkehr „erkennt“, darf sich von diesen ambitionierten Forderungen nicht schrecken lassen. Bund und Land haben in den vergangenen Jahrzehnten sehr viel Steuergeld in den Ausbau von Transitstrukturen (Straße/Schiene) investiert. Nun muss sehr rasch in die **Modernisierung des ÖPNV** investiert werden – die von der AK vorgeschlagenen Maßnahmen würden die Wertigkeit und die Akzeptanz für den ÖPNV erhöhen, die Kaufkraft stärken und Steuergeld im regionalen Kreislauf belassen. Die Finanzierung würde zudem starke regionalwirtschaftliche Impulse – durch Einbindung lokaler Bus- und Taxiunternehmen etc – auslösen. Wir sollten auch nicht vergessen, dass Kinder und ältere Menschen im Gebirgsraum ohne ÖPNV ausgegrenzt wer-

den. Jede Ausgrenzung führt wieder zur Fahrt mit dem PKW – ob als Schüler, Pendler, Tourist, Einkäufer, Arztbesucher etc.

„Alternative dazu sehe ich auf Grund der IST-Situation keine – Chancen durch den Druck der IST-Situation sehr viele."

2.3.3. Publikumsdiskussion

In der darauffolgenden Diskussion der Konferenzteilnehmer wurden folgende Gedanken erörtert:

- Es müssen immer höhere Zuschüsse zum öffentlichen Nahverkehr geleistet werden, aber andererseits ist das Mitspracherecht bei der Detailorganisation sehr eingeschränkt.
- Erhebliche Beiträge zum ÖPNV müssen geleistet werden, jedoch gibt es kaum Einfluss bei der Linienführung, Intervalle. oä.
- Die größten Probleme mit dem ÖPNV gibt es in Tirol in den kleineren Gemeinden, in denen die Frequenz eher gering ist. „Hier haben wir entweder Busse, die tagsüber fast leer fahren, in der Früh brauchen wir sie aber, um die Schülertransporte zu bewältigen", berichtet ein Bürgermeister.
- Die Einführung der Nachmittagsbetreuung an den Pflichtschulen würde erheblichen Mehraufwand bei den Schülertransporten ergeben.

2.4. WERTSCHÖPFUNG UND INFRASTRUKTUR IM LÄNDLICHEN RAUM KONFERENZ IN PÖRTSCHACH (KÄRNTEN) AM 07. JUNI 2006

Mehr als 120 Gemeindevertreter und Gemeindevertreterinnen kamen der Einladung vom Österreichischen Gemeindebund und der Kommunalkredit zur Landeskonferenz in Pörtschach nach und widmeten sich der Problematik von Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum.

2.4.1. Politikerrunde

An der ersten Diskussionsrunde nahmen Bundesminister DI Josef Pröll, der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes Bgm. Helmut Mödlhammer, der Präsident des Kärntner Gemeindebundes 2. LT-Präs. Bgm. Hans Ferlitsch, Landesrat Ing. Reinhart Rohr und Dr. Claudia Schmied, Vorstandsmitglied der Kommunalkredit Austria teil.

Bundesmittel werden verdoppelt

Bundesminister Pröll setzte den ländlichen Raum mit Wirtschaftsraum gleich und formulierte in diesem Zusammenhang ein vordergründiges Ziel: „Wir müssen die Wirtschaftstreibenden in allen Sparten im ländlichen Raum halten." In den ländlichen Raum werden im Zeitraum von 2007 bis 2013 jährlich Förderungen in der Höhe von 70 Millionen € fließen. Die Bundesmittel in diesem Bereich wurden verdoppelt. „Dadurch soll ein wichtiger

Akzent in der Realisierung von Projekten gesetzt werden.“ Durch die Aufstockung der Mittel werden zusätzlich zu den 2.100 Projekten 650 Projekte verwirklicht.

„Alles steht und fällt mit den Bürgermeistern“

Mödlhammer betonte die Bedeutung der Gemeinden und der kommunalen Politiker. „Die Gemeinden sind für alles und jeden zuständig und dies muss auch in Anwesenheit von Bundespolitkern unterstrichen werden. Alles steht und fällt mit den Bürgermeistern und ihrem politischen Engagement“, so der Präsident. „Österreich funktioniere deswegen so gut, weil es viele Gemeindepolitiker gibt, die sich in den Dienst der Öffentlichkeit stellen“.

Klein und Mittelgewerbe verstärkt unterstützt

Der Präsident des Kärntner Gemeindebundes betonte, dass der Weg nur gemeinsam vollzogen werden könne, in Kooperation von Bund und Ländern. Ferlitsch legte besonderes Augenmerk auf das Klein- und Mittelgewerbe und das enorme Potential, das in diesem Bereich liegt. Dadurch werden wichtige Arbeitsplätze vor Ort geschaffen und die Bevölkerung an den ländlichen Raum gebunden.

Schmied: „Öffentliche Hand braucht starken Partner“

Die Vorstandsdirektorin der Kommunalkredit betonte, dass 60 Prozent der Gemeinden Kunden der Kommunalkredit sind und sich die Bank sehr stark als Partner der öffentlichen Hand sieht. Das Konzept der Landeskonferenzen, so die Vorstandsdirektorin weiter, sei einzigartig und verbindet verschiedene Bereiche wie den Österreichischen Gemeindebund mit Kommunalkredit, den Landesverbänden, Medien und Gemeindevertretern.

„Neben Straßen- auch Kommunikationsnetz optimieren“

„Der ländliche Raum muss zugleich Wirtschaftraum sein. In diesem Zusammenhang sind mehrere Faktoren wie das Straßen-, Wege-, aber auch Kommunikationsnetz von Bedeutung“, erklärte Landesrat Rohr. Es sei wichtig, im Bereich der behördlichen Kommunikation ein optimiertes Netz zu schaffen, so Rohr weiter. Zu den wichtigsten Projekten in Kärnten zählt künftig das flächendeckende Forcieren von Breitband.

2.4.2. Erfolgsbeispiele und Expertenreferate aus Kärnten

2.4.2.1. Interkommunale Zusammenarbeit von Kärntner Gemeinden

➔ *Dr. Markus Matschek*
Abteilung 3 – Gemeinden des Amtes der Kärntner Landesregierung

Die Interkommunale Zusammenarbeit ist eine geregelte, auf Dauer angelegte Kooperation zwischen zwei oder mehreren Gemeinden mit dem Ziel, Aufgaben des eigenen und/oder übertragenen Wirkungsbereiches besser und/oder kostengünstiger zu besorgen.

Die 132 Gemeinden Kärntens sind Lebensnerv und Rückgrat unseres Landes. In den Gemeinden wird der Lebensraum unserer Bürger gestaltet. Rund 50% der österreichischen Bevölkerung lebt in ländlichen Regionen und damit mehr als in vielen anderen

Ländern der Europäischen Union. Auch in Kärnten handelt es sich va um kleinere Gemeinden – 70% der Gemeinden haben weniger als 3.000 Einwohner –, die durch die zunehmende Komplexität ihrer Aufgaben finanziell, administrativ und technisch sehr stark gefordert werden.

Vor diesem Hintergrund spielt eine verbesserte und intensivere Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden – als Ansatz für ein **„intelligentes Sparen“** und eine bessere Ausnützung der verfügbaren Ressourcen – eine immer stärkere Rolle. In der Regierungserklärung für die 29. Gesetzgebungsperiode (2004–2009) „Stark für Kärnten – offen für Europa“, ist ein umfassendes Bekenntnis der Kärntner Landesregierung zur Förderung interkommunaler Zusammenarbeit enthalten. Demnach erachtet die Kärntner Landesregierung eine moderne kommunale Aufgabenbesorgung ohne interkommunale Zusammenarbeit für nicht vorstellbar. Ohne Einschränkung ihrer kommunalen Eigenverantwortlichkeit und Autonomie, sollen die Gemeinden in die Lage versetzt werden, Potenziale zu bündeln und damit die Effizienz und die Effektivität der kommunalen Aufgabenbesorgung zu erhöhen.

Aus der Überzeugung, dass alles was erfolgreich ist, in Zukunft häufiger auftritt, fördert Gemeindereferent LR Ing. Reinhart Rohr **Pilotprojekte** interkommunaler Zusammenarbeit. Das Spannungsfeld reicht von der Organisation der ganzen Palette bezirksweiter interkommunaler Zusammenarbeit auf öffentlich-rechtlicher Basis (zB Verwaltungsverband Karnische Region) bis hin zur Organisation auf privatrechtlicher Grundlage (zB RML – Regionalmanagement Lavanttal GmbH) und umfasst viele Projekte zur Optimierung der Erstellung kommunaler Dienstleistungen. Besonderes Augenmerk ist unseres Erachtens auf raumordnungsbezogene Kooperationen insbesondere bei der Entwicklung attraktiver Wirtschaftsstandorte (zB St. Andrä) zu legen.

Die Schaffung von emotionaler und politischer **Akzeptanz** ist neben entsprechenden (finanziellen) Förderanreizen meines Erachtens der entscheidende Anstoß für eine Verstärkung interkommunaler Zusammenarbeit. Die Kooperation von Gemeinden ergänzt die örtliche Identität durch ein regionales Zusammengehörigkeitsgefühl und stellt wirtschaftlich eine Win-Win-Situation für die Gemeinden dar.

Interkommunale Zusammenarbeit . . .

- bedeutet, kurzfristig bedeutsame Eigeninteressen zu Gunsten längerfristig wirksamer Interessen eines übergeordneten Ganzen zurückzustellen;
- wird möglich, wenn man erkennt, dass die Interessen des Ganzen in Wahrheit den Eigeninteressen zu Gute kommen

2.4.2.2. Beschäftigungspolitik im ländlichen Raum

➔ *Mag. Hans Pucker*
Wirtschaftspolitische Abteilung der Arbeiterkammer Kärnten

Ein großer Teil der Kärntner ArbeitnehmerInnen arbeitet bzw wohnt im ländlichen Raum. Der Anteil jener, die ***zum Arbeitsplatz pendeln,*** liegt bei ca. 55% und ist im Steigen

begriffen. Sehr viele ArbeitnehmerInnen, die am Land leben, haben ihren Arbeitsplatz in der Stadt. Durch den hohen Grad an Mobilität ist eine strikte Trennung von städtischen und ländlichen Bereichen nicht sinnvoll. Regionalpolitische Programme und Maßnahmen sind daher umfassend und vernetzend zu gestalten.

Die EU-Regionalpolitik hat sich vor allem in der Vergangenheit stark auf Regionen mit wirtschaftlichem Rückstand konzentriert. Die Arbeiterkammer Kärnten hat sich stets dafür eingesetzt, dass auch ***regionale Arbeitszentren in die Förderkulisse aufgenommen*** werden. Denn auch weniger entwickelte Regionen sind von dynamischen Wirtschaftszentren abhängig.

Das Zusammenspiel zwischen wirtschaftlichen Zentren und seinem Umland ist sehr vielschichtig. Vielfach werden Konkurrenzbeziehungen gesehen, weil Kaufkraft und Arbeitsplätze abgesaugt werden. Es wird aber auch in Zukunft nur bedingt gelingen, die Arbeitsplätze in die Regionen hinaus zu bringen. Deswegen müssen die gegenseitigen Verschränkungen zukünftig noch stärker beachtet werden. Randregionen wie auch Zentren müssen für die Menschen gleichermaßen gute Lebensgrundlagen und hohe Lebensqualität bieten können.

Die ***EU-Förderprogramme*** zur Entwicklung des ländlichen Raumes müssen allen Menschen im ländlichen Raum etwas bringen. Allerdings hat das österreichische Landwirtschaftsministerium aus den Vorgaben der EU ein regelrechtes „Agrarpaket“ geschnürt. Die Arbeiterkammer Kärnten verlangt, dass die Förderprogramme der EU für alle Menschen im ländlichen Raum zugänglich sind. Ökologische und soziale Bedingungen in den Regionen müssen stärker berücksichtigt werden. Bevorzugt werden sollen Programme, die nachhaltige Beschäftigungswirkungen erzielen.

2.4.2.3. Betriebsansiedelungen im ländlichen Raum

➔ *Mag. Gilbert Isep*
Vorsitzender des Kuratoriums des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds

SWOT-Analyse:

Stärken

- Es gibt einen Wirtschaftsbetrieb, der historisch vorhanden ist und einen USB hat;
- Im Regelfall hohe Industrieloyalität der Region;
- Im Regelfall hohe Loyalität der Mitarbeiter;
- Im Regelfall hohe Bereitschaft der Behörden, das Projekt zu unterstützen.

Schwächen

- Teilweise nicht vorhandene Infrastruktur vor allem im Bereich Verkehrswege und neue Kommunikationstechnologien;
- Ausbildungsstandards;
- Niederlassungsbereitschaft von neuen Mitarbeitern.

Möglichkeiten

- Clusterbildungen;
- Regionale Kooperationen;
- Höhere Fördertangente;
- Freie Flächen und Grundstückspreise.

Gefahren

- Eher Bereitschaft der Konzentration in Ballungsräumen;
- Im Bereich der Finanzierung schlechtere Einstufung von Sicherheiten durch schlechtere Wiederverwertungsmöglichkeiten.

Stärken-Beispiele aus dem Raum Kärnten

Tourismus

Beispiel 1 Nassfeld – Investition in Infrastruktur und Leitbetriebe

Industrietransformationen

Beispiel 2 Arnoldstein/Bleiberg: Aus der Ruine BBU – ehemals 3.000 Mitarbeiter – auf 30 gesunken, heute gibt es wieder ca. 1.500 Arbeitsplätze. Zentrales Thema: einerseits Tourismus (Bleiberg), anderseits Umwelt/Energie/ Entsorgung durch Ansiedelung von technologisch neuen Branchen mit hoher Know-how-Tangente

Beispiel 3 Lavanttal: Bergbauschließung in den 60-iger Jahren – zuerst Ansiedelung von Werkbänken, die sich zu Beschäftigungsmotoren entwickelt haben und heute Technologieführerschaft in Spezialsegmenten einnehmen, etwa Schwing, Hermes, Ellergon

Gewerbe

Beispiel 4 Gründung von Gewerbeparks, die sich Schwerpunktthemen geben: St. Veit/Völkermarkt

Sogwirkung durch traditionelle Industrien

Beispiel 5 Treibach Chemische Werke, Funder – K-Wood

Einige Botschaften

- Identität finden;
- Clusterbildung;
- Regionale Netzwerke – nicht nur im Bereich der Betriebsansiedelung, sondern auch im Bereich der Dienstleistung, zB Banken, IT oder ähnliches;
- Nicht Sträuben gegen Stärke des Zentralraumes, sondern das Suchen von Allianzen mit dortigen Leitbetrieben;
- Nutzen der Ausbildungsstätten zur Know-How-Stärkung;
  zB Universität, Fachhochschulen und Ähnliches;

- Nicht auf Förderungen aufbauen, sondern auf Kommunikations- und Know-How-Partnerschaften.

Konkrete Maßnahmen für eine erfolgreiche Projektentwicklung

- Alle ortsansässigen Unternehmen werden in den Entwicklungsprozess eingebunden;
- Arbeitskräfte für neue Projekte und Vorhaben werden in der Region rekrutiert und ausgebildet;
- Nutzungskonflikte werden schon im Ansatz analysiert, kommuniziert und bearbeitet;
- Die Positionierung der Vision mit einer klaren Ausrichtung muss von allen Bewohnern getragen und sukzessive umgesetzt werden;
- Die Projektlandschaft muss für die Akteure transparent sein.

Der Beitrag des KWFs

- Hilfestellung bei der Entwicklung der Vision;
- Projektbegleitung – das einzige Interesse des KWFs liegt in der Stärkung und Entwicklung von Ressourcen und Potenzialen einer Region;
- Einbringen von gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkte;
- KWF hat keine Parteienstellung;
- Blickwinkelerweiterung durch SWOT-Analyse in Hinblick auf nationalen und internationalen Markt/Wettbewerb;
- Überprüfung der einzelnen Bausteine im Prozess – passen sie/müssen sie überarbeitet werden;
- Hilfestellung bei Kapitalmobilisierung insbesondere KMUs;
- Nutzung der grundsätzlich auch zukünftig vorhandenen höheren Fördertangente unter Einbindung von Bundes- und EU-Mitteln;
- Hilfestellung bei Ausbildung zB Innovationsassistent;
- Hilfestellung bei Firmenübernahmen – Nachfolgeprozesse oder MBOs.

Eigenes Beispiel:

Beispiel 5 Übernahme Villas Austria GmbH, Theoretische Industrieruine zu stabilen Unternehmen in ländlicher Region

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Projektumsetzung sind:

- Klare gemeinsame Zielsetzung/Vision;
- Operative Einheiten – unternehmerische Bereitschaft und Risiko muss vorhanden sein;
- Anerkanntes und funktionierendes Management;
- Stabile und langfristig wirksame politische Trägerschaft auf Gemeinde- und Landesebene und diversen Genehmigungsbehörden.

2.4.3. Publikumsdiskussion

In der darauffolgenden Diskussion der Konferenzteilnehmer wurden folgende Gedanken erörtert:

- Die Kleinschulen müssen aufrechterhalten werden, damit die Familien in der Region bleiben.
- ÖPNRV muss gesichert bleiben, aber nicht auf Kosten der Gemeinde.
- Es kann nicht sein, dass das FAG die Gemeinden immer härter trifft.
- „Krankenanstalten Arbeitsplatzerhaltung oder bald sind alle in der Stadt"! Interkommunale Zusammenarbeit ein Weg für die Zukunft?
- Es darf zu keiner Land-Stadt-Flucht kommen.
- Die finanziellen Belastungen der kleinen Gemeinden werden immer größer.

2.5. GEMEINSAM STÄRKER – INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT KONFERENZ IN ST. PÖLTEN (NIEDERÖSTERREICH) AM 12. JUNI 2006

Rund 80 NÖ Bürgermeister und Gemeindevertreter nahmen an der Landeskonferenz zum Thema Interkommunale Zusammenarbeit teil.

2.5.1. Politikerrunde

Am Podium diskutierten NÖ-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka, Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer, die beiden Präsidenten der NÖ-Gemeindevertreterverbände, LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl (ÖVP), Bgm. Bernd Vögerle (SPÖ) und Kommunalkredit-Generaldirektor Dr. Reinhard Platzer über die Besserstellung des ländlichen Raumes.

Gemeinsam stärker – Interkommunale Zusammenarbeit

Präsident Riedl betonte die Bedeutung der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ). Besonders im Hinblick auf die immer größer werdenden Herausforderungen zeige sich in der Gemeindearbeit, dass gemeindeübergreifende Kooperationen nützlich seien. „In Wahrheit ist es nur gemeinsam möglich, das Angebot in der Form und Qualität zu bieten. Zusammen sind wir ganz einfach stärker", so der Präsident des VP-Gemeindevertreterverbandes. Die bezirks- und länderübergreifende Zusammenarbeit beurteilte der Präsident des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes ebenfalls als wichtig. Dabei dürfe die Gemeindeautonomie nicht in Frage gestellt werden. „Wir versuchen, Konflikte nicht aufkommen zu lassen und erarbeiten gemeinsam Konzepte. Bei der Umsetzung ist die Politik gefragt, deren Aufgabe es auch ist, neue Modelle zu finden. Man sollte nicht davon reden, man sollte es tun!", so Vögerle.

IKZ: NÖ ist Pionier und Kernland

„Wenn wir von interkommunaler Zusammenarbeit sprechen, ist Niederösterreich ein Kernland. Vor sechs Jahren entstand die Idee, Verwaltungsaufgaben und praktische

Aufgaben wie die Bauhöfe zusammenzulegen“, erklärte Präsident Mödlhammer. Die ersten Schritte über Gemeindegrenzen hinweg waren eine nicht leicht zu meisternde Herausforderung. Niederösterreich nahm als Pionier in diesem Bereich eine Vorreiterrolle ein. Nur gemeinsam gewinnen die Gemeinden an Stärke. „Mehrere Gemeinden können das Komplettangebot, das aus einer Reihe von Faktoren wie Infrastruktur, Schule, Bildung, Kultur besteht, nur gemeinsam anbieten“, so Mödlhammer.

Höhere Investitionsquoten in NÖ

Generaldirektor Platzer ging auf die Investitionsquoten ein, die in NÖ höher sind. 391 € werden pro Einwohner investiert, der Österreichschnitt liegt bei 322 € pro Kopf – davon fließt ein großer Teil in die Infrastruktur. „Die Kehrseite der Medaille ist eine höhere Verschuldung von 2.228 € pro Einwohner“, so Platzer. „Österreich ist von ländlichen Gemeinden geprägt. 60 Prozent der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Hier werden Vernetzungen immer stärker und klarere Rahmenbedingungen immer wichtiger. Besonders im Gesundheitsbereich bietet es sich an, dass die Länder verstärkt Verantwortung übernehmen“, erklärte der Generaldirektor.

Land NÖ investiert verstärkt in Infrastruktur

Landesrat Sobotka betonte die Funktion des Landes als Unterstützer der Gemeinden und die Bedeutung der Eigenverantwortlichkeit der Kommunen. „Das Land Niederösterreich hat im Bereich der Infrastruktur enorm viel in die Hand genommen und investiert. Wir versuchen zu helfen, es muss sich aber auch eine nachhaltige Änderung im Denken vollziehen. Die Gemeinden sollten ihre Eigenverantwortung stärken“, so Sobotka. Diese Stärkung der Eigenverantwortlichkeit zeige sich unter anderem darin, dass konkrete Konzepte von den Gemeinden vorgelegt werden. „Es ist auch wichtig, die Sensibilität zu stärken – mit dem Bewusstsein, Altes zu erhalten und die Eigentümlichkeit der Landschaft zu behalten, Neuem aber auch offen gegenüber zu stehen“.

2.5.2. Erfolgsbeispiele und Expertenreferate aus Niederösterreich

2.5.2.1. Interkommunaler Gewerbepark Schmidatal

➔ *Johann Gartner*
Bürgermeister Marktgemeinde Ziersdorf

Der Gemeindeverband Regionalentwicklung Schmidatal wurde am 13. Februar 2003 eröffnet. Dem Gemeindeverband (GV) gehören folgende Gemeinden an: Heldenberg, Hohenwarth-Mühlbach am Manhartsberg, Maissau, Ravelsbach, Sitzendorf an der Schmida, Ziersdorf.

Die **Verbandssatzungen** regeln:

- die Aufgaben des GV
  - die Errichtung und den Betrieb des Wirtschaftsparks (WIP)

- die Verbandsversammlung
  - die Bürgermeister aller beteiligten Gemeinden
- den Verbandsvorstand
  - die Mitglieder der Verbandsversammlung werden auf Basis der Gemeinderatswahlergebnisse aller beteiligten Gemeinden nach dem d' Hondtschen Verfahren berechnet (derzeitige Verteilung: ÖVP 6, SPÖ 2)
  - die Mitglieder des Prüfungsausschusses (ÖVP 3, SPÖ 3)
- den Kostenersatz (der durch die Einnahmen NICHT gedeckte Aufwand)
  - Ziersdorf 42,0%
  - Heldenberg 17,5%
  - Ravelsbach 12,5%
  - Sitzendorf 12,5%
  - Maissau 10,0%
  - Hohenwarth 5,5%

Eine **Vereinbarung** regelt

- die Aufteilung der Kommunalsteuer
  - Ziersdorf 30,4%
  - Heldenberg 21,0%
  - Ravelsbach 15,0%
  - Sitzendorf 15,0%
  - Maissau 12,0%
  - Hohenwarth 6,6%
- externe infrastrukturelle Einrichtungen
  - Anteil an der Kläranlage (einmalige Abgeltung)
  - 250 EWG
- interne infrastrukturelle Einrichtungen
  - Schmutz- und Regenwasserkanal
- Wassererschließung und -versorgung, Gehsteig, Straße, Straßenbeleuchtung, Oberflächenentwässerung, laufende Pflege, Instandhaltung und -setzung
- Abgeltung für Vorleistungen der Standortgemeinde Ziersdorf

Angekauft wurden ca 11,5 ha (Betriebsfläche ca 93.400 m^2).

Besonderheiten des WIP (neben der Gemeindeverbandslösung):

- Flächenpreise inkl Grundpreis und Infrastrukturentgelt

  (Aufschließungsabgabe, Kanaleinmündungs- und Wasseranschlussabgabe), zB Gewerbegebiet Klasse 2: € 25,50/m^2 (€ 9,20 Grundpreis + € 16,30 Infrastrukturentgelt)

- Städtebauliche Konzeption
  (Strukturierung erfolgte in drei Zonen mit Kern)
  Das **Verkehrskonzept** baut eben auf dieser Strukturierung auf. Es ist ein äußerer Ring speziell für den LKW- und Zulieferverkehr zu den Betriebsgebieten und den Rückfronten der Handelsbetriebe vorgesehen. Die innere Erschließung zu den Handelsbetrieben und dem Platzbereich ist ausschließlich für den Individualverkehr (PKW und Fußgänger) vorgesehen. Dieser Ring wird verkehrsberuhigt, mit gesicherten Fußgängerquerungen und genügend PKW-Parkplätzen vor den Handelsbetrieben, ausgestaltet.
- Biogasanlage und ein Blockheizkraftwerk für die Energieversorgung (Status: kurz vorm Bau)

Weitere Infos siehe http://www.ziersdorf.at/WIP

2.5.2.2. Unternehmerische Erfolgsstories und kommunales Zusammenwirken

➔ *Mag. Helmut Miernicki*
Geschäftsführer ecoplus, NÖ Wirtschaftsagentur

Übergreifende Standortkooperation für überregionale Wettbewerbsfähigkeit

ecoplus, Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH, wurde von der NÖ Landesregierung beauftragt, *interkommunale Standortentwicklungen* in Niederösterreich zu betreuen und zu fördern. Sinn und Zweck von diesen Gemeindekooperationen soll es sein, durch großräumigeres Denken regionsbedingte Standortvorteile und Initiativen besser und koordinierter zu nutzen.

ecoplus berät in diesen Fragen bei der Standortauswahl sowie der Aufschließungskonzeption und bietet Unterstützung im Umwidmungsverfahren an. *Grobaufschließungskonzepte* und Kalkulationen werden bereitgestellt. Bei der dann stattfinden Vermarktung ist ecoplus ebenso behilflich wie bei der Beratung von sich ansiedelnden Betrieben bezüglich Förderansuchen, Suche nach Kooperationspartnern etc. Gleichfalls offeriert ecoplus Wirtschaftlichkeitsrechnungen über direkte und indirekte Auswirkungen von interkommunalen Betriebsgebieten. Schlussendlich fördert ecoplus auch die Aufschließungsinfrastruktur (Straße, Kanal und Wasser, Beleuchtung, technische Infrastruktur).

Die wesentlichen Charakteristika von interkommunalen Standortkooperationen sind:

- gemeinsame Investition mehrerer Gemeinden (Sicherung der Grundstücke, Aufschließung, Vermarktung, Einsetzen eines Wirtschaftsparkmanagements),
- Aufteilung der Erlöse nach Verwertung der Betriebsgrundstücke sowie Einhebung von Infrastrukturgebühren und Kommunalsteuer.

Die Vorteile liegen

- in der optimierten, kostengünstigen Flächenwidmung und -nutzung,
- in finanziellen und personellen Ressourcen/Risikoteilung,
- in der verbesserten Standortortqualität, Wettbewerbsfähigkeit und Vermarktung,
- in der stärkeren Verhandlungsposition.

ecoplus kann richtliniengemäß der NÖ Landesregierung bei interkommunalen Standortkooperationen eine höhere *Förderqualität* vorschlagen als bei einzelgemeindlichen Betriebsgebieten.

2.5.2.3. Möglichkeiten aktiver Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik in der Gemeindezusammenarbeit

➔ *Dr. Josef Leitner*
Leiter Referat Betriebswirtschaft in der Arbeiterkammer Niederösterreich

Gemeindeverbünde für aktive Arbeitsmarktpolitik

In Niederösterreich haben Gemeindeverbünde (zB Kleinregion Ybbs-Wieselburg) mit dem Arbeitsmarktservice ***Beschäftigungsprojekte*** und sozioökonomische Unternehmen initiiert und damit mehrere Ziele erreicht:

- Bindung von Mitteln aktiver Arbeitsmarktpolitik in der Kleinregion,
- Schaffung von (befristeten) Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose und behinderte Gemeindebürger,
- Mitfinanzierung der Projekte in der Form, dass Leistungen der Projekte zu günstigen Kostensätzen in Anspruch genommen werden (zB für Tätigkeiten, die der Bauhof wegen Kapazitätsengpässen nicht erledigen kann),
- Die Integration der Gemeindebürger mit professioneller Hilfe in den ersten Arbeitsmarkt.

In den Gemeinden und (Klein-)Regionen gibt es zahlreiche – nicht marktfähige – Tätigkeitsfelder bzw Beschäftigungsmöglichkeiten; für die öffentliche Hand eine enorme Herausforderung, nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit zu finanzieren.

Effektive Wirtschaftspolitik der (Klein-)Regionen

Ein Betriebsareal – wenn möglich unmittelbar neben einem hochrangigen Verkehrsstrang – gemeinsam zu erwerben, aufzuschließen und (meist unterpreisig) zu verwerten, ist nur ein sehr punktueller Ansatz interkommunaler Wirtschaftspolitik.

Vielmehr geht es darum, sowohl haupt- als auch ehrenamtlich getragene Organisationen (Betriebsansiedelungs-, Marketing-GmbH) in Abstimmung mit Regionalbanken, Leitbetrieben etc sowie mit Unterstützung von ecoplus ua ***kompetente Organisationen*** zu schaffen, die permanent in der Lage sind, die Wirtschaftsstandorte in ihrer Gesamtheit zu vermarkten, Betriebsliegenschaften zu verwerten, Unternehmen bei Finanzierungs- und Förderfragen zu unterstützen uvm. Anleihen dafür können bei so mancher Stadtmarketing-GmbH oder vielen funktionierenden Tourismusregionen genommen werden.

2.5.3. Publikumsdiskussion:

In der darauffolgenden Diskussion der Konferenzteilnehmer wurden folgende Gedanken erörtert:

- Kritisch bewertet wurden dabei ua auch die Einschränkungen, die es vom Gesetz her für bundesländerübergreifende Projekte gibt. Gerade die Gemeinden in direkter Nähe zu Wien, aber auch zu anderen Bundesländern, haben damit Probleme.
- Aufgrund der Rechtslage ist es derzeit schwer bzw unmöglich, gemeinsame Projekte mit einer Nachbargemeinde in einem anderen Bundesland durchzuführen.
- Es gibt Fälle wo mehrere Wirtschafts- oder Gewerbeparks in unmittelbarer Nähe zueinander errichtet werden. Dies habe zur Folge, dass einige davon nicht ausreichend ausgelastet seien.
- Die Probleme mit Asylanten in NÖ Gemeinden wurden auch angesprochen. Kritikpunkt dabei war vor allem die mangelnde Koordination bei der Zuteilung von Asylwerbern. Hier wäre es sinnvoll, wenn die Beratungsleistung für Gemeinden verbessert wird. Dies wäre auch im Sinne der Bevölkerung.

3. STELLUNGNAHMEN

Schon im Vorfeld der Landeskonferenzen wurden namhafte Politiker und Interessensvertreter ersucht, zur Problematik des ländlichen Raumes schriftliche Stellungnahmen abzugeben. Je nach eigener Position verfassten die Persönlichkeiten daraufhin ein oder mehrere Statements. Die eingelangten Stellungnahmen beschränkten sich dabei nicht nur auf die vorgegebenen Themen (zu den Punkten 3.1.–3.3.), sondern enthielten zudem auch neue Schwerpunkte. Sie werden im Folgenden thematisch geordnet:

1. Wertschöpfung im ländlichen Raum – regionale Stärken fördern und Arbeitsplätze sichern. Ist uns der ländliche Raum noch etwas wert?
2. Gemeinsam statt einsam: Interkommunale Zusammenarbeit als Rettungsanker für Landgemeinden?
3. Infrastruktur in ländlichen Regionen – für einen gesicherten Lebens- und Arbeitsraum.
4. Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum
5. Sicherstellung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs
6. Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Tourismus

3.1. WERTSCHÖPFUNG IM LÄNDLICHEN RAUM – IST UNS DER LÄNDLICHE RAUM NOCH ETWAS WERT?

➔ *Dr. Martin Bartenstein*
Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

Österreichs Dorf- und Marktgemeinden tragen einen großen und oft unterschätzten Anteil an der österreichischen Wirtschaft. Denn die hier angesiedelten Klein- und Mittelbetriebe sind es, die in Summe einen bedeutenden Anteil an der Wirtschaftsleistung Österreichs haben. Diese besondere Bedeutung von Klein- und Mittelbetrieben als Faktor für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt auf lokaler und regionaler Ebene muss in allen relevanten Bereichen der Politik zur Geltung kommen. Und gerade dieser „think small first“-Ansatz wird im „Lissabon-Prozess“ der Europäischen Union – dem Weg zum wirtschaftsstärksten Raum der Welt – besonders hervorgehoben.

Wenn – wie aktuelle WIFO-Erhebungen belegen – die Investitionstätigkeit der österreichischen Gemeinden im Steigen begriffen ist, so sind sie auf dem richtigen Weg zu einem starken Wirtschafts- und Arbeitsstandort und damit zu einem starken Gemeindestandort Österreich. Als Arbeitsminister registriere ich erfreut, dass die Gemeinden in den letzten Jahren vermehrt begonnen haben, die Beschäftigungspolitik auf spezifische Problemgruppen und Problemlagen hin auszurichten. Sie setzen hier zunehmend Schritte zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen, Frauen, Älteren und Jugendlichen. Sehr viele Projekte werden in Form enger Kooperationen mit dem AMS abgewickelt.

Um die Wertschöpfung im ländlichen Raum zu erhalten bzw zu steigern sind optimale Rahmenbedingungen notwendig: Bildung, Wissenschaft und Forschung müssen ausgebaut werden um Wettbewerbsstärke zu garantieren. Die Gemeinden und Regionen erhalten vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit vielfältige Impulse: So werden innovative und technologieorientierte Unternehmensgründungen massiv unterstützt. Die Schaffung von Fachhochschulen und Forschungszentren mit hochwertiger Infrastruktur dient der langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinden und soll dazu beitragen ein Gleichgewicht zu den Ballungsräumen herzustellen. Die Gemeinden sind das Rückgrat des Tourismus-Standorts Österreich. Ein breites Angebot an naturverbundenen Freizeitmöglichkeiten freut sich, auch bei Gästen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten, immer größerer Beliebtheit. Innovation auch in diesem Bereich schafft regionale Identität und bietet eine Chance für neue Arbeitsplätze.

➔ *Mag. Markus Beyrer*
Generalsekretär, Industriellenvereinigung

Entscheidend ist wohl die Beantwortung der Frage – *wie reüssiert man in der Region in Zeiten der Globalisierung?* Dazu gibt es eine Reihe von Beispielen.

Das Unternehmen des Ehrenpräsidenten der Industriellenvereinigung Peter Mitterbauer, die Miba AG, hat in den vergangenen Jahren einen forcierten Internationalisierungskurs unternommen. Das Resultat: parallel zu den Produktionsstätten auf der ganzen Welt wurde ein zusätzlicher Standort in einer ländlichen Region – im oberösterreichischen Roitham – eröffnet und der Mitarbeiterstand ausgebaut.

Ein weiteres Beispiel ist das am Ende der 80er Jahre als verstaatlichtes Unternehmen am Rande des Zusammenbrauchs stehende **Berndorf AG.** Auch hier ein Vergleich der Beschäftigtenzahlen: Anfang der 90er Jahre arbeiteten bei Berndorf rund 600 Mitarbeiter, davon 5% im Ausland.

Heute arbeiten rund 2.000 Mitarbeiter im Unternehmen, davon im 50% Ausland, also 430 Mitarbeiter **mehr im Inland!** Wenn Sie heute durch das ländlich geprägte Triestingtal fahren, sehen Sie blühende Landschaften.

Es gibt viele weitere Beispiele: Entscheidend für den Erfolg der Region sind innovative und mutige Unternehmer, kluge Verantwortliche in den Gemeinden, Städten, Regionen und Ländern, die ein optimales Umfeld für Unternehmen schaffen. Denn fleißige und gut ausgebildete Menschen gibt es in Österreichs Regionen. Österreich hat an Bodenschätzen vor allem Holz und die Hirne der Menschen!

➔ *Walter Blachfellner*
Landesrat, Salzburg

Wir leben in einer Zeit, die geprägt ist von Entwicklungen wie Globalisierung, Vernetzung, Erweiterungsprozessen wie zum Beispiel jener der Europäischen Union. Alle Verantwortungsträger aus Politik und Wirtschaft müssen gerade angesichts dieser gravierenden Veränderungen dafür sorgen, dass die Gemeinden als der wichtigste Bezugspunkt vor Ort nicht „unter die Räder“ kommen. Es sind die Kommunen, die insbesondere

im Bereich der Daseinsvorsorge für die Menschen unabdingbare Funktionen erfüllen. Die Salzburger Landesregierung weiß um diese gewichtige Rolle der 119 Gemeinden im Land, was sich auch im Arbeitsübereinkommen der Salzburger Landesregierung widerspiegelt, dort heißt es ua: *„Die Gemeinden und Städte haben für den Wirtschaftsraum Salzburg und seine dynamische Entwicklung eine existenzielle Bedeutung. Für die Landesregierung ist daher die Stärkung und Erhaltung der finanziellen Leistungskraft der Kommunen ein wichtiges Ziel“.* Zurückkommend auf die Ausgangsfrage, „ist uns der ländliche Raum noch etwas wert?“ kann diese in Bezug auf die Zielsetzungen und die Politik der Salzburger Landesregierung, mit einem „eindeutigen Ja“ beantwortet werden**.**

Denkbar treffend daher auch das gewählte Motto, unter dem der Österreichische Gemeindetag in diesem Jahr, steht: „Arbeit sichern, Zukunft leben, Gemeinde stärken“ – damit wird deutlich gemacht, dass jeder dieser Notwendigkeiten nicht isoliert entsprochen werden kann, sondern Arbeit eine gute Zukunft bedeutet und wir mehr denn je die Gemeinden dazu brauchen.

➔ *Mag. Gabi Burgstaller*
Landeshauptfrau, Salzburg

Wenn wir von der Wertschöpfung im ländlichen Raum im Zusammenhang mit unseren Gemeinden und den Möglichkeiten von Politik sprechen, dann geht es vor allem auch um die Gemeinden in ihrer Rolle als wirtschaftliche Impulsgeber. Die Gemeinden mit ihren Bauhöfen, Kindergärten und Schulen und ihren vielfältigen Investitionen müssen finanziell in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachzukommen. Präsident Mödlhammer hat auf die Probleme bei der Finanzierung und die Entwicklung der Investitionen zu recht aufmerksam gemacht. Was ist die Ausgangslage: In den ländlichen Regionen dominiert eine traditionelle Branchenstruktur: Die einzelnen Branchen könnten besser und besser vernetzt kooperieren – unterstützt und beraten durch Regionalverbände bzw durch die Länder. Ein gutes Beispiel für Salzburg ist der Sektor Holz, nicht zuletzt auf Grund der verschiedenen Kooperationsformen (Holzcluster). Cluster als Modell, als Netzwerke von Produzenten, Zulieferern, Forschungseinrichtungen (zB FH), Dienstleistern (zB Design- und Ingenieurbüros, Architekten). Eine kritische Masse von Betrieben in räumlicher Nähe zueinander, deren Aktivitäten sich entlang von Wertschöpfungsketten ergänzen. Auch Tourismus und Landwirtschaft bleiben zentrale Wirtschaftsfaktoren.

➔ *Sepp Eisl*
Landesrat, Salzburg

In den vergangenen Monaten wurden im Rahmen der EU-Budgetverhandlungen auch die Weichen für die zukünftige Entwicklung des Ländlichen Raums gestellt. Eine dynamische und nachhaltige „Ländliche Entwicklung“ sind für die Programmplanungsperiode 2007 bis 2013 dabei Zielvorgabe. In Österreich muss es uns gelungen, auf nationaler und auf Bundesländerebene durch die Kofinanzierung der Maßnahmen diese Zielvorgaben umzusetzen und einen aktiven Ländlichen Raum zu erhalten und zu unterstützen. Die Maßnahmen in der Ländlichen Entwicklung bilden den Anstoß für Wertschöpfung im

Ländlichen Raum, für regionale und lokale Aktivitäten und für eine Eigendynamik, die sich daraus entwickeln soll.

Die Frage „Ist uns der Ländliche Raum noch etwas wert?“ darf nur mit einem klaren, deutlichen „Ja“ beantwortet werden. Geben wir den Ländlichen Raum auf, so zerstören wir nachhaltig über Jahrhunderte gewachsene Strukturen und machen Platz für Entwicklungen, deren Folgen wir wahrscheinlich erst erkennen können, wenn es bereits zu spät ist. Oberstes Ziel aller politischen Anstrengungen muss es sein, die Chancengleichheit zwischen städtischen Ballungsgebieten und dem Ländlichen Raum dort, wo sie bereits existiert, zu wahren, und dort, wo Handlungsbedarf besteht, so rasch als möglich durch entsprechende Maßnahmen zu schaffen. Gerade für die Gemeinden im Ländlichen Raum sehe ich etwa mit der Möglichkeit der Ortskernabgrenzung und damit verbunden der Stärkung der Ortskerne eine wichtige Maßnahme, um Arbeitsplätze und damit die Wertschöpfung vor Ort zu sichern.

➔ *Hannes Gschwentner*
Landeshauptmann-Stellvertreter, Tirol

Die Existenzsicherung der Menschen im ländlichen Raum reduziert sich mehr und mehr auf den Kampf gegen die radikalen Folgen der Globalisierung und Neoliberalisierung. Der Druck internationaler Konzerne auf die Politik wird ständig stärker. Der Sparkurs auf Bundesebene zeigt längst seine Auswirkungen auf die Länder und die Gemeinden. Die Zerschlagung des ländlichen Raumes schreitet munter fort.

Lippenbekenntnisse allein sind zuwenig. Schönen Worthülsen für starke Gemeinden, einen gesunden ländlichen Raum und eigenständigen Regionen müssen Taten folgen. Das wichtigste ist die Chancengleichheit am Bildungssektor. Nur gut ausgebildete Menschen werden den neuen Herausforderungen im ländlichen Bereich gewachsen sein. Daher braucht es mehr Investition in Forschung und Technik. Wichtig ist auch der Ausbau moderner, umweltfreundlicher Verkehrsnetze.

Tirol braucht ein Investitionsprogramm für die Schiene, gepaart mit leistungsfähigen Nahverkehrsprojekten – das schafft Arbeit und sichert die Erreichbarkeit der Gemeinden in den alpinen Tälern, in denen Klein- und Mittelbetriebe nur überleben können, wenn sie zu den Großen konkurrenzfähig bleiben!

➔ *Dr. Wilfried Haslauer*
Landeshauptmann-Stellvertreter, Salzburg

Die Herausforderungen für die Gestaltung des Lebens im ländlichen Raum werden in unserer heutigen Zeit immer größer. Der ländliche Raum braucht daher gesicherte Rahmenbedingungen und Perspektiven für die Zukunft. Auf diesem Weg wurden bereits auf Bundesebene ua folgende beachtliche Ziele erreicht:

- ein besserer Finanzausgleich für kleinere Gemeinden für die Jahre 2005 – 2008,
- eine regionale Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive sowie ein „agrarpolitisches Leistungspaket“ in der Höhe von € 3 Mrd,

- eine betriebliche Forschungsförderung sowie Erleichterungen bei Hof- und Betriebsübergaben,
- für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft: steuerbegünstigter Agrardiesel und agrarpolitisches Leistungspaket.

In der Salzburger Landesregierung setze ich mich aktiv für die Unterstützung eines dynamischen, wirtschaftlich starken ländlichen Raumes ein. Ziel muss dabei neben der Erhaltung einer aktiven bäuerlichen, multifunktionalen Landwirtschaft die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Lebensqualität für die ländliche Bevölkerung auch unter geänderten Rahmenbedingungen sein.

Unter Optimierung der Rahmenbedingungen verstehe ich auch, dass die Kräfte in der Region gebündelt werden, indem der Fokus auf regionale Stärkefelder verstärkt wird und so Maßnahmen effizienter gesetzt werden können. Eine klare inhaltliche Positionierung der Regionen eröffnet der Region die Möglichkeit, ihre Potenziale entsprechend nach außen besser wahrnehmbar darzustellen. Nur die Regionen selbst können die regionsspezifischen Profile festlegen, weil sie selbst am besten die vorhandenen Stärken wie auch die Entwicklungspotenziale vor Ort kennen. Das Land und die landesweit bestehenden Institutionen sind gefordert die einzelnen Regionen bei ihrer Positionierung bestmöglich zu unterstützen und auch zwischen den Regionen zu koordinieren. So sollten gemeinsam mit den Unternehmen und Akteuren vor Ort jene Entwicklungsschwerpunkte herausgefiltert werden, die künftig maßgeblich zu einer Verbesserung und Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen können. Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Vernetzung bzw Kooperation mit anderen Regionen durchaus auch anzustreben, wenn diese das regionale Profil noch verstärken können. Dabei steht auch die Bewusstseinsbildung innerhalb der Region im Vordergrund. Dazu ist es erforderlich, Informationen transparent für die Region zu kommunizieren und die Bevölkerung bzw regionale Akteure aktiv in den Prozess einzubinden.

Die Befähigung der Regionen (Bezirke), ihre Entwicklung selbständig voranzutreiben, soll durch eine klare Strukturierung und Weiterentwicklung der Kompetenz regionaler Dienstleister (Regionalmanagement, Regionalverbände etc) sichergestellt und verbessert werden. Aufgaben zur Koordination regionaler Entwicklungsträger müssen dabei ebenso wahrgenommen werden wie die kontinuierliche Weiterentwicklung und Vernetzung regionaler Impulse. Maßnahmen sind vor allem zur Verbesserung der Standortvoraussetzungen für gewerbliche und industrielle Entwicklung durch Erschließung und Vermarktung von Standorten auch im ländlichen Bereich zu setzen. Durch die Koordination und Ergänzung des Qualifizierungsangebotes könnten die regionalen Kompetenzen auf eine breitere Basis gestellt werden.

➔ *Dr. Anna Hosp*
Landesrätin, Tirol

Der ländliche Raum Tirols ist vielgestaltig. Stadtnahe Gebiete und Tourismusregionen mit hoher Dynamik zählen ebenso dazu, wie hoch oder peripher gelegene Gebiete mit unzureichender Entwicklungsdynamik oder Strukturschwächen. Hier sind differenzierte regionalpolitische Ansätze erforderlich.

3. Stellungnahmen

Im Projekt „ZukunftsRaum Tirol“ (www.tirol.ga.at/zukunftsraum) werden derzeit grundlegende Strategien der Landesentwicklung erarbeitet, die auch in den regionalpolitischen Förderprogrammen ihren Niederschlag finden.

Eines der grundlegenden Ziele ist es, allen Regionen im Rahmen ihrer spezifischen Voraussetzungen eine positive Entwicklung als Lebens- und Wirtschaftsräume zu ermöglichen. Den struktur- und entwicklungsschwachen Gebieten gilt dabei die besondere Aufmerksamkeit. Hier ist es eine besondere Herausforderung, Entwicklungspotenziale sichtbar zu machen und sie zu nutzen.

Dies erfordert einen regionalpolitischen Ansatz in Form einer Doppelstrategie: einerseits müssen entwicklungsrelevante Aktivitäten auf Landesebene ganz bewusst die regionale Differenzierung als eine Zieldimension beachten; andererseits gilt es, die Eigenentwicklungskraft der Regionen zu stärken und regionale Initiativen – etwa im Bereich des Regionalmanagements – zu unterstützen.

Ländliche Regionen benötigen in besonderem Maße einen integrierten Entwicklungsansatz. Das Nebeneinander von KMUs, Tourismusbetrieben und einer vom Nebenerwerb dominierten alpinen Land- und Forstwirtschaft ermöglicht vielfältige Synergien, die aber nur mobilisiert werden können, wenn diese wechselseitigen Zusammenhänge bewusst erkannt werden und in strategisch abgestimmtes Handeln münden. Zugleich liegt darin die einzige Chance, die typische Kulturlandschaft alpiner Regionen zu erhalten, die für die Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung ebenso bedeutsam ist, wie für den Tourismus.

➔ *NR a. D. Bgm. a. D. Hermann Kröll*
1. Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes
Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes

Gemeindepolitik ist untrennbar mit der Entwicklung des ländlichen Raumes verbunden. Die Entstehung von immer größeren Zentren, die Schließung wichtiger Infrastruktureinrichtungen und Kleinversorger, die Einsparung öffentlicher Verkehrsmittel usw hat jedoch zunehmend zu negativen Auswirkungen geführt, die eine immer stärker drohende Abwanderung im ländlichen Raum befürchten lassen. Um dieser Entwicklung erfolgreich entgegenwirken zu können, wird es in Zukunft eine der wichtigsten Zielsetzungen sein müssen, in Gemeinden und Regionen bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie neue Arbeitsplätze anzubieten, damit die sozialen Standards – und somit die Lebensbasis für junge Menschen und Familien – gesichert sind und neue Chancen wahrgenommen werden.

Erfolgreiche Beispiele von Projekten, die neue Arbeitsplätze schaffen bzw bestehende erhalten, gibt es in den steirischen Regionen bereits. Allen diesen Projekten gemeinsam ist die verstärkte Zusammenarbeit sowie die nachbarschaftliche Kooperation über Gemeinde- und sogar Bezirksgrenzen hinweg. Nur auf diese Weise kann eine Stärkung der Kleinregionen und des regionalen Selbstbewusstseins erreicht, den Abwanderungstendenzen entgegengewirkt und die Wertschöpfung in der Region gehalten werden, was wiederum zur positiven Entwicklung der Gemeinden beiträgt.

In unserem Bundesland liegen gerade Konzeptvorschläge der beiden Regierungsparteien ÖVP und SPÖ zur „Steiermark der Regionen“ bzw zur „Gemeindezusammenarbeit in Regionen“ vor, die in nächster Zeit unter Einbindung der kommunalen Interessenvertretungen beraten werden. Dabei wird es das oberste Ziel sein müssen, die organische Zusammenarbeit von kleineren Einheiten, die einander sinnvoll ergänzen, zu fördern.

Auch die in Vorbereitung des diesjährigen Österreichischen Gemeindetages stattfindende steirische Landeskonferenz am 31. März 2006 in Lannach haben wir unter das wichtige Thema „Arbeitsplätze im ländlichen Raum“ gestellt. Somit wird dieses Thema auch im Rahmen des Österreichischen Gemeindetages 2006 seinen Niederschlag finden.

All diese Aktionen zeigen deutlich, dass uns der ländliche Raum und dessen gedeihliche Entwicklung etwas wert sind. Der Steiermärkische Gemeindebund wird auch in Zukunft sein besonderes Augenmerk auf diesen Bereich lenken, denn: Eine gesunde Struktur des ländlichen Raumes bedeutet den Erhalt der Heimat für die Menschen!

➔ *Dr. Christoph Leitl*
Präsident, Wirtschaftskammer Österreich

Der ländliche Raum ist Lebensraum, Arbeitsraum, Freizeitraum. Er muss uns wert sein, wenn wir seine Funktionen und die Chancen zur Weiterentwicklung erhalten wollen.

Betriebe in der Region sind die Quintessenz für eine hohe Wertschöpfung sowie für Beschäftigungs- und Ausbildungschancen im ländlichen Raum. Es sind die Betriebe, die die Standortvorteile einer Region erschließen und in einen wirtschaftlichen Erfolg umsetzen. Dabei geht es nicht nur um landwirtschaftliche Betriebe. Die Betriebe der gewerblichen Wirtschaft im Handel, in der Produktion und im Tourismus erwirtschaften Wohlstand. Ohne sie könnte keiner der ca 2/3 Nebenerwerbsbauern in Österreich seine agrarische Existenz halten. Ohne sie stünde der Wohlstand auf dürren Beinen. Die Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmen hängen von den Rahmenbedingungen im Ort und in der regionalen Wirtschaft ab. Zunehmend aber auch von ihrer Fähigkeit mit Kunden, Lieferanten und auch Mitarbeitern in aller Welt zusammenzuarbeiten.

Da ist es wichtig, dass Gemeinde- und Landesvertreter das lokale und globale Umfeld und die Entwicklungschancen ihrer Betriebe berücksichtigen. Die Handlungsfelder für Gemeinden sind breit: Verkehrsanbindung, ein an den Beschäftigungs- und Freizeitmöglichkeiten orientierter Personennahverkehr, Kinderbetreuung, Breitbandanbindung, Infrastruktur für die berufliche Weiterbildung, regionale Ver- und Entsorgung, Wachstumsreserven für expandierende Betriebe, Sport- und Kulturaktivitäten im Gemeinwesen.

Wer früh auf die Betriebe zugeht und deren Entwicklung unterstützt muss nicht schwindenden Arbeits- oder Ausbildungsplätzen oder einer schwindenden Nahversorgung nachlaufen. Etablierte Betriebe, Neugründungen, Industrie, Gewerbe oder Handel florieren dort wo man gemeinsam die wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt. Florierende Betriebe wiederum erhalten die Arbeitsplätze oder schaffen sogar neue. Bei der Nahversorgung müssen Betriebe in den Ortskernen eine Chance haben, ihren Kunden ein attraktives Angebot machen zu können.

3. Stellungnahmen

➔ *Bgm. Helmut Mödlhammer*
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Die Entwicklung und der Bestand des ländlichen Raums sind in Gefahr. Die Kernfrage ist, was Staat und Gesellschaft dazu beitragen können, um diesen Lebensraum attraktiv zu gestalten und zu erhalten. Wir müssen Anreize schaffen, die dazu führen, dass die Menschen den ländlichen Raum nicht nur als Urlaubsziel, sondern als Lebens- und Arbeitsraum betrachten. Das Hauptproblem der ländlichen Gemeinden ist allgemein bekannt. Viele Menschen verlassen schon zur Ausbildung ihre Heimatorte, pendeln oft eine Zeitlang zu ihrem Arbeitsplatz oder verlassen ihre Heimat ganz und ziehen in den nächsten Ballungsraum. Tendenziell wollen Menschen dort leben, wo sie auch Arbeit finden.

Das muss der Schlüsselauftrag sein, dem sich die Gemeinden des ländlichen Raumes verschreiben müssen. Das Potenzial, das gerade kleine und mittlere Unternehmen für die Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum schaffen, wird meist gewaltig unterschätzt.

Eines der wichtigsten Ziele wird es daher sein, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, endogene Potenziale auszunutzen und eine Vernetzung aller Partner einer ländlichen Region zu fördern. Vor allem in den KMUs entstehen nicht nur Ausbildungsplätze, sondern in weiterer Folge auch neue Entwicklungschancen.

Die Gemeinden haben es in der Hand, Rahmenbedingungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu setzen, indem sie die lokalen Stärken aufzeigen und bündeln. So können wir Schrittmacher für eine nachhaltige Entwicklung werden, indem die Gemeinden ein Unternehmertum fördern, das sich an den ländlichen Strukturen unserer Heimat orientiert.

➔ *Dr. Reinhard Platzer*
Generaldirektor, Kommunalkredit Austria

Knapp 60% der österreichischen Bevölkerung leben in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern, was die Bedeutung des ländlichen Raumes deutlich unterstreicht. Ungeachtet dessen, wird der ländliche Raum in ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht zunehmend an die Peripherie gedrängt. Weniger Geld für den ländlichen Raum, weniger Investitionen und damit die Erosion der regionalen Wertschöpfungsbasis sind die Folge.

Neue Technologien – vor allem im Bereich der Informations-, Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur – erlauben eine Verkürzung der Distanzen und ermöglichen es den Gemeinden, wieder ins Zentrum zu rücken. Begünstigt durch einen sich abzeichnenden Wertewandel in unserer Gesellschaft, der dem Thema Nachhaltigkeit mehr Beachtung schenkt, stehen die Gemeinden im ländlichen Raum heute vor der Möglichkeit, ihre wichtigsten Assets – Qualität und Vielfalt – voll auszuspielen.

Ansatzpunkt muss dabei die jeweilige Stärke der Region sein, die es ermöglicht, wichtige Nischen zu besetzen und in Bereichen tätig zu werden, die eine hohe Wertschöpfungstiefe aufweisen. Neue Wirtschaftsbereiche können dadurch erschlossen werden und zur

Diversifikation der Beschäftigung im ländlichen Raum beitragen. Damit jedoch positive Anreize gesetzt werden können, ist die Politik gefragt, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen – von Kinderbetreuungsplätzen bis hin zu einer klaren Aufgaben- und Ausgabenzuteilung – die es den Gemeinden erlaubt, in effizienter Weise ihrer Verantwortung nachzukommen.

➔ *DI Josef Pröll*
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Die Bedeutung und Relevanz der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Entwicklung des ländlichen Raums haben mit der jüngsten Erweiterung der Europäischen Union zugenommen. Ohne die zwei Säulen der GAP – Marktpolitik und Entwicklung des ländlichen Raums – würden zahlreiche ländliche Gebiete Europas immer größeren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen gegenüberstehen. Das Europäische Agrarmodell zeigt die vielseitige Rolle auf, die die Landwirtschaft in Bezug auf Reichtum und Vielfalt der Landschaft, Lebensmittel sowie das Kultur- und Naturerbe spielt.

Intakte ländliche Räume haben eine unverzichtbare Ausgleichsfunktion, ihre Erhaltung liegt im Interesse der gesamten Bevölkerung. Um den ländlichen Raum weiterhin attraktiv zu gestalten, setzt die österreichische Landwirtschaft auf eine flächendeckende Bewirtschaftung, wobei nicht nur qualitative, frische Lebensmittel produziert, sondern auch gleichzeitig wichtige ökologische und landschaftspflegerische Leistungen erbracht werden. Einwandfreies Wasser, saubere Luft und ein gesunder Boden sind unabdingbare Voraussetzung der gepflegten Kulturlandschaft und unverzichtbarer Regenerationsraum für die Erholung suchende Bevölkerung.

Die Erhaltung einer ausreichenden Zahl landwirtschaftlicher Betriebe ist sowohl wichtige Voraussetzung für die Erhaltung der Besiedelung in den Berggebieten als auch Gewähr für vielfältige Fruchtfolgen in den Ackerbauregionen, die die Belebung der Kulturlandschaft sicherstellen. Lebensqualität garantiert der ländliche Raum nicht nur durch seine kulturelle Tradition, sondern auch durch die Artenvielfalt bei Fauna und Flora. Als Wirtschaftsraum bietet der ländliche Raum nicht zu unterschätzende Chancen in der Ansiedlung und Nutzung umweltfreundlicher neuer Technologien sowie im Freizeit-, Bildungs- und Tourismusbereich.

Von der Land- und Forstwirtschaft und den für sie aufgewendeten Leistungsabgeltungen und Direktzahlungen strahlen auch wesentliche Beschäftigungseffekte auf den gesamten ländlichen Raum und in die Regionen aus. Im Jahr 2004 (Grüner Bericht 2005) wurden insgesamt 2.212 Millionen € an EU-, Bundes- und Landesmitteln für den österreichischen Agrarsektor aufgewendet. Die Landwirtschaft ist als Abnehmer von Betriebsmitteln und Investitionsgütern einerseits und als Lieferant von Rohstoffen zur handwerklichen und industriellen Verarbeitung andererseits eng in das Netz der Wirtschaft eingebunden. Die indirekten Liefer- und Absatzverflechtungen sowie die davon ausgehenden wirtschaftlichen Impulse sind für die industriellen, gewerblichen und sonstigen Unternehmen, vor allem im Dienstleistungssektor, von erheblicher Bedeutung. Im Jahre 2003 waren im Agrar- und Ernährungskomplex rund 280.000 (selbständige und unselbständige) Personen beschäftigt.

Darin sind unter anderem die Beschäftigten der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Holz- und Papierverarbeitung sowie des einschlägigen Groß-, Einzel- und Facheinzelhandels sowie des Verpflegungsbereiches des Gaststättenwesens und des Veterinärbereiches enthalten. Zuzüglich der rund 182.500 Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft waren damit rund 462.500 Personen im Agrar- und Ernährungskomplex beschäftigt.

Von erheblicher Bedeutung ist auch die forstliche Beschäftigungskomponente, wobei im Bereich der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und der Nutzung von Forstprodukten für energetische Zwecke noch ein Zuwachspotenzial besteht. In der Forstwirtschaft waren 2004 rund 8.000 Personen, in der Säge- Papier- und Zellstoffindustrie 19.600 und in der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie 9.000 Personen beschäftigt. Beschäftigungsimpulse gehen auch von der Verkehrserschließung, Förderungen für Maschinenringe, Maßnahmen für Katastrophenschutz wie etwa Hochwasser- und Lawinenschutzbauten aus.

Substanzielle Impulse erfolgen ebenso durch innovative Kooperationsprojekte der Landwirtschaft mit anderen Wirtschaftsbereichen. Insgesamt betrugen die von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben getätigten Gesamtausgaben (alle Betriebs- und Investitionsausgaben) im Jahr 2004 rund 6,05 Milliarden €. Etwa die Hälfte davon kommt den Wirtschaftszweigen Industrie und produzierendes Gewerbe zu Gute.

Über 90 Prozent der Verkäufe der Landwirtschaft werden weiter be- und verarbeitet. Die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche (insbesondere Zulieferindustrien, Agrarhandel, Ernährungsindustrie, Lebensmittelhandel sowie der Bereich des Gastgewerbes) erwirtschaften zusammen mit der Landwirtschaft eine bedeutende volkswirtschaftliche Wertschöpfung.

➔ *LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl*
Präsident des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei Niederösterreich

Der ländliche Raum gewinnt für die Bevölkerung immer mehr an Bedeutung. Deshalb ist es auch so wichtig, die Gemeinden als **Lebens- und Wirtschaftsraum** zu stärken und lebendig zu erhalten. Das Ziel unseres kommunalpolitischen Handels ist dabei: die ländliche Wirtschaft attraktivieren, nachhaltiges Wachstum fördern, neue Arbeitsplätze schaffen und Lebensraum für Familien bieten. Strukturverbesserungen in Landwirtschaft, Tourismus, Gewerbe, Nahversorgung, Dienstleistung sind die Grundlage für die Sicherung der regionalen Wertschöpfung. Das bringt Lebensqualität und Stabilität für unsere Gemeinden.

➔ *Dr. Herbert Sausgruber*
Landeshauptmann, Vorarlberg

Der ländliche Raum ist vielfältig, nahezu alle Sektoren und Sparten sind (auch) in ländlichen Regionen zu finden und erzielen dort Wertschöpfung. Allein das „sichtbarste Element“, die Land- und Forstwirtschaft, erzeugt in Vorarlberg jährlich Produkte und Dienstleistungen im Wert von knapp über 100 Millionen €. Der Wert agrarischer Erzeugnisse

geht aber darüber hinaus: Vielmehr sind sowohl der kulinarische Genuss der Produkte als auch die mit der Bewirtschaftung einhergehende Pflege der Landschaft unverzichtbare und unaustauschbare Grundlagen für den Tourismus und die Lebensqualität generell.

Die ländlichen Gebiete sind ein wesentlicher Qualitätsfaktor, der sich beispielsweise in der hohen Attraktivität Vorarlbergs als attraktiver Betriebsstandort und als Wohngegend mit hoher Lebensqualität äußert.

➔ *Hermann Schützenhöfer*
1. Landeshauptmann-Stellvertreter, Steiermark

Der ländliche Raum ist für die Zukunftsentwicklung der Steiermark von großer Bedeutung – und ist der Steirischen Volkspartei ein besonderes Anliegen. Ich habe daher gemeinsam mit Agrarlandesrat Hans Seitinger am 8. März 2006 im Rahmen einer Auftaktveranstaltung im VP-Landtagsklub in Graz einen intensiven Diskussionsprozess zum Thema „Zukunftsforum Starker Ländlicher Raum“ gestartet. Denn die Steiermark ist geprägt von vielen kleinen und kleinsten Gemeinden im ländlichen Raum und hat, genau genommen, mit der Landeshauptstadt Graz und seiner Umgebung nur einen wirklichen urbanen Raum. Selbst die industrialisierten Gebiete mit Aichfeld-Murboden, Leoben-Bruck-Kapfenberg oder Voitsberg-Köflach-Bärnbach sind aus europäischer Sicht eher als regionale Zentren zu sehen.

Der Österreichische Gemeindebund hat mit seinem Generalthema „Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum“ ein Kernthema unserer Zeit angesprochen, mit dem wir uns in diesem „Zukunftsforum Starker Ländlicher Raum“ verstärkt auseinandersetzen werden. In 13 Arbeitsgruppen mit Expertinnen und Experten sollen sowohl Zukunftsszenarien als auch Lösungsansätze unter dem Motto „Wie wollen wir im Jahr 2020 im ländlichen Raum leben“ erarbeitet werden. Im Juni dieses Jahres wird anhand der Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen ein Strategiepapier für ein Zukunftsszenario präsentiert, das in den kommenden Jahren zur Umsetzung gelangen soll.

Im Vorjahr wurde über unsere Initiative von der Landesregierung ein umfangreiches Steirisches Beschäftigungs- und Wachstumspaket mit einem Gesamtvolumen von € 70 Mio vorgelegt, das 113 Projekte mit einem Gesamtinvestment von € 1,1 Mrd auslösen und für ein Plus von 2.500 Arbeitsplätzen sorgen soll. Damit sollen die bereits regionalen Schwerpunkte von Humantechnologie-, Werkstoff oder Holzcluster (in Graz, Leoben oder Zeltweg) gestärkt und gezielt Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Technologien gefördert werden. Ein eigens eingerichteter Steirischer Technologie- und Wachstumsfonds soll Klein- und Mittelunternehmen die Chance eröffnen, in neuen Bereichen innovativ tätig zu werden.

Darüber hinaus hat die Steiermark mit 26 regionalen Impulszentren eine jeweils auf die Stärken der Region abgestimmte Schwerpunktsetzung.

Im Arbeitsprogramm der Landesregierung für diese Legislaturperiode ist die Sicherung und der Ausbau des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Steiermark als aller erstes The-

ma genannt und hat daher der Erhalt der Wertschöpfung und die Sicherung von Arbeitsplätzen, insbesondere im ländlichen Raum, Priorität.

➔ *ÖkR Rudolf Schwarzböck*
Präsident, Landwirtschaftskammer Österreich

Periphere ländliche Räume weiter auf der Talfahrt?

Im Jahr 2004 publizierte die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) die Ergebnisse einer nach Regionen differenzierten Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2031. Im Gegensatz zu den positiven Tendenzen der Städte und Agglomerationen werden nach dieser Studie die ländlichen Räume substantielle Bevölkerungsverluste haben. Damit sind periphere Regionen und strukturschwache Gebiete die großen Verlierer in den nächsten Jahrzehnten. Zu große Entfernungen, um als Wohnort für Tagespendler zu dienen und zu geringe Attraktivität um neue Arbeitsplätze zu initiieren, sind mit die prägenden Ursachen.

Angesichts dieser negativen Aussagen stellt sich die Frage, wie die Rahmenbedingungen nicht zuletzt auch durch Instrumente verschiedener Politiken so verbessert werden können, dass ein wesentlicher Teil des österreichischen Staatsgebietes Zukunft hat. Die positive Wertschätzung des ländlichen Raumes durch die Gesellschaft insgesamt sollte dafür ebenfalls ein wesentliches Motiv für eine zukunftsbezogene Strategie sein. Ebenso die verstärkte Sicht auf die regionalen Ressourcen der oft strukturschwachen Gebiete und ein hohes Maß an Innovation und Unternehmergeist haben schon in den vergangenen Jahren überzeugende Signale gesetzt.

Priorität Beschäftigungspolitik ist unteilbar

Die Politiken der Europäischen Union wie auch die Gemeinsame Agrarpolitik stehen in einem Spannungsfeld zwischen den aktuellen Zielen und der Konkretisierung durch die Mitgliedstaaten. Vor allem das Ziel der Beschäftigung im Rahmen der Lissabon – Strategie ist bei der dramatischen Arbeitslosigkeit in der EU ein Thema, das nunmehr alle Politikbereiche berührt und herausfordert.

Während beim Thema Nachhaltigkeit die Land- und Forstwirtschaft unmittelbarer Adressat ist, ist beim Thema Beschäftigung es noch dringlich, die Rolle der Land- und Forstwirtschaft offensiv aufzuzeigen. Es wäre eine kontraproduktive Politik, massive Strategien für neue Arbeitsplätze zu entwickeln und die Land- und Forstwirtschaft auf die Seite zu stellen. Beschäftigungspolitik ist unteilbar und hat eine gesamtgesellschaftliche Beziehung.

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft als Teil der Volkswirtschaft – mit den vor- und nachgelagerten Bereichen funktionell verbunden – hat grundlegende zukunftsorientierte Funktionen mit der Erzeugung von Lebensmitteln und erneuerbare Produktionen für die Deckung des Energiebedarfes und der industriellen Verwertung. In Österreich zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, dass die Land- und Forstwirtschaft und die vor- und nachgelagerten Bereiche – wie vor allem die Lebensmittelindustrie – rund 500.000 Arbeitsplätze zählen.

Ländliche Entwicklung – ein neuer Mosaikstein einer Gesamtstrategie

Die zukünftigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfordern langfristige Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sowie eine nachhaltige leistungsbezogene Abgeltung der gesellschaftlichen Funktionen im Sinne des europäischen Agrarmodells. Die Erhaltung der Produktion in den benachteiligten Gebieten für eine unternehmerische Land- und Forstwirtschaft ist dabei auch von großer strategischer Bedeutung, weil diese Gebiete ausgezeichnete Standorte für den Tourismus sind.

Das Programm Ländliche Entwicklung als flankierendes Element zur Gemeinsamen Agrarpolitik muss in der Zukunft nicht nur in programmatischer Hinsicht, sondern auch auf der Ebene der konkreten Maßnahmen zu einem wirksamen Politikinstrument weiterentwickelt werden. Der Grüne Pakt von Landwirtschaftsminister Pröll – der konkrete Umsetzungsvorschlag für die Ländliche Entwicklung – ist eine überzeugende Konzeption und Konkretisierung.

Diese beispielhafte Vision mit konkreten Umsetzungsvorschlägen darf allerdings nicht dazu führen, dass andere Politiken, wie etwa die Regionalpolitik, nicht im erforderlichen Umfang für den ländlichen Raum eingesetzt werden. Viel mehr ist es notwendig, zu einer konzertierten Programmatik zu kommen, die den strukturellen Gegebenheiten des Ländlichen Raumes gerecht wird und nachhaltige, wirtschaftliche und soziale Perspektiven zur Folge hat.

Der Grüne Pakt des Landwirtschaftsministers zielt auf folgende Prioritäten ab:

Priorität: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Die Investitionsförderung wird durch eine Professionalisierung bei größeren Investitionen deutlich als strategisch orientiertes Instrument aufgewertet. Die Verknüpfung mit differenzierten Planungskonzepten und Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation soll dabei eine nachhaltige Steigerung der ökonomischen Effizienz und damit eine dauerhafte wirtschaftliche Stärkung bringen.

Priorität: Multifunktionale Leistungsabgeltung

Das neue Umweltprogramm wird weiterhin das gewichtigste Instrument sein, wobei die neuen EU Rahmenbedingungen Änderungen notwendig machen. Die Ausgleichszulage für die Benachteiligten Gebiete wird unverändert in das neue Programm aufgenommen und so weiter einen gewichtigen Beitrag für die Funktionsfähigkeit der Berggebiete und Benachteiligten Gebiete leisten.

Priorität: Ländlicher Raum

Zwischen Land- und Forstwirtschaft und dem ländlichen Raum bestehen enge wechselseitige Beziehungen. Aus dieser Erkenntnis heraus soll auch das künftige Programm verstärkt darauf Rücksicht nehmen. Die Möglichkeiten sind in den Rahmenregeln sehr breit angelegt, so dass es vor allem auch bei der Umsetzung darum geht, möglichst viel an Synergien für die Land- und Forstwirtschaft zu erzielen. Nicht nur die Diversifizierung

der Tätigkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe, sondern vor allem auch beispielsweise die verstärkte Anwendung ressourcenschonender und erneuerbarer Energien müssen zu den absoluten Prioritäten zählen. Leader mit der Einbettung in die ländliche Gesamtthematik soll mit innovativen Strategien und mit einer ökonomischen Dauerhaftigkeit einen Beitrag für den ländlichen Raum leisten.

➔ *DDr. Herwig van Staa*
Landeshauptmann, Tirol

Der ländliche Raum, eine positive Entwicklung der Gemeinden und deren Infrastruktur liegen mir besonders am Herzen. Vor allem für Kleinstgemeinden in dezentralen Regionen ist es oft schwierig, Betriebe anzusiedeln und somit Arbeitsplätze zu schaffen. Die Ausgaben für die Infrastruktur sind aber vergleichsweise höher als in Gemeinden in den Zentralräumen. Hier ist es Aufgabe der Politik ausgleichend auf die Entwicklung einzuwirken, sodass den Menschen und Gemeinden im ländlichen Raum annähernd gleiche Chancen wie jenen in Zentralräumen geboten werden. Der Zugang zu Arbeit, Einkommen, medizinischen und sozialen Leistungen sowie die Bereitstellung von Wohnraum und wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten sind notwendige Bestandteile für einen leistungsfähigen ländlichen Raum.

Durch gezielte Maßnahmen zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und auch durch Hilfestellungen für strukturschwache Gemeinden soll einer drohenden Abwanderung aus dem ländlichen Raum entgegengewirkt werden.

Der ländliche Raum hat allein auf Grund seiner dünneren Besiedelung gegenüber den Ballungszentren von vorneherein Strukturnachteile. In einer schwierigen Situation befinden sich vor allem jene Gemeinden und Regionen, die von den Ballungszentren weiter entfernt sind und in denen der Tourismus wenig entwickelt ist. In der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe liegt eine große Chance für den ländlichen Raum.

Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe erhöht die Wertschöpfung, schafft dezentrale Arbeitsplätze und bringt eine Entlastung der Umwelt. Hier müssen die Länder ausgleichend mit Maßnahmen zur Förderung des ländlichen Raumes und der Kleinstgemeinden aushelfen.

➔ *Dkfm. Christian Stiglitz*
Vorstand, Altstoffe-Recycling Austria AG

Seit Bestehen des ARA Systems ist die Kooperation mit den Gemeinden ein wichtiger Eckpfeiler für den Erfolg des Verpackungssammel- und Verwertungssystems. Die enge partnerschaftliche Zusammenarbeit hat sich bewährt: Gemeinsam wurde in den vergangenen Jahren die Sammlung der gebrauchten Verpackungen aufgebaut, optimiert und die Bevölkerung über die richtige Sammlung informiert.

Bequeme haushaltsnahe Sammlung

Mit seinem flächendeckenden Netz an Sammelbehältern bietet das ARA System allen BürgerInnen vom Bodensee bis zum Neusiedlersee das weltweit dichteste und be-

quemste Sammelsystem für Verpackungsabfälle. Insgesamt stehen den ÖsterreicherInnen bereits mehr als 1,18 Millionen Sammelbehälter zur Verfügung und die Zahl steigt von Jahr zu Jahr. Die Sammelinfrastruktur berücksichtigt aber auch unterschiedliche regionale Anforderungen: So sind vor allem im ländlichen Raum bereits 1,34 Millionen Haushalte (mehr als ein Drittel aller österreichischen Haushalten) an die so genannte Sacksammlung angeschlossen und die Abholung von Leichverpackungen erfolgt somit bequem ab Haus.

Regionale Arbeitsplätze sichern

Für das ARA System stehen kosteneffiziente und umweltgerechte Entsorgungslösungen im Mittelpunkt. Bei der Sammlung und Verwertung baut das ARA System daher auf die Zusammenarbeit mit regionalen Entsorgungspartnern. Dabei kooperiert es nicht nur mit großen Sammlern und Verwertern sondern setzt auch auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und stärkt so die lokalen Strukturen. Denn die KMU sind das Rückgrat des ländlichen Raums und sichern Arbeitsplätze in diesen Gebieten.

Durch die Mitfanzierung von rund 230 österreichischen AbfallberaterInnen gewährleistet das ARA System die erfolgreiche Vor-Ort-Kommunikation zu den BürgerInnen und hilft damit die Arbeitsplätze dieser „regionalen Sprachrohre“ zu sichern. Dieses lokale Netzwerk gewährleistet auch die gezielte Umsetzung von Neuerungen und Optimierungen des Sammelsystems, wie zB die Umstellung der gemischten Leichtverpackungssammlung auf die neue Plastikflaschensammlung in weiten Teilen Österreichs.

Abfallvermeidung in KMU und Kommunen fördern

Der Bedeutung der Abfallvermeidung zur Schonung natürlicher Ressourcen und zur Entlastung der Umwelt steigt stetig. In der Vergangenheit standen vor allem KMU und kommunale Dienststellen vor dem Problem, dass sie zwar gute Ideen zur Abfallvermeidung hatten, die Umsetzung aber oftmals an der Finanzierung scheiterte. Mit der Förderungsinitiative „Abfallvermeidung 2006“ ebnet das ARA System in Kooperation mit der Stadt Wien und der Wirtschaftskammer Österreich nun vielen dieser Unternehmen den Weg, entsprechende Projekte zu realisieren. Darüber hinaus erfüllt es mit seiner Initiative auch noch seine gesetzliche Verpflichtung über die Abfallverwertung hinaus, Maßnahmen zur Abfallvermeidung zu fördern. Nähere Informationen finden Interessierte im Internet unter www.arasystem.at.

➔ *Mag. Herbert Tumpel*
Präsident, Arbeiterkammer Österreich

2,7 Mio Menschen in Österreich leben im sogenannten ländlichen Raum, das ist ein Drittel der österreichischen Bevölkerung. Der ländliche Raum ist darüber hinaus noch durch den Tourismus einer der Exportschlager Österreichs. Der ländliche Raum, seine Erhaltung und Weiterentwicklung muss uns daher etwas wert sein.

Die Arbeiterkammer hat dabei immer darauf hingewiesen, dass der ländliche Raum nicht durch Agrarförderungen allein attraktiv gemacht werden darf. Mindestens ebenso wichtig

ist es, das Absterben von Ortskernen zu verhindern, Beschäftigung im ländlichen Raum zu erhalten, aber auch die Mobilität in die Beschäftigungszentren zu unterstützen. Regionen können dabei nur dann lebendig bleiben, wenn regionale Zentren gefördert und erhalten werden. Von ExpertInnenseite wird immer wieder betont, welche wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Rolle derartige Zentren spielen.

Um dies zu erreichen, bedarf es einer Regionalpolitik, die vor Ort zielgerichtet auf Probleme reagiert, die aber in guter Interaktion zur nationalen und EU-weiten Wirtschaftspolitik steht. Es bedarf einer Infrastrukturpolitik, die den Nachteil räumlicher Entfernung weitestgehend ausgleicht (durch öffentlichen Nahverkehr ebenso wie durch Anbindung an leistbare Telekommunikation).

Die Förderprogramme müssen für alle Menschen im ländlichen Raum zugänglich sein, unabhängig von Besitzstand oder Beruf. Priorisiert werden sollten Programme, die die besten Beschäftigungswirkungen erzielen. Beispielsweise sollte das „Programm zur Entwicklung des Ländlichen Raums“ (LE 0713) den von der Europäischen Kommission vorgesehenen breiten Ansatz ermöglichen und nicht, wie in Österreich derzeit geplant, fast ausschließlich auf den Agrarsektor ausgerichtet sein. Bei allen Programmen ist dabei auf maximale Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu achten.

Auch der Nachhaltigkeitsaspekt darf nicht vernachlässigt werden: Um den Wert des ländlichen Raums auch für folgende Generationen zu sichern, müssen ökologische und soziale Bedingungen in den Regionen deutlich stärker berücksichtigt werden.

➔ *Mag. Franz Voves*
Landeshauptmann, Steiermark

In Zeiten des sich verschärfenden globalen Wettbewerbs zahlen häufig die Schwachen die Zeche. Der ländliche Raum wird zu den Verlierern der Globalisierung gezählt, die Bevölkerungsprognosen geben einen alarmierenden Befund. Diese Tatsache erfordert neues Denken und neues Handeln! Es geht schließlich darum, dass unsere Gemeinden ihre umfangreichen Aufgaben (Pflichtschulen, Kindergärten, Pflegeeinrichtung, Vereinsräumlichkeiten, uvm) auch in Zukunft optimal erfüllen können.

Neben den funktionierenden Wirtschaftsmotoren der Ballungsräume ist eine gesamtheitliche Betrachtung des ländlichen Raums vernachlässigt worden. Ländliche Entwicklung wurde und wird vielfach auf Förderung der Agrarwirtschaft reduziert – ein folgenschwerer Irrtum, denn der ländliche Raum besteht aus allen dort lebenden Menschen!

Diese Menschen stellen in ihrer Gesamtheit das Entwicklungspotenzial dar. Es geht daher nicht nur um das Erzeugen von landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen, sondern vor allem um die Weiterentwicklung von Dienstleistungen, Gewerbe, Industrie sowie Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten.

Auf diesem Weg der Entwicklung steht der ländliche Raum nicht alleine da. Trotz mancher Berührungsängste ist klar, dass nur die gemeinsame Entwicklung von städtischen und ländlichen Räumen Erfolg versprechend ist, denn Stadt und Land ergänzen einander.

Wir sind aufgefordert, uns gemeinsam den geänderten Rahmenbedingungen zu stellen und Entwicklungen nicht „passieren“ zu lassen. Wir müssen nicht nur reagieren, sondern auch konkret agieren und versuchen, lenkend einzugreifen.

Die Steiermärkische Landesregierung hat sich daher zu einer offensiven Strategie entschlossen, die im Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP dokumentiert ist. Hervorzuheben ist dabei die Umsetzung des Konzeptes „Steiermark der Regionen“, das die Unterstützung von lebenswerten Regionen ua auf Basis verstärkter Gemeindekooperationen und bezirksübergreifender Regionen zum Ziel hat.

3.2. GEMEINSAM STATT EINSAM: INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT ALS RETTUNGSANKER FÜR LANDGEMEINDEN?

➔ *Dr. Martin Bartenstein*
Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

Gemeinsam handeln, effiziente Gemeinden, Interkommunale Zusammenarbeit

Von allen österreichischen Gebietskörperschaften stehen die Gemeinden im unmittelbarsten Kontakt zum Bürger. Sie sind in vielen Belangen des täglichen und politischen Lebens erste Anlaufstelle. Neue Herausforderungen und wichtige Entscheidungen in einer globalisierten Welt machen auch vor der Gemeindestube nicht halt. Vielmehr müssen die Gemeinden viel unmittelbarerer imstande sein, auf veränderte Bedingungen einzugehen. Engagement und modernes Gemeindemanagement im Sinne eines umfassenden Dienstleisters sind wichtige Elemente bei der Entscheidung für oder gegen einen Betriebsstandort und damit wichtig für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Hinter den Leistungen und Erfolgen der Gemeinden steht viel Reformgeist „von unten“. Eine neue Bürgermeister-Generation versteht es, erfolgreich als Manager in den Bereichen Qualitätsmanagement, E-Government, Public Private Partnerships, Leitbildentwicklung, Tourismusstrategie, Umweltschutz oder Infrastruktur zu fungieren. Der Gemeindebund sowie kommunalpolitische Vereinigungen leisten wichtige Aus- und Weiterbildungsarbeit. Mich freut es, dass sich die Gemeinden immer mehr des E-Governments bedienen. Ein großer Teil der österreichischen Gemeinden bieten ihre Angebote bereits auf einer eigenen Homepage an, anstatt sie am schwarzen Brett auszuhängen.

Viele neue Herausforderungen können die Gemeinden jedoch nicht für sich alleine lösen, vielmehr muss versucht werden, Netzwerke und interkommunale Zusammenschlüsse aufzubauen, um die sich daraus ergebenden Synergien nutzen zu können. Viele Bürgermeister arbeiten erfolgreich mit privaten Anbietern etwa im Bereich der Abwasserentsorgung zusammen. Public Private Partnerships schaffen in vielen Bereichen kommunaler Arbeit neue Perspektiven und Handlungsspielräume. Eine verstärkte Zusammenarbeit der Gemeinden ist heute mehr denn je notwendig um auf neue Veränderungen reagieren zu können.

3. Stellungnahmen

➔ *Bgm. Mag. Wilfried Berchtold*
Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes

Lebensqualität liegt in den kleinen Einheiten

Wenn wir unsere Regionen als Lebens- und Wirtschaftsraum nachhaltig sichern wollen, müssen wir den ländlichen Raum stärken. Wir dürfen die Bedeutung der kleinen Gemeinschaften für die Lebensqualität der Menschen nicht unterschätzen, denn schon jetzt besteht die Tendenz, kleine Einheiten nur noch als Kostenfaktor zu sehen. Wir müssen daher neue Lösungen finden, um die Eigenständigkeit und Attraktivität gerade des ländlichen Lebensraums auch in Zukunft aufrechterhalten zu können. Gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich, aber auch bei Infrastruktureinrichtungen wie dem öffentlichen Personen-Nahverkehr kommen wachsende Aufgaben auf die Gemeinden zu.

Grenzen der finanziellen Belastbarkeit erreicht

Diese zusätzlichen Leistungen, die wir für die geänderten Bedürfnisse unserer Bürger anbieten wollen, führen die Gemeinden an die Grenzen der finanziellen Belastbarkeit. Ich appelliere in diesem Zusammenhang auch an den Bund, gemeinsame Anstrengungen mit den Ländern und den Gemeinden zu unternehmen, um notwendige zusätzliche Aufgaben finanzieren zu können. Die Gemeinden sind durchaus bereit, sinnvolle Reformen mitzutragen, wehren sich aber gegen zentralistische Ideen und Kostenverlagerungen zu den Gemeinden.

Zusammenarbeit statt „Kirchturmdenken“

Die Lösung liegt in der verstärkten Konzentration auf Gemeinde übergreifende Kooperationen. Dadurch können Synergien genützt werden, gleichzeitig behalten die Gemeinden aber ihre Eigenständigkeit. Diese interkommunale Zusammenarbeit bringt eine Qualitätsverbesserung der Dienstleistungen für die Bürger und durch eine sinnvolle Aufgabenteilung deutliche Einsparungen. Alle Bürgermeister und Gemeindeverantwortlichen sind aufgefordert, dies zu erkennen und Gemeindegrenzen und „Kirchturmdenken“ hintanzustellen und gemeinsam nach neuen Lösungen zu suchen, um die hohe Qualität in der Infrastruktur erhalten zu können.

➔ *Walter Blachfellner*
Landesrat, Salzburg

Denken wir in diesem Zusammenhang zum Beispiel an die Finanzausgleichsverhandlungen, wo den Gemeinden eine gewichtige Verhandlungsposition zukommt, eine Gelegenheit, bei der der Österreichische Gemeindebund den gemeinsamen Schulterschluss der Kommunen für die Aufrechterhaltung einer ausreichenden finanziellen Ausstattung sicherstellt. Von erheblicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch die Vereinbarung über den Konsultationsmechanismus zwischen Bund, Ländern *und* den Gemeinden. Das Auslösen des Konsultationsmechanismus ist ein effektives Instrument für die Durchsetzung der gemeinsamen Interessen der Kommunen.

➔ *Mag. Gabi Burgstaller*
Landeshauptfrau, Salzburg

In Salzburg gibt es gute Beispiele für interkommunale Kooperation im Rahmen von Gemeindeverbänden (zB Seniorenwohnheimverbände) und Regionalverbände wie zB die Regionalverbände Lungau, Salzburger Seengebiet und Tennengau. In zwei Fällen (Lamprechtshausen – Stadt Salzburg und Stuhlfelden – Mittersill) bestehen Vereinbarungen zur interkommunalen Gewerbegebietsnutzung unter Aufteilung der Kommunalsteuer nach bestimmten Schlüsseln. Auch im Tourismus arbeiten Gemeinden über Gesellschaften zusammen, wie zB in den Thermenprojekten Lend/Rauris, Unteres Saalachtal und Kaprun/ Zell am See. Die Gemeinde Seekirchen am Wallersee kooperiert mit der kleinen Gemeinde Schleedorf: Sie erledigt sämtliche Aufgaben der Finanzverwaltung für die kleinere Gemeinde. Das Seniorenwohnhaus in Oberndorf soll mit dem Seniorenwohnhaus Bürmoss, das 2008 fertiggestellt werden soll, gemeinsam verwaltet werden. Grundvoraussetzung in all diesen Bereichen ist der Wille zur Zusammenarbeit – sie wären mit einem engen Kirchturmdenken nicht zur verwirklichen gewesen. Für die Weiterentwicklung der ländlichen Regionen die Teilnahme an und die Organisation von Projekten im Rahmen der EU – Verordnung für die Förderung der ländlichen Entwicklung besonders wichtig: Gemeinschaftsinitiativen wie das LEADER + Programm, in der die Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg die Regel ist, oder von Projekten, die die Zusammenarbeit mit den verschiedensten Wirtschftssektoren im ländlichen Raum zum Inhalt haben, sind wesentlich um die Infrastruktur der Regionen abzusichern. Auch im Bereich der Bildung (Schulen) oder in der Siedlungswasserwirtschaft gibt es viele funktionierende Kooperationsformen. Der steuerliche Hemmschuh durch das FAG 2005 ist weggefallen: Gemeinden könnten jetzt Vereinbarungen über die Aufteilung von kommunalen Einnahmen treffen, ohne dass sie dadurch Gefahr laufen, Mittel aus dem Finanzausgleich zu verlieren. In einigen Gemeinden besteht zB akuter Bedarf an Gewerbeflächen. In vielen Gemeinden überwiegt aber leider noch „das Kirchturmdenken“. Es wäre sinnvoll über zusätzliche Anreize nachzudenken, dass Kommunen langfristige Kooperationen untereinander eingingen. Das sollte auch seinen Niederschlag in der Förderpraxis des Landes finden.

➔ *Sepp Eisl*
Landesrat, Salzburg

Stärkere Schwerpunkte, weniger Nutzungskonflikte

Interkommunale Zusammenarbeit als Zukunftsstrategie für Gemeinden gewinnt mehr und mehr an Bedeutung. Aufeinander abgestimmte und gemeinsam entwickelte Konzepte zweier oder mehrerer Gemeinden können dabei eine ganze Reihe an Vorteilen für alle Partner bringen. So können etwa stärker Schwerpunkte gesetzt werden, zugleich können Nutzungskonflikte vermieden werden. Gerade als in der Salzburger Landesregierung für die Raumordnung Verantwortlicher sehe ich ein großes Potenzial in der übergreifenden Planung von Gemeinden. Der Mangel an Entwicklungsmöglichkeiten im Wohn-, Industrie- oder Gewerbebereich einzelner Gemeinden und an bebaubaren Flächen ist in einem Gebirgs-Bundesland wie Salzburg ein „Grundproblem“, mit dem Ent-

scheidungsträger leben müssen. Eine der Chancen, trotz dieser Rahmenbedingungen eine positive Entwicklung zu ermöglichen, ist die Kooperation von Nachbargemeinden in der Ausarbeitung raumplanerischer Modelle und Strategien. Im Standortwettbewerb können damit potenzielle Strukturschwächen ausgeglichen und kann unter bestmöglicher Ausnützung vorhandener Flächen eine investitionsoptimierte und effiziente Raumplanung betrieben werden. Auch für die Stärkung von Ortskernen als Gegenmaßnahme zu aktuellen Entwicklungen in sogenannten Speckgürteln rund um Ballungszentren sehe ich in der gemeindeübergreifenden Kooperation viele Vorteile: Die Abstimmung des Angebots in den Gemeinden, die gemeinsame Ansiedelung von Leitbetrieben, die damit verbundenen Chancen zur Schaffung lokaler und regionaler Arbeitsplätze sowie mögliche positive Effekte auf eine gemeinsame touristische Entwicklung sind nur einige davon.

➔ *Ernest Gabmann*
Landeshauptmann-Stellvertreter, Niederösterreich

Stärkung des ländlichen Raumes durch NÖ Kleinregionen

In Niederösterreich reicht die Spannweite der ländlichen Räume von peripheren Regionen, die von zahlreichen strukturellen Problemen bedroht sind, bis zu ländlichen Gebieten im Umland von Wien mit intensiver Zuwanderung. Gemein sind ihnen eine geringe Bevölkerungsdichte, spezielle sozioökonomische und soziokulturelle Strukturen sowie eine Reihe von allgemeinen und spezifischen Entwicklungszielen, wie zB Sicherung der Nahversorgung, eine gute Verkehrsanbindung, verbessertes Service für die BürgerInnen oä.

Das Land Niederösterreich hat sich zum Ziel gesetzt, die Vielfalt und Eigenständigkeit der ländlichen Gebiete aufrechtzuerhalten. Dabei wird eine funktionelle Weiterentwicklung der regionalen und kleinregionalen Zentren angestrebt, um der Bevölkerung den Zugang zu Arbeitsplätzen sowie zu Bildungs-, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen zu sichern. Eine gemischte, vielseitige Wirtschaftsstruktur sowie das Schaffen zusätzlicher außerlandwirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten sollen ebenfalls zur Funktionsfähigkeit des ländlichen Raums beitragen.

Als für die Wirtschaft, den Tourismus sowie die Raumordnung zuständiges Regierungsmitglied, sehe ich die **interkommunale Kooperation** als einen wichtigen Weg, diese Zielvorstellungen zu erreichen. Mit ihr können die Gemeinden den steigenden Herausforderungen sowie den enger werdenden Finanzspielräumen in adäquater Form begegnen. Bereits Mitte der 1980er Jahre wurden in Niederösterreich die ersten Kleinregionen gegründet. Mit dem derzeitigen Stand von 64 Kleinregionen hat sich die Idee der Gemeindekooperation landesweit – im Wald-, Wein- und Mostviertel bereits nahezu flächendeckend – durchgesetzt.

Als **Kleinregion** formulieren die GemeindevertreterInnen mit der Bevölkerung und regionalen AkteurInnen ein gemeinsames Leitbild sowie Entwicklungs- und Projektschwerpunkte für den gemeinsamen Lebensraum. Der Aufbau einer gemeinsamen Identität ist eine weitere Erfolgsgröße dieser wirtschaftlichen Impulseinheit.

Das Land Niederösterreich unterstützt die Gemeinden bei der kleinregionalen Zusammenarbeit bereits seit Jahrzehnten – einerseits durch fachliche und methodische Inputs (wie zB bei der Konstituierung der Kleinregion, dem Setzen von Themenschwerpunkten oä), andererseits auch durch speziell auf die Kleinregionen ausgerichtete Förderinstrumente:

- Kleinregionale Entwicklungskonzepte bzw Rahmenkonzepte,
- Kleinregionaler Entwicklungsfonds für innovative Projekte,
- Förderung der Personalkosten im Kleinregionsmanagement.

Damit sich die niederösterreichischen Kleinregionen optimal entwickeln, wurden vom Land Niederösterreich im Jahr 2005 eine sozialwissenschaftliche Evaluierung der Kleinregionen mit Kleinregionalem Entwicklungskonzept[3] sowie eine Studie zur **Zukunft der NÖ Kleinregionen**[4]) in Auftrag gegeben. Durch zahlreiche Gespräche mit kleinregionalen AkteurInnen (BürgermeisterInnen, GemeindevertreterInnen, KleinregionsmanagerInnen uä) und ExpertInnen aus der Regionalentwicklung wurden in Workshops Entwicklungspfade und Maßnahmen für die Kleinregionen erarbeitet, um die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft der ländlichen Räume Niederösterreichs zu stellen.

➔ *Hannes Gschwentner*
Landeshauptmann-Stellvertreter, Tirol

Die interkommunale Zusammenarbeit ist unerlässlich und funktioniert bereits auf einigen Ebenen. Im Bereich des Schulwesens, der Abwasserentsorgung oder der Altenpflege wären das Finanzieren und das Betreiben von kommunalen Einrichtungen jetzt schon undenkbar. Weitere Modelle der Kooperation zwischen Gemeinden werden zwangsläufig folgen. Die Zeit der Kirchturmpolitik ist vorbei. In Tirol hat die Zusammenlegung der Tourismusverbände gezeigt, dass marktgerechtes Auftreten nur in größeren Einheiten funktioniert.

Neue Herausforderungen wie die soziale Grundversorgung, die Gesundheitsfrage, die Energiewirtschaft und andere zentrale Themen der Daseinsfürsorge mutieren zu explosivem politischen Zündstoff. Da wird das heiße politische Thema der Zusammenlegung von Gemeinden, das sich kaum ein aktiver Politiker anzugreifen traut, zwangsläufig zu Grundsatzdiskussionen führen.

➔ *Dr. Wilfried Haslauer*
Landeshauptmann-Stellvertreter, Salzburg

Die Budgetspielräume der Gemeinden sind in den letzten Jahren deutlich enger geworden. Dazu haben neben einer nur mäßigen Entwicklung der Ertragsanteile aufgrund eines entsprechend geringen Wirtschaftswachstums vor allem auch die steigenden Kosten

---

[3]) 20 Jahre Kleinregionen in Niederösterreich – Verfasser: Raum-Region-Mensch-Organisation (DI Michael Fleischmann) und KulturSoziologieWerkstatt (2005).
[4]) Die Zukunft der NÖ Kleinregionen – Verfasser: mecca (Dr. Johannes Schaffer) und TU Wien (Dr. Thomas Dillinger) (2005). Die beiden Studien können unter www.regionalmanagement-noe.at (Aktivitäten – Kleinregionsentwicklung und Gemeindekooperation) nachgelesen werden.

im Gesundheits- und Sozialbereich beigetragen. Eine Trendwende ist hier kurz- bis mittelfristig nicht auszumachen, auch wenn der Aufteilungsschlüssel zwischen Land und Gemeinden im Sozialhilfebereich stufenweise auf 50% reduziert wird.

Gerade deshalb ist es von großer Bedeutung, dass die Gemeinden mögliche Einsparungspotentiale nützen, um dennoch weiterhin ihre zentralen Aufgaben beispielsweise im Bereich der Daseinsvorsorge zu erfüllen und die nötigen Investitionen zu tätigen.

Zwei dieser Möglichkeiten werden näher erläutert:

1. Die Nutzung von Vorsteuerabzugsmöglichkeiten im hoheitlichen Bereich durch KEG-Gründungen,
2. Einsparungsmöglichkeiten durch gemeindeübergreifende Kooperationen.

Die Gemeinden des Landes Salzburg haben bereits mehrfach von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gemeindeeigene Liegenschaften in KEGs auszugliedern und damit umsatzsteuerliche Vorteile zu lukrieren. Die wesentlichen Rahmenbedingen dafür werden heute von der Gemeindeabteilung und der SOT dargelegt.

Neben dem Umsatzsteuervorteil ist mit der Abwicklung von Investitionen über eine KEG auch ein positiver Effekt auf die Höhe des Maastricht-Ergebnisses verbunden. Den Salzburger Gemeinden ist es in den letzten Jahren durchwegs gelungen, durch in Summe positive Maastricht-Ergebnisse zu den gesamtstaatlichen Stabilitätszielen beizutragen.

Dass interkommunale Zusammenarbeit ein beträchtliches Einsparungspotential erschließen kann, belegen bereits zahlreiche Beispiele aus der Praxis. Beispiels weise prämierte die Wirtschaftskammer OÖ ein Projekt, in dem vier Gemeinden anstatt jeweils eigene Bauhöfe einen gemeinsamen Bauhof errichteten. Die Gemeindeabteilung stellt auf ihrer Homepage zwei Beispiele aus dem Land Salzburg (Regionalverband Salzburger Seengebiet und Regionalverband Tennengau) näher dar, die bereits eine erfolgreiche Kooperation eingegangen sind.

➔ *Dr. Anna Hosp*
Landesrätin, Tirol

Eine verstärkte Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg führt zu einer Verbesserung des Leistungsangebotes der kooperierenden Gemeinden, erhöht die Effizienz des Einsatzes öffentlicher Mittel und ermöglicht in manchen Bereichen Kostensenkungen ohne Leistungsabbau. Sie ist Voraussetzung für eine Optimierung der Standorte von überörtlich bedeutsamen Einrichtungen der Daseinsvorsorge ebenso, wie für die Entwicklung attraktiver Wirtschaftsregionen, die im Wettbewerb bestehen können.

Besonders augenscheinlich sind diese Nutzendimensionen dort, wo wir sehr kleinteilige Gemeindestrukturen vorfinden. Aber auch im Verhältnis zwischen Städten und den sie umgebenden kleineren Gemeinden ist mehr Zusammenarbeit statt Konkurrenzdenken das Gebot der Stunde.

Kooperation braucht Motivation durch Erkennen des Nutzens, sie braucht aber auch eine gute organisatorische Grundlage. Tirol setzt dabei auf die regionalen Planungsverbände, deren rechtliche Basis mit einer Novelle zum Tiroler Raumordnungsgesetz geschaffen

wurde und die sich in den nächsten Monaten konstituieren werden. Die bisherigen Gespräche stimmen mich zuversichtlich, dass die Gemeinden selbst in steigendem Maße den konkreten Kooperationsbedarf erkennen und das Instrument der Planungsverbände aktiv nutzen werden.

➔ *Dr. Christoph Leitl*
Präsident, Wirtschaftskammer Österreich

Die dauerhafte Entwicklung einer Region und ihrer Gemeinden kann nicht ohne interkommunale Zusammenarbeit gelingen. Ob in der Ansiedlung von Handels- und Produktionsbetrieben, bei der Verkehrsplanung oder in der Ver- und Entsorgung; gemeinsam gelingt vieles besser. In der interkommunalen Zusammenarbeit liegt noch viel ungenutztes Potential: zB beim Poolen von Ressourcen am Bauhof, bei gemeinsamen Sammelstellen, bei der Arbeitsteilung im Service und im Backoffice der Verwaltung oder in der Raumplanung.

Dafür müssen die gemeinsamen Planungsinstrumente der Raumordung und der interkommunale Finanzausgleich rechtlich gestärkt werden. Es gilt zwischen den Gemeinden einer Region einen Nutzen- und Lastenausgleich rechtlich möglich und verbindlich zu machen und zu unterstützen. Einige Gemeindeverbünde haben hier Vorbildwirkung, die auch Bundesländer übergreifend spürbar wird, wie zB im Straßenbau zwischen Oberösterreich und Niederösterreich. Gemeindeegoismus führt zu Fehlinvestitionen die für die Wirtschaft nachteilig sind und führt gleichzeitig dazu, dass ländlicher Raum nutzlos verbraucht wird. Daher gilt es in der regionalen Entwicklung möglichst gemeinsam zu planen, gemeinsam zu entscheiden, gemeinsam zu finanzieren und gemeinsam zu profitieren.

➔ *Bgm. Helmut Mödlhammer*
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Die Gemeinden haben heutzutage nicht nur eine Vielzahl an Versorgungsaufgaben für ihre Einwohner zu übernehmen, sondern auch mit der Umsetzung immer steigender Qualitätsanforderungen zu kämpfen. Das fängt im sozialen Bereich wie bei den Schulen, Kindergärten und Altersbetreuung an, erstreckt sich über Infrastrukturmaßnahmen und endet in der Abfall-, Abwasser- und Wasserwirtschaft etc. All diese Aufgaben werden von den Gemeinden zu großen Teilen finanziert bzw gewährleistet.

Dafür bietet sich die Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ), in ihrem Kern als eine Kooperation zweier oder mehrerer Gemeinden zur Wahrnehmung gemeinsamer Aufgaben bzw Erreichung eines gemeinsamen Zieles, an.

Vor dem Hintergrund der steigenden Leistungsanforderungen und den dadurch mitbedingten angespannten finanziellen Situationen können Kooperationen zwischen den Gemeinden Synergien bzw Einsparungen bewirken. Die dadurch frei werdenden Ressourcen erhöhen wiederum den Handlungsspielraum der Gemeinden.

Die Vorteile einer derartigen Kooperation sind jedoch nicht nur im Bereich der Kostenoptimierung zu suchen, sondern liegen eben auch in der Qualitätsverbesserung der Dienst-

leistungen (zB Know-how-Pools in verschiedensten Bereichen), von der letzten Endes jeder/e einzelne Bürger/in und die Wirtschaft profitieren kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist aber auch, dass die Gemeinden ihre Souveränität über ihre Kompetenzen erhalten und durch Effizienzsteigerung auch der Grundsatz der Einheitsgemeinde bestärkt wird.

Für eine effiziente Gemeindeführung und für eine Wahrung der Bürgernähe wird es in Zukunft unerlässlich sein, die Devise „Gemeinsam stärker – Interkommunale Zusammenarbeit“ zu leben, um dem Sinne des Subsidiaritätsprinzipes gerecht zu werden.

➔ *Dr. Reinhard Platzer*
Generaldirektor, Kommunalkredit Austria

Knapp 60% der österreichischen Bevölkerung leben in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern, was die **Bedeutung des ländlichen Raumes** deutlich unterstreicht. Ungeachtet dessen, wird der ländliche Raum in ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht zunehmend an die Peripherie gedrängt. Weniger Geld für den ländlichen Raum, weniger Investitionen und damit die Erosion der regionalen Wertschöpfungsbasis sind die Folge.

Interkommunale Kooperationen forcieren

Insbesondere durch Kooperation lässt sich vieles bewegen. Einerseits durch **interkommunale Zusammenarbeit** im Bereich der Betriebsansiedelungen, andererseits ermöglichen auch **Arbeitsgemeinschaften** zwischen Gemeinden und Unternehmungen die erfolgreiche Implementierung von regionalen Wirtschaftszentren. Gemeinden und Unternehmen schaffen damit nachhaltig Arbeitsplätze und sichern dadurch gleichzeitig den Bestand des ländlichen Lebensraumes.

Oft scheitern jedoch Kooperationslösungen daran, dass kurzfristige Eigeninteressen dem langfristigen Gesamtinteresse der Region übergeordnet werden. Die Gemeinden sind hier vor allem zu mehr Mut aufgerufen, die **Bündelung ihrer Kräfte** zuzulassen, um in weiterer Folge die Früchte der mit den Kooperationen einhergehenden Effizienzsteigerungen sowie der Qualitätsverbesserungen ernten zu können.

Investitionen sichern die Lebensqualität des ländlichen Raumes

Damit die **Standortqualität des ländlichen Lebens- und Arbeitsraumes** erhalten und ausgebaut werden kann, sind neben einer effizienten Verkehrsinfrastruktur vor allem auch Investitionen in die Bildungs-, Informations- und Kommunikationsinfrastruktur von zentraler Bedeutung. Dadurch wird die Basis für eine technologienahe und damit auch tiefe Wertschöpfung für den ländlichen Raum geschaffen. Nicht zuletzt werden auch auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmte Kinderbetreuungsmöglichkeiten zunehmend zu einem Standortfaktor in den Regionen.

Die NÖ Kommunen sind bei den Investitionen Österreichs Nummer eins

Mit Investitionsausgaben von € 391,– je Einwohner liegt man an erster Stelle, deutlich über dem Bundesdurchschnitt (€ 322,–). Besonders erfreulich dabei ist, dass in Nieder-

österreich vor allem die kleinen Gemeinden der **Investitionsmotor** sind, der die Impulse in den Regionen setzt. In der Größenklasse bis 2.500 Einwohner liegt man mit Investitionsausgaben von € 478,– pro Kopf österreichweit ebenfalls an der Spitze. (Der Bundesdurchschnitt liegt bei € 398,–.) Die Kehrseite der Medaille: Die Finanzverschuldung stieg weiter an – durchschnittlich liegt die Gemeindeverschuldung in Niederösterreich bei € 2.228,– je Gemeindebürger, damit liegt man deutlich über dem Bundesdurchschnitt von € 1.644,–. Mehr als zwei Drittel dieser Finanzschulden beziehen sich jedoch auf Schulden marktbestimmter kommunaler Betriebe (zB Wasserversorgungsbetriebe), also auf rentierliche Bereiche.

Wesentlich gesunken sind hingegen die Zinsausgaben. Durch das historisch niedrige Zinsniveau zahlten die niederösterreichischen Gemeinden im Jahr 2004 € 89,2 Mio an Zinsen, um € 33,1 Mio weniger als beispielsweise noch im Jahr 2001. Jede Niederösterreicherin bzw jeder Niederösterreicher sparte sich somit € 25,– an Zinsausgaben.

Kommunalkredit – Partner der niederösterreichischen Gemeinden

Als Finanzier der öffentlichen Hand kann die Kommunalkredit einen Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raumes leisten. Wir bieten Gemeinden nicht nur maßgeschneiderte, kostengünstige Finanzierungslösungen an, sondern beraten sie auch: Etwa bei der Implementierung langfristiger Infrastrukturprojekte oder bei der Analyse bestehender Darlehensportfolios, um die Zinsbelastung der kommunalen Haushalte zu reduzieren.

➔ *DI Josef Pröll*
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Struktur- und Regionalpolitik der EU als Motor interkommunaler Zusammenarbeit

Die EU hat die Bedeutung des ländlichen Raumes rechtzeitig erkannt. Im Rahmen der Agenda 2000 ist es gelungen die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes als zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik zu verankern. Ländliche Regionen sollen insbesondere durch Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung sowie zur Verbesserung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, etwa im Bereich von Verarbeitung und Vermarktung, aber auch durch den Ausbau der Infrastruktur unterstützt werden. In den von nationaler Seite eingereichten Förderungsprogrammen werden regionale Bedürfnisse berücksichtigt, wodurch wesentlich zur Erhaltung eines attraktiven ländlichen Lebensraumes beigetragen und die Infrastruktur in den ländlichen Regionen gefestigt wird.

Zur besonderen Stärkung der Regionen und zur Sicherung der Arbeitsplätze im ländlichen Raum dienen vor allem auch die Maßnahmen der Struktur- und Regionalpolitik der EU. Zusätzlich zum horizontalen Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum und zu den Zielgebietsprogrammen waren im Rahmen der EU-Struktur- und Regionalpolitik auch in der Periode 2000–2006 Gemeinschaftsinitiativen als Interventionsinstrument vorgesehen. Die Gemeinschaftsinitiative für den ländlichen Raum gem. Art. 20 der Allgemeinen Strukturfondsverordnung (VO [EG] 1260/1999) wird als LEADER+ bezeichnet und für diesen Zeitraum aus dem EAGFL-Ausrichtung finanziert. Die Verantwortung für die nationale Umsetzung dieses Programms obliegt dem BMLFUW.

3. Stellungnahmen

LEADER+ ist ein von der EU-Kommission initiiertes Programm zur Förderung von Innovationen im ländlichen Raum. Wesentliche Elemente dieser Initiative sind die Bevorzugung integrierter regionaler Entwicklungsstrategien gegenüber sektorspezifischen Aktionen, die besondere Betonung des Mitwirkens der lokalen Bevölkerung und der interkommunalen Zusammenarbeit an der gebietsbezogenen Entwicklung sowie die intensive Zusammenarbeit und Vernetzung der ländlichen Gebiete. Das laufende österreichische LEADER+ Programm 2000 – 2006 wurde im Jahr 2001 von der EU-Kommission genehmigt. Insgesamt stehen für Österreich damit bis zum Jahr 2006 öffentliche Mittel in der Höhe von 103,5 Mio € zur Verfügung, wobei der Beitrag des EAGFL-A 75,5 Mio € beträgt. Die nationale öffentliche Beteiligung in der Höhe von 28 Mio € wird vom Bund und Land aufgebracht. Die Umsetzung von LEADER+ erfolgt in ausgewählten LEADER-Regionen. Die Auswahl der Regionen erfolgte anhand festgelegter Kriterien unter Beurteilung der vorgelegten regionalen Entwicklungsplänen. In zwei Auswahlrunden im Juni 2001 bzw im März 2002 wurden insgesamt 56 LEADER-Regionen festgelegt. Die Regionen umfassen 1.119 der insgesamt 2.359 österreichischen Gemeinden in acht Bundesländern. Die Gesamtfläche dieser Gebiete beträgt 47.000 km^2 und ist Lebensraum für 2,175.000 Menschen.

Auch im neuen Programm für die Ländliche Entwicklung im Zeitraum von 2007 bis 2013, dem „Grünen Pakt für Österreichs Landwirtschaft“, wird der Regionalförderung große Bedeutung beigemessen. Hierbei können auch nicht-agrarische Klein- und Mittelbetriebe sowie Gemeinden in ihrer Infrastruktur unterstützt werden. In der laufenden Periode ist dieser Bereich mit rund € 33 Mio dotiert, im neuen Programm sollen es € 74 Mio sein. Allein für Projekte im Rahmen von LEADER+ sind € 50 Mio vorgesehen.

➔ *LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl*
Präsident des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei Niederösterreich

Die interkommunale Zusammenarbeit hat sich in den letzten Jahren als zentrale Maßnahme zur Stärkung der Gemeinden entwickelt. Unter dem Motto „gemeinsam stark“ ist es unser Ziel, einerseits die immer anspruchsvolleren und komplexeren Aufgaben in den Gemeinden im Verbund zu bewältigen. Gleichzeitig sollen die einzelnen Gemeinden durch die interkommunale Zusammenarbeit gestärkt werden. Gelungene Kooperationen in den verschiedensten Bereichen bringen klassische „Win-Win-Situationen“ – beide bzw mehrere Partner profitieren in dem einer gibt, was der andere braucht und nimmt, was der andere hat.

➔ *Dr. Herbert Sausgruber*
Landeshauptmann, Vorarlberg

Vorarlberg zeichnet sich durch eine stark ausgeprägte, gut ausgebildete und auch funktionierende Gemeindeautonomie aus. Angesichts des knappen Personalstandes zeigen die laufenden Entwicklungen, dass mit der fortschreitenden Spezialisierung der Verwaltungsaufgaben Gemeindezusammenarbeit zunehmend erforderlich wird, beispielsweise in den Bereichen Bauverwaltung, Buchhaltung, Finanzverwaltung inklusive der Steuerbuchhaltung und Lohnverrechnung, EDV-Betreuung oder e-Government. So hat bei-

spielsweise die gemeinsame Bauverwaltung im Großen Walsertal sowohl zu einer schnelleren Abwicklung der Verfahren als auch zu einer Steigerung der Qualität der Bescheide geführt.

Mit der Erarbeitung eines räumlichen Entwicklungsleitbildes für das Rheintal („Vision Rheintal") wurde eine neue Seite für die Weiterentwicklung aufgeschlagen. Das Projekt bietet eine gute Möglichkeit, die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden noch zu verstärken, aber auch die inhaltliche Auseinandersetzung zu führen. Schließlich ist das Rheintal nicht ein Nebeneinander von 29 Gemeinden, sondern ein gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum für 237.000 Bewohner und 12.000 Betriebe, öffentliche und private Institutionen und 110.000 Beschäftigte.

➔ *Hermann Schützenhöfer*
1. Landeshauptmann-Stellvertreter, Steiermark

Im gemeinsamen Arbeitsprogramm von ÖVP und SPÖ für diese Legislaturperiode ist die Bildung und Förderung von Gemeindekooperationen ein wichtiger Schwerpunkt. Die VP hat mit dem Konzept **„Nachbarschaftliche Gemeinde-Zusammenarbeit in lebenswerten Kleinregionen"** ein Zukunftsprogramm vorgelegt, das sich nachhaltig auf die regionale Identität und die positive Entwicklung einer Region auswirken wird. In **freiwilliger** Findung der Gemeinden sollen in der Steiermark rund 70 Kleinregionen (je 6 bis 12 Gemeinden) entstehen, die als dauerhafte räumliche Einheit und Plattform für Kooperationen unabhängig von Förderkulissen und Programmperioden existieren sollen. Jede Gemeinde wird nach diesem Konzept mit gleichem Stimmrecht in der Kleinregion vertreten sein.

Grundlage für die Zusammenarbeit auf vielen Ebenen soll zukünftig das „Kleinregionale Entwicklungskonzept" sein, in dem die Kleinregions-Gemeinden ihre Maßnahmen von der Raumplanung bis zu Gewerbeparks etc einbringen und abstimmen.

Wichtig ist, dass es zu einer Entwicklung **von unten** (bottom up) kommt und nicht „von oben" verordnet wird. Es gibt unzählige Möglichkeiten, wo Gemeinden sinnvoll kooperieren können, ob im Beschaffungswesen, beim Personaleinsatz, bei der Nutzung von Infrastruktur (Abfallsammelzentrum, Kommunalfahrzeug), bei den Flächenwidmungsplänen, Freizeitanlagen etc. Es liegt an der Landespolitik, die bestmöglichen Voraussetzungen für Gemeindezusammenarbeit zu schaffen, die rechtlichen Rahmenbedingungen (Verband, Verwaltungsgemeinschaft, Verein oder GesmbH) zu klären und Anreize für Kooperationen zu geben. „Kleinregion" soll als Begriff gesetzlich verankert und die Landes-Förderprogramme darauf abgestimmt werden.

Die bereits vorhandenen Beispiele von über 40 gelungenen Kooperationen in der Steiermark (wie zB die Kleinregionen im Vulkanland, das Almenland, die Wirtschaftsregion Eibiswald uvm) werden gesammelt, analysiert und in einem **Leitfaden** des Landes für die Bildung von Kleinregionen als „Best Practice" Modelle dargestellt. Es geht um den Aufbau einer professionellen Struktur, einer nachhaltigen Begleitung durch das Land und dem Aufzeigen und Bewusstmachen der Chancen: Die steirischen Kleinregionen haben Potential und Zukunft!

3. Stellungnahmen

➔ *Mag. Wolfgang Sobotka*
Landesrat, Niederösterreich

Wir befinden uns in einer Zeit des Aufbruchs und Fortschrittes. Das bringt große Herausforderungen mit sich, von denen gerade unsere Gemeinden immer mehr betroffen sind. Die Erfüllung der Aufgaben auf kommunaler Ebene wird aufwändiger, der Wettbewerb zwischen den Regionen intensiver. Die Bürgerinnen und Bürger sind längst nicht mehr bloße Bewohner sondern Kunden, die hohe Anforderungen an die Leistungen der Gemeinden stellen. Die einzelnen Kommunen können all diese modernen Anforderungen nur mit großem Aufwand bewältigen.

Aufgrund dieser Entwicklungen sind neue Denkmodelle erforderlich, um eine positive Weiterentwicklung unserer Gemeinden auch in Zukunft zu ermöglichen. Gemeindekooperationen gewinnen in diesem Zusammenhang ständig mehr an Bedeutung. In unterschiedlichen Themenfeldern bringt die intensive Vernetzung und Zusammenarbeit einen Mehrwert für alle Beteiligten. Durch gemeinsame Ziele und Projekte erweitern sich die Möglichkeiten für in der kommunalen Arbeit um ein Vielfaches. Gemeindekooperationen sind damit beste Vorraussetzung für die Modernisierung und Attraktivierung der Gemeinden.

Das Land Niederösterreich lässt die Gemeinden bei dieser neuen Form der Zusammenarbeit nicht alleine. Gemeinsam mit den jeweiligen Gemeinden prüft das Land Niederösterreich die Sinnhaftigkeit und den Benefit von geplanten Kooperationen und begleitet die Umsetzung. Finanzielle Anreize sind zusätzliche Motivation, Kooperationsprojekte durchzuführen.

Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg ist der Weg der Zukunft. Gemeinsam sind die Gemeinden nicht nur stärker – sie vervielfachen Ihre Möglichkeiten, sie schöpfen ihre Potenziale aus und sie sind bestens gerüstet für die Erfüllung der vielfältigen Anforderungen. Ich wünsche mir, dass möglichst viele Gemeinden auf den fahrenden Zug aufspringen und durch Ihren Einsatz zur ständigen Weiterentwicklung des Landes Niederösterreich beitragen.

➔ *DDr. Herwig van Staa*
Landeshauptmann, Tirol

Tirol ist stolz auf seine Gemeinden. Deren Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit stand und steht nicht zu Debatte. Als in den 70er Jahren „Gebietsreformen“ in Form von Gemeindezusammenlegungen modern wurden, hat das Bundesland Tirol diesen Trend nicht mitgemacht. Nur in sehr wenigen Fällen haben damals einzelne Gemeinden freiwillig fusioniert.

Die seinerzeit maßgebliche Haltung, dass sich der Wert von Gemeinden nicht nur an rechenbaren und messbaren Fakten festmachen lässt, sondern dass hier auch gesellschaftspolitische, soziologische und soziale, ja auch emotionale Aspekte eine Rolle spielen, ist auch heute noch aufrecht.

Was sich massiv geändert hat, ist das Umfeld, in dem die Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen: steigende Ansprüche, davon laufende Kosten, knapper werdende finanzielle Mit-

tel, die Liberalisierung von immer mehr wirtschaftlichen Tätigkeiten, die generellen Trends einer globalisierten Wirtschaft, die Rahmensetzungen durch die Europäische Union – das alles macht „das Leben“ vor allem für kleinere Gemeinden zunehmend schwieriger. Aber auch große, potente Gemeinden sind in vermehrtem Maße nicht mehr allein im Stande, die entwicklungsrelevanten Parameter zu steuern.

Diese Widersprüchlichkeit ist nur auflösbar, wenn die Gemeinden noch stärker als bisher freiwillig auf regionaler Ebene kooperieren.

Für die Errichtung und den Betrieb von Infrastruktureinrichtungen sind solche Kooperationen schon seit langem Gang und gäbe. Sie fehlen uns aber dort, wo der Nutzen dieser Zusammenarbeit nicht auf den ersten Blick erkennbar ist, oder wo sich die Gemeinden als (vermeintliche) Wettbewerber gegenüber stehen. Ich denke, dass ausschließlich projektbezogene Zusammenarbeit zu kurz greift. Was wir unter heutigen – und noch mehr unter künftig zu erwartenden – Gegebenheiten brauchen, sind Regionen, die als Organismus funktionieren und die dafür gemeinsame Ziele und Strategien formulieren, um daran ihre konkreten Projekte zu messen.

Wir haben gerade in der Regionalpolitik in den letzten Jahren durchaus positive Erfahrungen mit dem Aufbau von Regionalmanagement-Einrichtungen gesammelt. Wir haben dabei größten Wert darauf gelegt, dass diese Einrichtungen von der Region und deren Gemeinden selbst gewollt und maßgeblich finanziell getragen werden. Wir wollen im Bundesland Tirol jetzt einen Schritt weiter gehen, und den Regionen einen institutionellen Rahmen geben, der sie – bei Wahrung der Eigenständigkeit der Gemeinden – noch handlungsfähiger macht. Im Rahmen von insgesamt 36 Planungsverbänden soll die bedarfsgerechte und finanzierbare Weiterentwicklung der Infrastruktur in Tirol sichergestellt werden.

➔ *Mag. Herbert Tumpel*
Präsident, Arbeiterkammer Österreich

In letzter Zeit wird der interkommunalen Zusammenarbeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt als früher. Dabei sollte sie nicht ein Rettungsanker, sondern eine Selbstverständlichkeit sein. Aber zu oft steht falsch verstandenes Konkurrenzdenken zwischen den Gemeinden (und auch Städten) einer gedeihlichen Zusammenarbeit im Weg.

Wie so oft ist es vor allem der budgetäre Zwang gewesen, der hier den Weg zu mehr Kooperation geebnet hat. Gemeinden kaufen über die Bundesbeschaffungsgesellschaft gemeinsam ein, vergeben gemeinsame Aufträge etc. Es ist aber unbedingt darauf zu achten, dass der kurzfristige Sparzwang nicht im Vordergrund steht. Kooperation sollte auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet sein, dafür bedarf sie aber umfassender Unterstützung – ExpertInnen sprechen hier von Anstoßfinanzierung, aber auch davon, dass bei der Verwaltungsreform in diese Richtung gedacht wird. Dafür müssen manchmal auch Grenzen flexibler werden und Hierarchien neu überdacht werden (das ist ganz analog zu Organisationsänderungen in Betrieben, wenn verstärkt auf Projektarbeit gesetzt wird).

So wichtig die interkommunale Zusammenarbeit ist, so sehr hat die Arbeiterkammer aber auch immer betont, dass der Bund nicht weiter seine Verantwortlichkeiten auf die Gemeinden abwälzen darf. Die Gemeinden sind die wichtigsten Investitionsträger vor Ort, dafür brauchen sie aber Mittel. Heute stehen viele Gemeinden vor finanziellen Notsituationen. Hier kann interkommunale Zusammenarbeit nur mehr der Tropfen auf den heißen Stein sein. Daher ist neben der Zusammenarbeit auf gleicher Ebene es mindestens ebenso wichtig, wenn die hierarchischen Verwaltungsebenen (Bund – Länder – Gemeinden) stärker aufeinander abgestimmt und in ganzheitlichem Denken agieren

➔ *Bgm. Bernd Vögerle*
2. Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes
Präsident des Verbandes sozialdemokratischer Gemeindevertreter in NÖ

„Als wichtigste Voraussetzung für die interkommunale Zusammenarbeit sehe ich das Prinzip der gleichen Partner. In anderen Worten: Es darf nicht zwischen Gemeinden und Städten unterschieden werden – was nur dann möglich ist, wenn der Vielzahl an Bekenntnissen hierzu aus der letzten Zeit auch wirklich Taten folgen. Sind diese Voraussetzungen erst einmal gegeben, dann ist in der Umsetzung der Zusammenarbeit Regionendenken gefragt, und zwar über alle Grenzen hinweg. Hier stehen wir vor der nächsten Herausforderung, denn diese Zusammenarbeit, wie sie beispielsweise in den Kleinregionen sehr gut funktioniert, ist derzeit rechtlich nur wenig abgesichert – besonders Staatsgrenzen sind nach wie vor ein Hemmnis. Hier fehlen Rahmenbedingungen, der Gesetzgeber sollte die Initiative ergreifen. Eine gemeinsame Stärkung aller beteiligten Gemeinden kann aus meiner Sicht nur über eine Stärkung der Infrastruktur dieser Partner in ihrer Gesamtheit erfolgen, wobei sich an dieser Stelle besonders die wirtschaftliche Problematik bemerkbar macht. Dass Privatisierungen das Problem nur schlecht lösen, hat sich in jüngster Vergangenheit schon mehrfach gezeigt, denn wo kein Gewinn zu machen ist, bleibt auch kein Privater – dieser Ersatz funktioniert nicht oder nur kurz. Das führt mich zur zentralen Fragestellung in der nun anstehenden Diskussion, die nicht unbedingt “privat oder Staat?" lautet, sondern:

„Was kann sich eine Gesellschaft leisten und was will sie sich leisten?“

➔ *Mag. Franz Voves*
Landeshauptmann, Steiermark

Der verschärfte Standortwettbewerb, die zunehmende Komplexität der zu erfüllenden Aufgaben und vor allem die schwierige Finanzlage stellen Gemeinden künftig vor große Herausforderungen. Kleine ländliche Gemeinden werden das besonders stark zu spüren bekommen.

Im Sinne von „Kooperieren statt konkurrieren“ kann eine Stärkung der Leistungsfähigkeit und damit auch der Autonomie der Gemeinden erfolgen. Mittels freiwilliger Zusammenarbeit können komplexe kommunale Aufgaben gemeinsam bewältigt, Synergieeffekte erzielt und gemeinsam Projekte umgesetzt werden, die im Alleingang – vor allem aber im Konkurrenzverhältnis – nur schwer umzusetzen sind.

Beispiele erfolgreicher Kooperationen in den unterschiedlichsten kommunalen Aufgabenfeldern zeigen Möglichkeiten, wie Leistungen sparsamer, effizienter und qualitativ hochwertiger erstellt werden können.

BürgermeisterInnen und AmtsleiterInnen von Gemeinden, die Kooperationsprojekte durchgeführt haben, betonen vor allem die Qualitätssteigerungen, die mit Kooperationen erreichbar sind. Dies betrifft den Verwaltungsbereich, aber auch den Infrastrukturbereich von Gemeinden. So können durch interkommunale Zusammenarbeit beispielsweise Vereinfachungen in der Verwaltungsabwicklung erzielt und Kleingemeinden entlastet werden. Vorteile entstehen besonders bei Aufgabenbereichen, die in allen Gemeinden in gleicher oder ähnlicher Weise anfallen (zB gemeinsame Gehalts- und Lohnverrechnung). Mit Kooperationen im Infrastrukturbereich sind aber auch wesentliche Kostenersparnisse möglich (zB gemeinsamer Bauhof).

Die bereits realisierten Projekte zeigen, dass durch die Beteiligung mehrerer Gemeinden die finanzielle Belastung für die kooperierenden Gemeinden sinkt, aber dadurch gleichzeitig größere und für die BürgerInnen attraktivere Projekte ohne eine zu hohe Belastung der Gemeinde möglich werden.

Die Steiermärkische Landesregierung hat sich daher mit der im Arbeitsübereinkommen vereinbarten Umsetzung des Konzeptes „Steiermark der Regionen“ vorgenommen, deutliche Anreize für Kooperationen anzubieten. Damit sollen alle Gemeinden der Steiermark die Möglichkeit erhalten, Kooperationsvorteile zu lukrieren.

3.3. INFRASTRUKTUR IN LÄNDLICHEN REGIONEN – FÜR EINEN GESICHERTEN LEBENS- UND ARBEITSRAUM.

➔ *Dr. Martin Bartenstein*
Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

Starke Gemeinden brauchen für eine florierende Wirtschaft auch die notwendige Infrastruktur. Gerade im Hinblick auf unsere neuen EU-Nachbarländer ist der Ausbau und die Vernetzung von Verkehrsanbindungen zu Schiene und Straße notwendig, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Die Entstehung von Industriecluster und die damit geschaffenen neuen Arbeitsplätze erfordern optimale Lösungen im Personennahverkehr. Deshalb stiegen die kumulierten nominellen Infrastrukturausgaben des Bundes – jeweils gemessen am Vergleichszeitraum der Vorperiode – im Bereich der Straße von 2000 bis 2006 um mehr als 75%, im Bereich der Schiene um fast 45%.

Wichtige Schritte wurden bereits in der elektronischen Vernetzung gemacht. Größere Entfernungen sind für modernste Informations- und Wissenstechnologien kein Hindernis mehr, sie ermöglichen es die räumliche Distanz zwischen Stadt und Land verschwinden zu lassen. Mit der Einführung des E-Government hat sich die Regierung in diesem Bereich das Ziel gesetzt, näher an den Bürger zu kommen und einer modernen Verwaltung gerecht zu werden. Viele Gemeinden haben bereits vorbildliche Internetportale, über die sich Amtswege ganz einfach von zu Hause aus erledigen lassen. Die Grundstücksda-

tenbank, eine automationsunterstützte Führung von Grundbuch und Grenzkataster per Internet abrufbar sowie der eJob-Room des Arbeitsmarktservice, wo Arbeitgeber und Arbeitsuchende per E-Mail in Kontakt treten können, sind erfolgreiche Anwendungen die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit eingeführt wurden.

➔ *Mag. Markus Beyrer*
Generalsekretär, Industriellenvereinigung

Eine Standortpolitik – gerade auch für den ländlichen Raum – braucht vorausschauende Raumordnung. Infrastrukturprojekte mit überregionaler Bedeutung wie Straßen, Bahntrassen oder Stromleitungen sowie Industrieanlagen haben auf Grund ihrer Funktion, Größe und Auswirkungen entscheidenden Einfluss auf Siedlungsentwicklungen und Standortfaktoren. Bei ihrer Umsetzung treten oft auch ähnliche Schwierigkeiten auf: Der Entscheidungsfindungsprozess und die Verfahrensdauer bei Infrastrukturprojekten sind zu langwierig.

Aus diesem Grund sieht die IV, neben effektiverer Gesetzgebung und einer neuen Verwaltungskultur, auch in einer vorausschauenden Raumordnung einen möglichen Schritt zu weniger Hürden für Investitionen in Österreich. Derzeit wird die Querschnittsmaterie Raumordnung durch eine „komplexe“ kompetenzrechtliche Aufgabenverteilung und durch eine zu wenig zielgerechte Planungssystematik geprägt.

Um Konflikte bei der Nutzung des rasant knapper werdenden Raumes zu vermeiden und eine nachhaltige Siedlungsentwicklung – insbesondere im ländlichen Raum – zu sichern, schlägt die IV ua

- eine vorausschauende nachhaltige Bodennutzungspolitik durch Einsatz von effizienten strategischen Steuerungsinstrumenten,
- die Ausweisung und Sicherung von geeigneten Standorten für Industrieanlagen sowie von Flächen für industrierelevante Infrastrukturen,
- eine Stärkung der Koordination und Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in Planungsangelegenheiten sowie
- eine neue Kompetenzzuordnung (zB durch eine verbindliche Bundesraumordnung)

vor.

Für Standortentscheidungen braucht die heimische Industrie im Infrastrukturbereich langfristige vorausschauende Planungen statt kurzfristige politische Entscheidungen!

➔ *Walter Blachfellner*
Landesrat, Salzburg

Wichtig für die Politik ist es, das was man sagt auch zu leben. Dazu habe ich in meinem Ressort in beiden Bereichen, sowohl im Straßenbau als auch im Wohnbau, ausreichend Gelegenheit. Obwohl wir wissen, dass natürlich von der Verkehrsstärke her der Zentralraum und die Umgebung deutlich über den südlichen Bezirken liegen, haben wir in den letzten Jahren, und das ist nachvollziehbar, im Straßenbau mehr Mittel in die Regionen investiert. Auch im Bereich des Wohnbaus wird, obwohl die Hauptanzahl der Woh-

nungsansuchen natürlich in der Stadt Salzburg gestellt werden, in den ländlichen Gemeinden, bei Nachweis des Bedarfes, massiv in den Wohnbau investiert.

Denn nur, wenn wir das was wir täglich sagen und was Teil des Titels dieser Landeskonferenz ist, nämlich regionale Stärken fördern, auch umsetzen, werden wir erstens in diesem Bereich Arbeitsplätze sichern und zweitens den Menschen ehrlich erklären und beweisen können, dass uns der ländliche Raum noch etwas wert ist

➔ *Mag. Gabi Burgstaller*
Landeshauptfrau, Salzburg

Chancengleichheit für Menschen und Wirtschaft heißt auch gleicher Zugang zur Infrastruktur: Sie gestatten ein Beispiel aus einem Ressort für das ich zuständig bin: die Gesundheitsversorgung gehört zu den zentralen Aufgaben der öffentlichen Hand: In Salzburg habe ich den Strukturplan Gesundheit 2010 vorgelegt. Dessen Kernaussagen sind unter anderem: Salzburg muss sich – auch in der Gesundheitsplanung – auf eine stark alternde Bevölkerung einstellen. Leitlinie ist also der zukünftige Bedarf: Die Experten des ÖBIG (Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen) haben festgestellt, dass zB Fachbereiche wie die Geburtshilfe weniger nachgefragt sein werden, Bereiche die die Geriatrie oder Orthopädie hingegen stärker. Meine politische Vorgabe war: Kein Krankenhaus darf geschlossen werden, es müssen aber innerhalb der Krankenhäuser und in enger Abstimmung mit dem niedergelassenen Bereich die Bereiche aus bzw rückgebaut werden, die die Patienten brauchen/weniger brauchen. Ein weiterer Schwerpunkt ist der bessere Ausbau der medizinischen Versorgung im Süden des Landes. Das ist zentrale Bestandteil der Reform des Salzburger Gesundheitssystems: Neu daran ist, dass wir in Salzburg über alle medizinischen Versorgungsebenen hinweg planen: Das also die Krankenhäuser, der niedergelassene Bereich, aber auch die Pflege als Gesamtheit gesehen werden. Das ist eine besonders anspruchsvolle Aufgabe, der sich aber nicht nur das Land sondern auch die betroffenen Gemeinden mit einem großen Veranwortungsbewusstsein stellen.

In anderen Bereichen wie zB bei Post, Bahn, Bus, der Sicherheit, der Landesverteidigung musste der ländliche Raum in den letzten Jahren starke Einschnitte durch Sparmaßnahmen und Schließungen des Bundes hinnehmen. Ich muss Gemeindepolitikern nicht sagen, was die Schließung eines Postamtes, einer Kaserne oder einer Verkehrsanbindung heißt. Hier eint uns die Ablehnung einer weiteren Aushöhlung staatlicher Infrastruktur. Die Gebietskörperschaften sollten der neuen Bundesregierung über Parteigrenzen hinweg klar machen, welche Auswirkungen so eine Politik des Zusperrens hat und das das so nicht weitergeht.

➔ *Sepp Eisl*
Landesrat, Salzburg

Chancengleichheit für Stadt und Land und damit einen gesicherten Lebens- und Arbeitsraum auch außerhalb von städtischen Ballungszentren können wir nur durch die Sicherung der Infrastruktur im Ländlichen Raum schaffen. Eine zunehmende infrastrukturelle Ausdünnung ländlicher Regionen verlagert bereits jetzt Arbeitsplätzen in die Städte oder

an deren Speckgürtel und entzieht dem Ländlichen Raum dadurch Leben. Der Verlust von Lebensraum bedroht jedoch nicht nur die Menschen in den ländlichen Regionen, er sollte auch den Bewohnern der Städte zu denken geben – ich denke nur an den Verlust von Naherholungsgebieten, von gepflegter Kulturlandschaft oder an die zunehmende Konkurrenz am Arbeitsmarkt in den Ballungszentren, um nur einige Folgen anzusprechen. Ich bin überzeugt, dass ein Land ohne Infrastruktur ein Land ohne Zukunft ist. Um die Zukunft des Ländlichen Raums zu sichern, müssen wir auch dessen Versorgung sichern – durch eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur, durch den Erhalt der Schulen auch in kleineren Gemeinden, durch einen unmittelbaren Zugang zur Verwaltung, durch ein auf die Bedürfnisse abgestimmtes Angebot an Gesundheits-Infrastruktur, durch die Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz, durch eine unabhängige Energieversorgung, indem wir die lokalen Initiativen für den Einsatz heimischer, erneuerbarer Energie unterstützen, und mit vielen weiteren Maßnahmen, die im städtischen Bereich selbstverständlich sind, im Ländlichen Raum aber anscheinend immer öfter zum Luxus werden. Infrastruktur im Ländlichen Raum darf jedoch nicht als Luxus gesehen werden – die Sicherung eines dynamischen Arbeits- und Lebensraums muss für uns eine Selbstverständlichkeit sein!

➔ *Hannes Gschwentner*
Landeshauptmann-Stellvertreter, Tirol

Im Zeitalter der Mobilität ist die Verkehrsinfrastruktur, eng verknüpft mit einer zeitgemäßen Umweltpolitik, die größte Herausforderung. Arbeiten und Wirtschaften ist nur dort möglich, wo Produkte und Dienstleistungen flexibel und rasch angeboten werden können. Der Faktor Zeit ist unser aller Kapital.

Speziell in Tirol ist die wirtschaftliche Infrastruktur unzertrennlich mit der Frage der Raumordnung verbunden. Unser sensible Landschaft verträgt keine Planlosigkeit mehr. Die Zeit, in der jeder Bürgermeister aus dem Zwang der Existenz seiner Gemeinde heraus ein Gewerbe- und Industriegebiet ausweist, muss vorbei sein. Das Land Tirol hat mit der Einrichtung von Planungsverbänden hier ein Pilotprojekt gestartet, das dem Druck der Dorfkaiser aber erst standhalten muss.

Letztlich braucht es im Bereich der Wirtschaft auch wieder ein verändertes Bewusstsein der Bevölkerung. Regionale Produkte und Dienstleistungen sind auf Dauer nur betriebswirtschaftlich, wenn sie von den Menschen vor Ort auch konsumiert werden.

➔ *Dr. Wilfried Haslauer*
Landeshauptmann-Stellvertreter, Salzburg

Zum ländlichen Raum gehört auch eine zeitgemäße, bedarfsgerechte und verkehrssichere ländliche Infrastruktur, die sowohl für die unmittelbar Betroffenen als auch für den ländlichen Raum unverzichtbar ist. Darüber hinaus bedeuten Investitionen in die ländliche Verkehrsinfrastruktur einen wesentlichen Impuls für die Wirtschaft im Allgemeinen und für hunderte Salzburger Klein- und Mittelbetriebe im ländlichen Raum im Besonderen und lösen umfangreiche Folgeinvestitionen aus. Durch Investitionen in die ländliche Infrastruktur werden wichtige Arbeitsplätze geschaffen und erhalten.

Die nachhaltige Entwicklung und Erhaltung der Funktionstauglichkeit, Verkehrssicherheit und Wirtschaftlichkeit der ländlichen Verkehrsinfrastruktur ist und bleibt eine wichtige politische Aufgabe des Landes Salzburg.

Die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur ist ein wesentlicher Faktor für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes und der Tourismusdestination Salzburg. Insbesondere für die ländlichen Regionen stellt die Verkehrspolitik einen wesentlichen Hebel in der Wirtschaftsförderung dar. Eine Ausdünnung von Infrastrukturangeboten im ländlichen Raum ist daher unbedingt zu unterbinden. Die Anbindung an hochrangige überregionale Verkehrsnetze ist auch langfristig sicherzustellen. Ein wesentlicher Schritt ist daher auch die verbesserte Anbindung von Pongau, Lungau und Pinzgau im Zuge der Umsetzung des Landesmobilitätskonzeptes. Einerseits gilt es das Straßennetz zu optimieren und Kapazitätsanpassungen vorzunehmen. Andererseits ist die Schiene als umweltfreundlicher Verkehrsträger auszubauen und eine höhere Effizienz anzustreben.

Zu einer modernen Infrastruktur gehört aber auch der Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur mit den neuesten Technologien für die schnellere Datenübertragung und multimediale Dienste.

Mir ist es als für die Gemeinden, aber unter anderem auch für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr zuständiges Mitglied der Landesregierung -ein besonderes Anliegen, trotz weitgehend unterschiedlicher Ausgangspositionen so weit wie möglich die Chancengleichheit zwischen dem urbaneren Zentralraum und den ländlich strukturierten südlichen Landesteilen herzustellen. Es sind daher geeignete Maßnahmen zu setzen, um die nach wie vor bestehenden Unterschiede zwischen den Landesteilen zu verringern, wie beispielsweise:

- die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr bzw an strategisch wichtige Verkehrsverbindungen;
- die Einkommensunterschiede;
- die unterschiedliche Intensität bei Unternehmensneugründungen, denn die geringere Anzahl an Neugründungen im Vergleich zum Zentralraum ist nicht nur auf ein geringeres Wirtschaftsvolumen sowie geringere Bevölkerungszahlen zurückzuführen.

➔ *Dr. Anna Hosp*
Landesrätin, Tirol

Die Liberalisierung vormals öffentlicher Dienste und Einrichtungen und die zunehmende Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte haben für die Standortverteilung von Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zum Teil gravierende Auswirkungen. Vor allem betrifft das dünn besiedelte, periphere ländliche Gebiete, in denen diese Entwicklung die Stabilität des Lebens- und Wirtschaftsraumes gefährden kann. Von der „Ausdünnung“ stark betroffen sind auch Stadtumland-Gemeinden, wobei dort allerdings die Masse der (auto-)mobilen Bevölkerung keine Versorgungsnachteile erleidet; betroffen sind hier va in ihrer Mobilität eingeschränkte Bevölkerungsgruppen.

Die Lösung dieser Problematik liegt sicher nicht in der Konservierung historischer Strukturen um jeden Preis, sie liegt auch nicht in der Re-Delegierung von Versorgungsaufgaben, die die Wirtschaft nicht erbringen kann/will, an die öffentliche Hand. Auch muss es zulässig sein, den realen Bedarf an bestimmten Einrichtungen und Dienstleistungen zu hinterfragen.

Mögliche Lösungsansätze sehe ich ua

- in klaren, abgestimmten Prioritätensetzungen bei öffentlichen Investitionen und Förderungen, die die Vernetzung von Versorgungseinrichtungen und – diensten berücksichtigen;
- in neuen Kombinationen von Versorgungseinrichtungen und -diensten, um eine wirtschaftliche Tragfähigkeit zu ermöglichen;
- in einer regional abgestimmten Standortentwicklung von Versorgungseinrichtungen und – diensten, sodass durch ein gemeinsames Einzuggebiet ein ausreichendes Kundenpotenzial entsteht: es braucht eine Stärkung regionaler Zentren in gut erreichbaren Einzugsbereichen; der verständliche Wunsch einer möglichst breiten Streuung der Standorte auf einzelne Gemeinden führt nach meiner Überzeugung zu einer weiteren Beschleunigung der Ausdünnungsprozesse;
- in der Entwicklung spezifischer Angebote für wenig mobile Bevölkerungsgruppen; dazu gehört vor allem auch eine Stärkung des ÖPNV und eine Weiterentwicklung von Siedlungsstrukturen, die für den ÖPNV günstig ist;
- und schließlich in der Mobilisierung lokaler Initiativen.

➔ *Dr. Wilhelm Kraetschmer*
Generalsekretär – Stellvertreter
Österreichischer Sparkassenverband

Finanzdienstleistungen der Sparkassen für den ländlichen Raum

Während sich die kommunale Infrastruktur in den ländlichen Gemeinden seit einigen Jahren immer stärker an den Ver- und Entsorgungsstandard in Ballungsräumen anpasst, weist die private Infrastruktur (Lebensmittelhandel, Unterhaltungsbetriebe usw) und die Leistungen des Bundes und seiner Betriebe (zB Postämter) eine rückläufige Tendenz auf. Das ist einerseits auf die demografische Entwicklung, die Bevölkerungszuwächse eher für Städte und ihr Umland erwarten lässt, anderseits aber auch auf die zunehmende Mobilität der Bevölkerung, die die entsprechenden Einrichtungen in zentralen Orten leichter erreichen kann, und auf Kostenüberlegungen der Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe zurückzuführen.

Verbesserung der kommunalen Infrastruktur in Kleingemeinden

Ein Vergleich der Investitionszahlen der Jahre 1985 bis 2004 zeigt deutlich, wie stark die Infrastruktur in den kleineren Gemeinden und damit die Finanzierungsleistungen der Kreditwirtschaft zugenommen haben. Wir verwenden dafür die Daten der Finanzbedarfserhebungen, die der Sparkassenverband seit 1969 regelmäßig mit dem Gemeinde-

bund und dem Städtebund durchgeführt hat.[5]) Der Anteil der Investitionen von Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern an den gesamten kommunalen Investitionen betrug Mitte der 80er Jahre nur 44%, nach den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts waren es bereits 60%. Die größten Zuwächse ergaben sich bei den kulturellen und sportlichen Einrichtungen (va Mehrzweckhallen und Bäder) sowie bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Hier bestand offensichtlich ein großer Nachholbedarf gegenüber der städtischen Infrastruktur, die Bauvolumina für diese vier Bereiche haben sich in den Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern während dieser beiden Jahrzehnte vervierfacht, das Gesamtinvestitionsvolumen der Gemeinden hat sich in diesen zwanzig Jahren nominell hingegen nur verdreifacht. Damit war jedenfalls die Infrastrukturfinanzierung, bei der die Sparkassen einer der Marktführer sind, eine der wichtigsten Aufgaben der Kreditwirtschaft für den ländlichen Raum.

Hohe Bankstellendichte in Österreich

Die Kreditwirtschaft hat ihr Leistungsangebot in den letzten zehn Jahren für die Gemeinden und ihre Bevölkerung stark erweitert und im Gegensatz zu anderen Dienstleistungen die Präsenz im ländlichen Raum unverändert gelassen. Österreich weist nach einer deutschen Untersuchung im europäischen Vergleich eine der höchsten Bankstellendichten aller EU-Länder auf. Während in Österreich für 1887 Einwohner eine Bankfiliale existiert, müssen sich im EU-Durchschnitt 2763, in den angelsächsischen Ländern sogar bis 4500 Menschen eine Bankfiliale teilen. Dazu kommt, dass die regionale Verteilung der Bankfilialen in den EU-Ländern sehr uneinheitlich ist. Während sich in Nord- und zum Teil auch in Südeuropa das Bankennetz zunehmend auf die Ballungsräume konzentriert, ist in Österreich nach wie vor die Versorgung auch in den dünner besiedelten Regionen recht gut.

Ein kleiner Vergleich zu anderen Infrastruktureinrichtungen zeigt diese hohe Bankstellendichte deutlich. In Niederösterreich gab es nach Angaben des Internets Mitte 2006 306 Postämter, 218 Billa-Filialen, 238 Spar-Filialen, aber 1156 Bankfilialen, davon 265 von Sparkassen.

Die Filiale als Zentrum des Sparkassengeschäftes

In Österreich ist die Kreditwirtschaft traditionell in einige Sektoren gegliedert, wobei im Wesentlichen die Aktienbanken den dezentralen Sektoren gegenüberstehen. Diese sind teils als Sparkassen, teils als Genossenschaftsbanken organisiert. Nach einer Untersuchung des Sparkassenverbandes befinden sich 234 Filialen der drei größten Bankengruppen (Bank Austria Creditanstalt, BAWAG, 3-Banken-Gruppe Oberbank, BKS, BTV) in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern und 199 in Städten und Gemeinden fast ausschließlich über der 5.000 Einwohnergrenze. Anders ist die Struktur in der Sparkassengruppe, wo 184 Filialen in Städten über 20.000 Einwohnern 822 Filialen in kleineren Gemeinden, zu einem großen Teil auch unter der 5.000 Einwohner-Grenze gegenüber-

---

[5]) Im Gegensatz zu den offiziellen Investitionsangaben des BMF sind hier auch die Investitionen aller kommunalen Betriebe, Unternehmungen und Gemeindeverbände sowie die Leasingprojekte berücksichtigt.

stehen. Im Raiffeisensektor ist dieses Verhältnis noch extremer. Während also die Banken stationär fast ausschließlich Ballungsräume mit Finanzdienstleistungen versorgen, sind die dezentralen Sektoren auch in Kleinstgemeinden präsent. Bankstellen in Wien sind bei diesen Zahlen nicht berücksichtigt.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die reine Präsenz einer Filiale sicher nicht mehr ausreicht, um eine optimale Versorgung und Kundenzufriedenheit zu erreichen. Während in den Großstädten bei routinemäßigen Bankbesuchen persönliche Kontakte immer mehr in den Hintergrund treten, versucht man in Mittelstädten und im ländlichen Raum einem Bankbesuch einen „Erlebnischarakter" zu verleihen. Der Bequemlichkeitsfaktor wird immer mehr als Qualitätsmerkmal erkannt und für ihn werden auch gerne kleinere Preisnachteile in Kauf genommen. Gerade die Sparkassen versuchen, ihre Kundenbereiche unter diesen Gesichtspunkten zu gestalten, Beratungszeiten auch außerhalb der offiziellen Öffnungszeiten anzubieten und jeder Zielgruppe, vor allem Jugendlichen, eine adäquate Betreuung über eigene Kundenbereiche und mit speziellen Anboten (zum Beispiel mit der Jugend-Community spark7) zu bieten.

Alternative Wege zu Bankdienstleistungen

Gerade in ländlichen Gemeinden besitzen wegen der meist größeren Entfernungen der Banken von den Wohnungen auch die ergänzenden Vertriebswege große Bedeutung. Noch vor 15 – 20 Jahren war der Bankschalter die einzige Möglichkeit, Kontoauszüge zu erhalten, Überweisungen aufzugeben und Bargeld abzuheben – und dies nur innerhalb der im Verhältnis zu anderen Dienstleistungsbetrieben engen Öffnungszeiten. Inzwischen kann man in fast jeder Filiale rund um die Uhr die Standardgeschäfte in den Selbstbedienungszonen erledigen. Dazu kommt, dass man fast alle einfacheren Geschäfte, aber auch Käufe von Wertpapieren und Investmentfonds mittels Internet-Banking über den Computer und teilweise sogar über das Telefon erledigen kann. Das Anbot des Sparkassen netbanking und des Voice Portals werden immer mehr erweitert.

Die Filialen selbst werden zunehmend zu Beratungszonen, was in einer Zeit, in der sich auch außerhalb der Städte komplexere Anlageprodukte zunehmender Beliebtheit erfreuen, von großer Notwendigkeit ist. Die Angebote der Sparkassengruppe bieten aber nicht nur Erleichterungen bei den direkten Bankdienstleistungen, sondern auch beim übrigen Wirtschaftsverkehr. Einige Beispiele: an vielen Parkscheinautomaten und in Parkgaragen, an Zigaretten- und Getränkeautomaten, bei öffentlichen Kopiergeräten, bei Parkometern und vielen anderen Automaten ermöglicht der Quick-Chip auf der BankCard bargeldlose Bezahlungen, beim E-Commerce und E-Government (zB Anforderungen von Müllsäcken und andere kommunale Leistungen) steht das eps, das european payment system, zur Verfügung und als Unterstützung beim Kauf und Verkauf von Grundstücken und Wohnhäusern bietet die Sparkassengruppe über www.immobilien.net die größte Immobilienplattform Österreichs.

Sparkassenfilialen werden durch diese Zusatzleistungen für die kleineren Gemeinden zunehmend zu wichtigen Kommunikations- und Informationspunkten. Es ist deshalb bedauerlich, dass man kategorisch das Angebot der Sparkassen zurückwies, in Gemein-

den, in denen Postämter aufgelassen wurden, diese Dienstleistungen in die Sparkassenfilialen zu verlagern. Denn wie die Marketingexperten sagen: Eine Sparkasse ist mehr als nur eine Bank.

Gemeinwohlorientierung

Große Bedeutung für den ländlichen Raum besitzen die Sparkassen bei der Erfüllung ihrer gemeinwohlorientierten Aufgaben. Im Gegensatz zu den anderen Sektoren sind die Sparkassen durch ihren Gründungsauftrag gehalten, einen Teil des Gewinnes, den sie aus den Geschäften mit Kunden ihres Einzugsgebietes erzielen, dieser Region wieder zurückzugeben. Die jüngste Leistungsbilanz des Sparkassenverbandes zeigt, dass über 20 Mio € dafür verwendet wurden, öffentliche Einrichtungen und den Breitensport in den Gemeinden zu fördern, die Kunst- und Kulturszene zu beleben und karitativ-soziale Unterstützungsleistungen zu finanzieren. Wenngleich eine Aufteilung dieses Betrages auf Ballungsräume und ländliche Regionen nicht möglich ist, zeigt ein Durchblättern dieses Berichtes, dass ein großer Teil dieser Leistungen kleineren Gemeinden zugute kommt. Dieser Bericht ist im Sparkassenverband erhältlich und steht im Internet unter www.sparkasse.at/sverband zum Downloaden bereit.

Wieder einige Beispiele: So nehmen über 1000 Mannschaften aus allen Schulen und damit einem großen Teil der Gemeinden Österreichs an der Sparkasse-Schülerliga teil, dem von den Sparkassen finanzierten größten Schulsportbewerb des Landes für Fußball und Volleyball. Vor allem die kleineren Landsparkassen konzentrieren sich auf die Ortsbild- und Dorferhaltung und versuchen die lokalen Natur- und Baudenkmäler zu erhalten. Der Bericht weist auch zahlreiche Umweltprojekte auf, durch die Nationalparks oder andere gefährdete Lebensräume gesichert werden. Für die heurige Weihnachtszeit ist geplant, dass alle Sparkassen gemeinsam mit der Caritas ein konkretes Sozial-Projekt in ihrer Region nicht nur (mit)finanzieren, sondern auch (mit)organisieren.

Ein ganz wesentlicher Bereich der Gemeinwohlorientierung der Sparkassen ist der Sozialbereich, bei dem sowohl mit dem Hilfswerk, als auch mit dem Roten Kreuz und der Caritas eng kooperiert wird. Dabei soll das gegenseitige Lernen zwischen diesen Netzwerken garantieren, dass die Maßnahmen von der organisatorischen, der finanziellen und der sozialen Seite optimal geplant werden können.

Nicht nur die demografische Entwicklung, die eine signifikante Verschiebung der Alterspyramide von den jüngeren zu den älteren Jahrgängen erwarten lässt, sondern auch die besorgniserregenden Statistiken über die Zunahme der Armut in Österreich, werden neue Anstrengungen notwendig machen. Dies wird zwar eine Aufgabe der gesamten Gesellschaftspolitik werden, Banken und Sparkassen wird hier aber eine besonders wichtige Rolle zukommen. Es ist bereits höchste Zeit, sich gemeinsam mit den Gemeindeverwaltungen auf diesen Alterungsprozess vorzubereiten, der die ländlichen Regionen besonders hart treffen wird, weil sie einerseits von der Abwanderung jüngerer Menschen betroffen sind, anderseits von der Zuwanderung von Migranten nur wenig profitieren können.

Die Sparkassen-Maxime „In jeder Beziehung zählen die Menschen“ ist nicht nur Teil der Werbung, sondern ein deutliche Absichtserklärung, dass sich diese Bankengruppe neben der Abwicklung der Bankdienstleistungen auch der Verbesserung der gegenwärtigen Lebensbedingungen jedes Einzelnen und der Verantwortung für die zukünftige Entwicklung im geografischen und menschlichen Umfeld widmen will.

➔ *Dr. Christoph Leitl*
Präsident, Wirtschaftskammer Österreich

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Basis für die Integration einer Gemeinde in das regionale und überregionale Umfeld und seine künftige Entwicklung. Es ist ein bestimmender Faktor für die Lebensqualität im Ort und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen. Das gilt nicht nur für die Verkehrsanbindung und die Ver- und Entsorgung, sondern heute ganz besonders für Kinderbetreuungseinrichtungen mit vernünftigen Öffnungszeiten und Kostenteilung, für Schulen und für die Infrastruktur der Informations- und Telekommunikation sowie für regionale und lokale Energienetze.

Die Gemeinde ist der Kern der lokalen Entwicklung und wird in dieser Rolle in Zukunft noch wichtiger sein. Mit wirtschaftlichem, sozialem und verwaltungstechnischem Sachverstand gemanagte Gemeinden haben eine bessere Zukunft, weil sich ihre Bürger und Unternehmen besser entwickeln werden. Dabei liegt die Herausforderung für die Gemeinden heute darin, in der Gemeindepolitik mit dem Wissen der Gemeindevertreter und der Gemeindebediensteten und dem Partner Wirtschaft in der Region jene Vorteile zu schaffen, die einen Standort mit guten Entwicklungschancen ausmachen.

➔ *Dr. Andreas Pangl*
Generalsekretär, Fachverband der Raiffeisenbanken

Raiffeisenbanken sichern Lebensqualität im ländlichen Raum

Die Raiffeisenbanken sind als regional ausgerichtete Kreditinstitute eng mit dem ländlichen Raum verbunden. In über 2.100 Bankstellen wird der Bevölkerung ein umfassendes Allfinanz-Angebot zur Verfügung gestellt. Daneben bekräftigen die Raiffeisenbanken mit einer Vielzahl an Unterstützungsleistungen ihre Verantwortung für den ländlichen Raum.

Seit mehr als 100 Jahren ist es Aufgabe der Raiffeisenbanken, die Bevölkerung im ländlichen Raum mit Bankdienstleistungen zu versorgen. Die Raiffeisen Bankengruppe Österreich bildet mit über 570 selbständigen lokalen Raiffeisenbanken das dichteste Bankstellennetz des Landes. In fast jeder Gemeinde befindet sich eine Raiffeisen-Bankstelle, mehr als 40% der ÖsterreicherInnen sind Kunden einer Raiffeisenbank. Dank des engen Verbundes mit ihren Landesbanken und der Raiffeisen Zentralbank Österreich (RZB) ist es allen örtlichen Raiffeisenbanken möglich, dem individuellen Bedarf jeder Kundengruppe zu entsprechen und ein Allfinanzangebot „unter einem Dach“ zu erbringen. Zur Leistungspalette der Raiffeisen Bankengruppe gehören auch die Finanzdienstleistungen der Raiffeisen-Spezialunternehmen, etwa jene der Raiffeisen Bausparkasse, der Raiffei-

sen Versicherung oder der Wertpapierfonds-Gesellschaft Raiffeisen Capital Management, die in Österreich Marktführer sind.

Der Förderungsauftrag verpflichtet die Raiffeisen-Genossenschaften, die Wirtschaft ihrer Mitglieder zu fördern. Bei den Raiffeisenbanken profitieren mehr als 1,7 Millionen Österreicher als Mitglieder von diesen Leistungen. Persönliche Beratung und Kundenähe sind bei den Raiffeisenbanken keine Werbebotschaft, sondern gelebte Tradition. Ihrer Region verpflichtet, sichern die Raiffeisenbanken auch in strukturschwachen Gebieten die Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen. In Zeiten, in denen es in vielen Ortschaften kaum mehr Geschäfte gibt und das letzte Wirtshaus gemeinsam mit dem Postamt zugesperrt wurde, stellt das freilich keine Selbstverständlichkeit dar. Die Raiffeisenbanken sehen sich als Nahversorger und stellen die genossenschaftliche Mitgliederförderung bewusst gegen den „shareholder value“ der großen Bankenkonzerne.

Die Verbundenheit der Raiffeisenbanken mit dem ländlichen Raum wird durch die gewählten Funktionäre sichergestellt. Interessierte aus allen Bevölkerungsschichten engagieren sich ehrenamtlich als Eigentümervertreter bei den Genossenschaften. Zudem kann jedes Mitglied in der Generalversammlung die Geschicke „seiner“ Genossenschaft mitgestalten. Diese gelebte Wirtschaftsdemokratie garantiert ein nachhaltiges Wirtschaften zum Wohle der ansässigen Bevölkerung und ist die Grundlage für eine zeitgemäße Erfüllung des genossenschaftlichen Förderungsauftrages.

Als Mitglieder der Raiffeisen Bankengruppe Österreich können die örtlichen Raiffeisenbanken auf eine Garantie für sämtliche Kundeneinlagen und einen landesweit einheitlichen Markenauftritt verweisen. Zugleich bleiben die Raiffeisenbanken jedoch selbstständig in ihrer unternehmerischen Verantwortung und gewährleisten so die größtmögliche Nähe zu ihren Kunden.

Mit über 20.000 Mitarbeitern sind die Raiffeisenbanken einer der größten privaten Arbeitgeber in Österreich. Die meisten dieser Arbeitsplätze sind in unmittelbare Nähe des Wohnorts, wodurch oft Pendlerschicksale erspart bleiben. Auch die enge Verbundenheit mit der regionalen Wirtschaft bleibt erhalten. Als Hauptfinanzierer der heimischen mittelständischen Betriebe stellen die Raiffeisenbanken zudem jene Kreditmittel zur Verfügung, die als Investitionen wiederum für die Schaffung neuer Arbeitsplätze verwendet werden. Hinzu kommt die Förderung der örtlichen Wirtschaft durch Aufträge an die heimischen Gewerbebetriebe sowie die Zusammenarbeit mit regionalen Initiativen. So ist beispielsweise die Raiffeisen-Holding in Niederösterreich am Biotechnologiepark Tulln, dem Holz- und Energiepark Waldviertel, dem Wirtschaftspark Schrems und dem Gewerbe- und Industriepark Strasshof beteiligt.

Die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich hat bereits eine große Anzahl erfolgreicher Public-Private-Partnership-Projekte (PPP-Projekte) realisiert. PPP-Modelle sind eine besonders effiziente Zusammenarbeit von privaten Investoren und der Öffentlichen Hand. Sie ermöglichen maßgeschneiderte Lösungen für Zukunftsinvestitionen im ländlichen Raum und schaffen zusätzliches Wertschöpfungspotential und Arbeitsplätze für die Regionen.

Nicht zu vergessen ist die Abwicklung der Wohnbaufinanzierung. Durch individuelle Beratung wird den Kreditnehmern die optimale Förderung vermittelt und somit eine günstige Schaffung von Wohnraum im ländlichen Gebiet ermöglicht.

Eine vielfältige Unterstützung erhalten die Gemeinden von den Raiffeisenbanken im Bereich Sport, Kultur und Soziales. So wendete beispielsweise die Raiffeisen Bankengruppe Tirol im vergangenen Jahr dafür einen Gesamtbetrag von € 4,7 Mio auf. Markante Beispiele hierfür sind die Sponsorengagements bei den Tiroler Festspielen Erl und bei der größten Amateur-Radsportveranstaltung der Welt (der Masters-Rad-WM in St. Johann in Tirol), sowie beim Ötztal-Radmarathon und beim St. Johanner Koasalauf.

Die steirischen Raiffeisenbanken treten neben vielen örtlichen Initiativen auch als Hauptsponsor der Styriarte auf. Besonderes Augenmerk wird von den steirischen Raiffeisenbanken auf die Förderung der Sicherheit gelegt. Für die Abhaltung der Raiffeisen Verkehrssicherheitstage wurden sie zuletzt vom Kuratorium für Verkehrsicherheit mit dem Österreichischen Verkehrssicherheitspreis ausgezeichnet. Zudem werden rund 10.000 Radfahrhelme pro Jahr an Kinder ausgegeben.

In Niederösterreich tritt die Raiffeisen-Holding als Sponsor der NÖ Lehrlingsbaustelle, der Niederösterreichischen Volkskultur und des Landesmuseum sowie zahlreicher regionaler Kunst- und Kulturinitiativen auf. An regionalen Beteiligungen können Ferrum Ybbsitz, Mostinformationszentrum Ardagger, Loisium Kellerwelt und Hotel sowie die Maissauer Amethystwelt hervorgehoben werden. Diese stark regional bezogenen Projekte haben einen positiven Effekt auf die Entwicklung des Fremdenverkehrs in diesen Regionen.

Ein überzeugendes Beispiel der Verantwortung für den ländlichen Raum gaben die Raiffeisenbanken bei den Hochwasser-Katastrophen der letzten Zeit. Den Betroffenen der Unwetter in Tirol im Sommer vergangenen Jahres wurde ebenso rasch und unbürokratisch geholfen wie den Hochwasser-Opfern entlang der March im Frühjahr 2006. Neben der Einrichtung von Spendenkonten, die von der Raiffeisen Bankengruppe großzügig dotiert wurden, gab es vor allem finanzielle Entlastung für die betroffenen Kunden. So wurden spesen- und gebührenfreie Konten als Überbrückungshilfe eingerichtet, mittels derer die Betroffenen ihre Schäden schnell und zu günstigen Konditionen zwischenfinanzieren konnten. Zudem hat sich die Partnerschaft der Raiffeisen Holding NÖ-Wien mit dem Bundesheer und der STRABAG-Bauholding im Katastrophenfall bestens bewährt. Durch diese Kooperation konnte die Bevölkerung rasch mit Hilfskräften, Maschinen, Trockengeräten und Verpflegung versorgt werden.

Dieser kleine Überblick soll zeigen, dass die Raiffeisenbanken entscheidend zur Wertschöpfung im ländlichen Raum beitragen. Neben ihrer eigentlichen Aufgabe als Bank unterstützen sie mit zahlreichen Maßnahmen die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Regionen und fördern damit die Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung.

➔ *Dr. Reinhard Platzer*
Generaldirektor, Kommunalkredit Austria

Mehr als 50 Prozent aller öffentlichen Investitionen werden von kommunaler Ebene aus getätigt. Die Gemeinden sind daher der Investitionsmotor Nr. 1 in den österreichischen

Regionen. Auf Grund der knappen Kassen sind den Gemeinden die Hände gebunden und wichtige Investitionen in die Standortqualität des öffentliche Raumes bleiben aus.

Damit die Standortqualität des ländlichen Lebens- und Arbeitsraumes erhalten und ausgebaut werden kann, sind neben der Verkehrsinfrastruktur vor allem auch Investitionen in die Bildungs-, Informations- und Kommunikationsinfrastruktur von zentraler Bedeutung. Nicht zuletzt werden auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmte Kinderbetreuungsmöglichkeiten zunehmend zu einem Standortfaktor in den Regionen.

Um effizient Anreize setzen zu können, bedarf es vor allem einer Kompetenzzuordnung die auf die Möglichkeiten der jeweiligen Gebietskörperschaft eingeht und etwaige Spill-over-Effekte berücksichtigt. Zu bedenken ist, dass jede Aufgabenzuordnung gleichzeitig auch eine entsprechende Mittelausstattung erfordert. Zusätzlich gefragt sind vor allem Kreativität und Innovation sowie der Wille, neue Wege zu beschreiten.

➔ *DI Josef Pröll*
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Das Österreichische Programm für die Ländliche Entwicklung und Verbesserung der Infrastruktur

Neue Basis für die konsequente Weiterentwicklung der Politik des ländlichen Raumes ist die EU-Verordnung zur Entwicklung des Ländlichen Raumes für die Programmperiode 2007−2013. Aufbauend darauf wird Österreich seine offensive Strategie für zukunftsfähige ländliche Regionen weiterentwickeln und den Anliegen der Menschen in diesen Gebieten va nach attraktiven Wohn- und Lebensräumen, nach Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten, sowie nach Freizeitangeboten Rechnung tragen.

Unter dem Motto **„Der Grüne Pakt für Österreichs Landwirtschaft“** wurde am 16. Februar 2006 der Programmentwurf für die Ländliche Entwicklungspolitik in der Periode 2007 bis 2013 präsentiert. Das Paket sieht Mittel von etwa € 1 Mrd pro Jahr vor, davon sind € 524 Mio für das Umweltprogramm ÖPUL reserviert, das weiterhin Herzstück der Agrarförderung bleibt.

Die Mittel für die Bergbauernförderung bleiben mit € 276 Mio praktisch gleich. Deutlich mehr Geld als bisher gibt es für die Investitionsförderung (€ 130 Mio) und für Bildungsmaßnahmen. Ziel dieses Programms sind die Erhaltung einer, flächendeckenden, bäuerlichen, naturnahen Landwirtschaft und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe. Durch die Vorbeugung von Abwanderung aus den Berggebieten wird ein entscheidender Beitrag zur Aufrechterhaltung der Kultur, Besiedelung und Infrastruktur geleistet.

Nach ausführlichen Gesprächen mit allen Beteiligten und mehreren Dialogkonferenzen sowie nach Abstimmungen auf Ebene der Bundesländer wurde damit ein Paket geschnürt, das die bäuerlichen Betriebe und damit verbunden die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche fit für kommende Herausforderungen machen soll. Ausgangspunkt für die Mittelvergabe ist die Einigung der EU-Regierungschefs im Dezember 2005 über die Finanzielle Vorschau 2007 bis 2013. Dabei hat Österreich erfolgreich verhandelt und

erreicht, dass die EU-Mittel für die Ländliche Entwicklung gegenüber der Periode 2000 bis 2006 mit rund € 3,1 bis 3,2 Mrd in etwa gleich bleiben. Vorbehaltlich der Zustimmung des EU-Parlaments zu diesem Finanzrahmen kann Österreich inklusive der Kofinanzierungsmittel durch Bund und Länder mit rund € 1 Mrd pro Jahr für die Ländliche Entwicklung rechnen.

In Übereinstimmung mit der EU-Strategie für die Ländliche Entwicklung wurden bei der nationalen Programmerstellung klare Akzente gesetzt, und zwar bei der Bergbauernförderung, beim Umweltprogramm sowie bei den Bereichen Bildung und Investitionen. So bleiben die Mittel für die Bergbauern, also die Ausgleichszulage, mit 276 Mio jährlich gleich.

- Das Österreichische Umweltprogramm ÖPUL setzt auch weiterhin ein klares Signal in Richtung naturnaher Produktion. Aufgrund der EU-Vorgaben konnten für das ÖPUL und die Ausgleichszulage nur 80% der gesamten Mittel für die Ländliche Entwicklung bereitgestellt werden. In der Periode 2000 bis 2006 wurden für das ÖPUL rund € 610 Mio jährlich verwendet, nunmehr werden es 524 Mio sein. Bei den dadurch notwendigen Mittelkürzungen wurde genau darauf geachtet, Ackerbau und Grünland gleich zu behandeln.
- Größere Bedeutung als bisher wird die Investitionsförderung haben. Die dafür vorgesehen Mittel werden von € 95 Mio auf 130 Mio aufgestockt. Mit diesen Geldern wird gezielter als bisher die Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe gefördert. Dies geschieht unter anderem dadurch, dass für geförderte Investitionen über € 60.000,– ein Betriebskonzept mit entsprechenden Planungsvarianten und Kalkulationen erforderlich ist. Die Konzepterstellung wird mit einem maximal dreiprozentigen Bonus attraktiv gemacht. Auch Jungübernehmer werden verstärkt unterstützt, und zwar durch einmalige Zuschüsse, die sich nach der Betriebsgröße richten.
- Gefördert werden künftig verstärkt Investitionen in Bildung, in die Erhöhung der Wertschöpfung, in neue Produkte, Verfahren oder Technologien sowie in die Lebensmittelqualität. In der Forstwirtschaft wird vor allem die Erhöhung des Holzaufkommens aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern unterstützt.

Mit der Förderungsmaßnahme Verkehrserschließung ländlicher Gebiete wird generell ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Siedlungsdichte und zur Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum geleistet. Darüber hinaus ist für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe eine funktionsgerechte Erschließung und entsprechende Anbindung an das übergeordnete Verkehrsnetz Grundvoraussetzung für zeitgemäße Arbeits- und Produktionsbedingungen bis hin zur Direktvermarktung und außerbetrieblichem Erwerb. 2004 etwa wurden 40 km Wege bzw LKW-befahrbare Straßen neu errichtet oder grundlegend verbessert. Der Bauaufwand betrug 2004 rund € 7,3 Mio (davon Bund: € 4,72 Mio). Zusätzlich gaben die Länder 2004 für die Erhaltung des ländlichen Wegenetzes € 47,69 Mio aus. Der Wegebau wird auch im Rahmen der Ländlichen Entwicklung (mit EU-Kofinanzierung) unter Artikel 33 auf Basis der VO 1257/99 gefördert.

Zur Verbesserung der Infrastruktur tragen auch der Landwirtschaftliche Wasserbau mit Be- und Entwässerungsprojekten, die Investitionszuschüsse zur Almbewirtschaftung und

insbesondere auch Zuschüsse für Vermarktung und Markterschließung sowie die Gästebeherbergung (Urlaub am Bauernhof) bei. Ebenso tragen Zuschüsse aus dem EU-kofinanzierten und dem Nationalen Programm im Rahmen der Forstlichen Förderung zur Neuaufforstung, zum Forstwegbau und Erschließung der Wälder und zur Sanierung von schutzfunktionalen Wäldern in Wildbach- und Lawineneinzugsgebieten bei. Durch die Dienststellen des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung wird damit ein wesentlicher Beitrag zum Schutz der Infrastruktur vor Verwüstung durch Hochwässer, Muren und Lawinen geleistet. Insbesondere auch der Schutzwasserbau und der vorbeugende Hochwasserschutz werden von zahlreichen Maßnahmen begleitet. Für das Jahr 2004 betrugen die Bundesmittel für die Wildbach- und Lawinenverbauung € 85,3 Mio, die Förderungen für die Forstwirtschaft einschließlich Schutzwaldsicherung, Forstwegebau und Forstschutzmaßnahmen € 36,2 Mio.

Mit diesem Bündel an gemeinsamen Maßnahmen von EU, Bund und Ländern für die Entwicklung des ländlichen Raumes werden regionale Stärken gefördert, Arbeitsplätze nachhaltig und zukunftsorientiert gesichert und die Lebensqualität erheblich gesteigert. An der Wertschöpfung partizipieren insbesondere auch die Gemeinden und die darin lebende Bevölkerung in besonderem Ausmaß.

➔ *LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl*
Präsident des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei Niederösterreich

Eine **gesunde Infrastruktur** ist die Basis für eine lebendige und stabile Gemeinde. Betriebsansiedelungen und Nahversorger sichern den ländlichen Lebens- und Wirtschaftsraum. Eine bedeutende Aufgabe ist es, die **regionalen Wirtschaftskreisläufe** zu stärken. Der ländliche Raum hat eine Menge an Ressourcen, beispielsweise Holz. Nichts liegt näher, als das Holz aus dem Wald vor der Tür in der dorfeigenen Hackschnitzelheizung zur Wärmeversorgung zu nutzen. Großes Potenzial liegt auch in der **verstärkten Zusammenarbeit** von Landwirtschaft und Tourismus. Produkte aus der Region sollen in der Gastronomie auf den Teller der Gäste kommen. Dadurch werden die regionale Wertschöpfung erhöht, neue Arbeitsplätze geschaffen und Einnahmequellen für die Gemeinden erzielt. Statt Konkurrenz unter den Gemeinden soll Zusammenarbeit gefördert werden. So kann jede Gemeinde individuell gestärkt werden und profitieren.

➔ *Dr. Herbert Sausgruber*
Landeshauptmann, Vorarlberg

Gerade die Hochwasserereignisse vom August des vergangenen Jahres haben gezeigt, wie wichtig regionale Strukturen sind: Dank des funktionierenden regionalen Katastrophenmanagements sowie der zahlreichen Helfer konnten weit größere Schäden verhindert werden. Das Land fungiert dabei als enger Partner der Städte und Gemeinden: Mit dem 1997 eingerichteten Strukturfonds setzt das Land Vorarlberg beispielsweise nachhaltige Impulse für kleine und finanzschwache Gemeinden. Diese erhalten neben den regulären Förderungen (Bedarfszuweisungen) eine zusätzliche Förderung des Landes zum Aufbau beziehungsweise zur Verbesserung ihrer **örtlichen Infrastruktur.** Gefördert wird zum Beispiel die Renovierung von Schulen und Kindergärten, der Bau von Feuer-

wehrhäusern, die Errichtung von Sportanlagen oder die Installierung von Straßenbeleuchtungen. Bisher erhielten rund 600 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 220 Millionen € eine Förderungszusage. Die Summe der zugesagten Strukturmittel beläuft sich auf über 21 Millionen €.

Infrastruktur im ländlichen Raum betrifft alle Bereiche (Straßen, Strom und sonstige Energie, Wasserver- und -entsorgung, Sicherheit, Telekommunikation, ÖPNV usw). Es ist offensichtlich, dass diese „Lebensadern" nicht nur für die bäuerliche Bevölkerung unverzichtbar sind. Das gut ausgebaute Vorarlberger Wander- und Radwegenetz beispielsweise wäre ohne die Güter- und Forstwege kaum existent und somit ein Impulsgeber für den Tourismus nicht gegeben.

➔ *Hermann Schützenhöfer*
1. Landeshauptmann-Stellvertreter, Steiermark

Wie bereits im Statement zur Wertschöpfung im ländlichen Raum angesprochen, ist es für die Entwicklung eines Landes unabdingbar, für die nötige Infrastruktur zu sorgen. Als große Infrastrukturprojekte der Steiermark sind der Koralmtunnel und der Semmeringbasistunnel zu nennen, die gemeinsam mit der Summerau-Bahn das Wirtschaftsdreieck Wien-Linz-Graz bilden sollen – damit ist der Anschluss an die bedeutenden Wirtschaftsräume gewährleistet.

Die Gemeinden leisten beachtliches auf dem Gebiet der Standortsicherung und der Lebensqualität, wozu ich die kommunalen Dienstleistungen mit Wasser, Abwasser, Müllbeseitigung, die Aufgaben im Bildungs- und Sozialbereich mit Pflichtschulen, Kindergärten, Musikschulen, Sozialhilfe etc, die Wegeerhaltung, das Feuerwehr- und Rettungswesen und die kulturellen Veranstaltungen zähle. Die Gemeinden sind der „Wachstumsmotor" in Österreich, da über die Hälfte aller öffentlichen Investitionen von den Gemeinden getätigt wird. Den wachsenden Anforderungen an den Gemeindehaushalt wird man nur über verstärkte Gemeindekooperationen bewältigen können, da damit die Ressourcen besser eingesetzt werden.

Als Tourismusreferent lege ich besonderen Wert auf regionale Projekte, die den jeweiligen Regionen wertvolle Impulse geben; ich denke hier zum Beispiel an die Therme in Köflach, die 2004 mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von € 42,3 Mio errichtet wurde, oder die beschlossene Neuerrichtung des Thermenresorts in Bad Gleichenberg um € 60,8 Mio, die neue H20-Therme in Sebersdorf, die zu realisierende Grimming-Therme in Bad Mitterndorf oder das Kurbad in Bad Aussee.

26 regionale Impulszentren, Fachhochschulstandorte in Bad Gleichenberg und Kapfenberg, neue Gesundheits- und Krankenpflegeschulen in Frohnleiten und Radkersburg zeigen beispielhaft, dass das Land Steiermark Wert auf die Erhaltung der regionalen Infrastruktur legt.

Veraltete Strukturen und zum Teil nicht effiziente Abläufe haben dazu geführt, dass es im Jahr 2002 von Bundesseite zu Zusammenlegungen von Bezirksgerichten kam; auch Postämter, die weit mehr Verluste als Gewinne verursachten mussten geschlossen werden. Auch wenn das Land dagegen heftig protestierte und einige Schließungen abwen-

den konnte, darf man nicht erwarten, dass alles für immer unverändert bleibt. Postpartnerschaften und Gerichtssprechtage haben die Maßnahmen abgefedert.

Veränderungen bringen auch Chancen. So ist im Vorjahr mit Unterstützung des Landes der Verein „Steirisches Netzwerk zur Stärkung kleinregionaler Zentren“ entstanden, der sich mit bisher 17 Mitgliedsgemeinden zum Ziel gesetzt hat, infrastrukturelle und wirtschaftliche Maßnahmen zur Stärkung der Kleinregion zu entwickeln und umzusetzen. In der Folge wurde von der Steirischen Volkspartei gemeinsam mit Gemeindevertretern das Konzept „Nachbarschaftliche Gemeinde-Zusammenarbeit in lebenswerten Kleinregionen“ erarbeitet. An der flächendeckenden Umsetzung wird gerade intensiv gearbeitet.

➔ *ÖkR Rudolf Schwarzböck*
Präsident, Landwirtschaftskammer Österreich

Öffentliche Infrastruktur und innovative Privatoffensive

Attraktive ländliche Räume sind sowohl für die Wohnbevölkerung als auch für die Gesellschaft insgesamt von grundlegender Bedeutung. Lebens- und Wirtschaftsräume brauchen eine funktionsfähige Infrastruktur, damit die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten stattfinden und sich entwickeln können. Damit geht es bei der Frage der Infrastruktur in den ländlichen Regionen um viel mehr als nur um die Anbindung an überregionale Verkehrsverbindungen oder nur um die verkehrsmäßige Erschließung innerhalb der Regionen. Infrastrukturen sind grundlegende Voraussetzungen für das Leben und Wirtschaften und haben daher eine ganz zentrale Bedeutung für die Entwicklung und die Attraktivität der ländlichen Regionen.

Notwendig ist ein abgestimmtes Zusammenwirken der verschiedenen Politiken, damit die zukünftigen Grundstrukturen gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen effizient gestalten werden können. Viel mehr als in den vergangen Jahrzehnten ist aber auch Privatinitiative gefragt, weil ein nachfragegerechtes Angebot gerade auf diesem Weg realisiert werden kann.

Ländliche Verkehrsinfrastruktur als regionale Grundvoraussetzung

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe können auf Dauer nur dann wirtschaftliche lebensfähig bleiben, wenn sie an eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur angebunden sind. Mit diesem Ziel wurden – ausgehend vom Bundeslandwirtschaftsgesetz erstmalig im Jahre 1960 – wirksame Förderprogramme in der Land- und Forstwirtschaft abgewickelt. Trotz des massiven Einsatzes öffentlicher Mittel hatten die Erschließungsprojekte auch hohe Eigenleistungen der Bauern zur Folge. Heute sind nahezu alle Betriebe verkehrsmäßig erschlossen, das Problem der Erhaltung stellt sich allerdings in einem immer größeren Ausmaß. Dieses Problem wurde zwar durch mehrere Initiativen in den Bundesländern entschärft, eine österreichweite Lösung konnte bis heute nicht realisiert werden. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass dieses ländliche Wegenetz je nach den regionalen Verhältnissen auch von der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung in Anspruch genommen wird.

Land- und Forstwirtschaft als Produzent und Dienstleister

Landwirtschaft und der ländliche Raum haben eine wechselseitige existentielle Abhängigkeit, die in den verschiedenen Politiken mit dem Ziel einer umfassenden Synergie zu berücksichtigen ist. Unabhängig vom regionalen Entwicklungsstand der ländlichen Räume hat die Land- und Forstwirtschaft eine grundlegende Funktion mit einer großen Raumwirkung, die vor allem in Form der naturnahen Landschaft zum Ausdruck kommt. Die Produktionsfunktion ist dafür aber unverzichtbare Grundvoraussetzung für diese vielfältigen Leistungen im Sinne des europäischen Agrarmodells.

Die Land- und Forstwirtschaft wird in der Zukunft noch mehr als bisher in neue Produktionen einsteigen und vor allem auch in Richtung erneuerbare Energieversorgung und innovative Rohstofferzeugung für umweltfreundliche Produktionen wie etwa im Verpackungsbereich. Die Strategie läuft aber auch in Richtung Dienstleistungsangebot hinaus, wo die bäuerlichen Betriebe gute Voraussetzungen haben.

➔ *DDr. Herwig van Staa*
Landeshauptmann, Tirol

Öffentliche Daseinsvorsorge wird von uns oft als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt, selten bewusst wahrgenommen. Das gilt für die Abwasserbeseitigung und die Müllabfuhr ebenso wie für die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom, Wärme und Gas, die Gesundheitsversorgung, den Betrieb von Schulen, Kindergärten, Heimen und sozialen Diensten, den Bau und die Erhaltung öffentlicher Straßen ebenso wie den öffentlichen Verkehr. Erst wenn diese Dienste nicht mehr ordnungsgemäß erbracht werden können, wenn „Sand ins Getriebe kommt“, dringen sie in unser Bewusstsein, lernen wir sie zu schätzen. Die Gemeinden und Regionen stehen vor der Herausforderung, diese Dienste für ihre Bevölkerung auch in Zukunft zu sozial verträglichen Kosten zu gewährleisten.

Die Investitionskosten für Infrastrukturmaßnahmen wie zum Beispiel der Kanalisation sind in einer kleinen Gemeinde ungleich höher als in Gemeinden mit einer höheren Einwohnerzahl. Aus diesem Grund ist hier auch das Land gefordert Ausgleichsmaßnahmen zu ergreifen.

Durch gezielte Förderungen müssen Unterschiede in den Kosten der Inanspruchnahme von Infrastruktur, Wasser, Abwasser und öffentlichem Verkehr ausgeglichen werden.

Die Kleinregion hat das Dorf als Lebens- und Wirtschaftsraum ergänzt. Gemeinsame Gewerbegebiete oder die Aufteilung von Steuereinnahmen zwischen Wohnsitzgemeinden und Wirtschaftsgemeinden, zwischen Landgemeinden und Ballungszentren einer Region könnten einige Probleme des ländlichen Raumes lösen und für einen gerechteren Ausgleich zwischen den einzelnen Gemeinden sorgen. All das erfordert ein hohes Maß an Solidarität zwischen den Entscheidungsträgern und Bewohnern einer Region.

➔ *Mag. Herbert Tumpel*
Präsident, Arbeiterkammer Österreich

Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass Wirtschaft in einem Land überhaupt funktionieren kann. Infrastruktur – damit sind nicht nur Eisenbahn und Straßen gemeint son-

dern ebenso Wasser und Abwasser, Energieversorgung, Postdienste und in den vergangenen Jahren immer wichtiger die Telekommunikation. Infrastruktur im weiteren Sinn sind natürlich auch Verwaltungseinrichtungen, soziale Dienste und das Gesundheitswesen. All dies muss in zumutbarer Nähe zur Bevölkerung gelegen sein. Hier gilt es immer eine genaue Abwägung zwischen Effizienz und Flächenversorgung zu machen.

Die Liberalisierung der vergangenen Jahre hat hier keineswegs die versprochenen Resultate gebracht: Neben dem drastischen Beschäftigungsabbau in den diversen Daseinsvorsorgebereichen kam es für die Bevölkerung in vielen Fällen zu Qualitätsverschlechterung und zu höheren Preisen.

Besonders deutlich wurde das gerade in letzter Zeit bei der Post – hier wird aufgrund eines durch nichts zu rechtfertigenden Privatisierungsauftrag und aufgrund der Bedienung sogenannter „Börsefantasien“ rationalisiert. Im Klartext bedeutet das Schließung von Postämtern (2005 waren es 310), was gerade ländliche Gemeinden besonders hart trifft.

Daneben wissen wir, dass gerade öffentliche Investitionen in die Infrastruktur einer der besten Wege ist, von Seiten des Staates die Wirtschaft zu beleben. In den vergangenen Jahren entstand hier ein großer Nachholbedarf, da aus Spargründen Investitionen des Bundes und der Gemeinden auf die lange Bank geschoben wurden.

Besonders wichtig für die Lebensqualität und die Mobilität der Bevölkerung im ländlichen Raum ist ein gut abgestimmter und den Bedürfnissen der Menschen entsprechender öffentlicher Nahverkehr. Die derzeit von der Regierung forcierte Abschiebung der Verantwortung auf die Länder und Kommunen gepaart mit einer überzogenen Sparpolitik gefährdet das Nah- und Regionalverkehrsangebot. Der öffentliche Verkehr muss auch in Zukunft seine Rollen als Standortfaktor, Arbeitgeber und hochwertiges Dienstleistungsangebot erhalten können. Das ist nur mit einer ausreichenden Finanzierung und einer gesetzlichen Verankerung von flächendeckenden Mindestversorgungsstandards möglich.

Die Arbeiterkammer fordert daher sowohl zur Stärkung von Konjunktur und Wachstum als auch, und vor allem, zur Förderung der Chancengleichheit und sozialen Ausgewogenheit einen flächendeckenden und effektiven Ausbau der Infrastruktur. Die zur Verfügung gestellten Dienste müssen dabei eine leistbare Versorgung für alle darstellen. Im Zusammenhang mit der Post fordert die Arbeiterkammer eine Rücknahme des Privatisierungsauftrags – die Post soll auch in Zukunft allen ÖsterreicherInnen gehören und nicht einzelnen BörseaktionärInnen!

➔ *Mag. Franz Voves*
Landeshauptmann, Steiermark

Die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur hat im „Zeitalter der Privatisierung“ massiv gelitten. Betriebswirtschaftliche Argumente verdrängten das Ziel der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung.

Es kam wie es kommen musste: Vor allem in den ländlichen bevölkerungsschwachen Regionen wurde Infrastruktur aufgelassen. Die Lebensqualität in unseren Regionen sinkt

durch diesen unverantwortlichen Kahlschlag massiv – die Leidtragenden dabei sind vor allem ältere und weniger mobile Menschen. Wenn das so weiter geht, dann droht eine Zukunft mit potemkinschen Dörfern.

Vorrangiges Ziel unserer Politik ist es, den Menschen ihre Heimat in der Region bzw in den einzelnen Gemeinden, in denen sie sich wohlfühlen, zu erhalten. Dazu gehört die Bereitstellung von Infrastruktur (Post, Polizei, Nahversorgung – etwa durch die Forcierung von mobilen Läden), sowie von Pflichtschulen, Kindergärten, Pflegeeinrichtungen, Vereinsräumlichkeiten, Nahverkehrsverbindungen und schließlich von Leitbetrieben in Sachen Industrie, Tourismus, Kultur, Bildung und vieles andere mehr. Nur so wird es uns gelingen, das langsame Sterben unserer wunderschönen Regionen zu verhindern!

Im ländlichen Raum sind rein wirtschaftliche Argumente fehl am Platz. Es existiert die öffentliche Verantwortung, der Bevölkerung auch in den traditionellen ländlichen Siedlungsgebieten ein ausreichendes Maß an öffentlicher Infrastruktur anzubieten.

Eine aktive Regionalpolitik auf Bundes- und Landesebene muss der weiteren Ausdünnung der Versorgung im ländlichen Raum entgegenwirken. Die Gemeinden werden im eigenen Interesse diesen Prozess unterstützen. Durch vom Land Steiermark aktiv geförderte Gemeindezusammenarbeit und regionale Kooperationen im Sinne des Konzeptes „Steiermark der Regionen“ werden die Gemeinden in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt.

Der ländliche Raum braucht die Zusammenarbeit aller Kräfte! Arbeiten wir gemeinsam für die Zukunft unserer Regionen!

Österreichweit stellt sich die Statistik der Gesamtschließungen im ländlichen Raum wie folgt dar:

- 952 Postämter wurden geschlossen!
- 400 weitere stehen auf der Schließungsliste nach erfolgtem Börsengang!
- 119 Gendarmerieposten wurden geschlossen und dabei
- 3000 Planposten in der Exekutive eingespart!
- 70 Bezirksgerichte wurden geschlossen und von 20 Landesgerichten wird wohl nur die Hälfte übrig bleiben!
- 12 Nebenbahnen wurden aufgelassen, 37 Bahnverbindungen sind durch Umstrukturierungen gefährdet!
- 50 Kasernen des Bundesheeres wurden geschlossen!

➔ *Dr. Anton Wais*
Generaldirektor, Österreichische Post AG

Die Österreichische Post AG ist mit ihren flächendeckenden Netzen ein kompetenter Partner für alle österreichischen Gemeinden und gleichzeitig ein wesentlicher Eckpfeiler der österreichischen Infrastruktur.

Die Post bringt allen was – und sie ist überall.

Die Österreichische Post AG ist der österreichische Post-Universaldienstbetreiber, Österreichs führender Logistikdienstleister, ein wirtschaftlich erfolgreiches und seit kurzem auch börsenotiertes Unternehmen und sie ist mit ihren flächendeckenden Netzen ein wesentlicher Bestandteil der österreichischen Infrastruktur, auch und gerade in den Regionen des ländlichen Raums.

Zur Frage des Beitrages der Österreichischen Post AG für diesen ländlichen Raum, dessen Stärkung uns ein großes Anliegen ist, möchte ich im folgenden einige Aspekte hervorheben:

Die Post: ein Partner – drei starke Netze

Die Österreichische Post AG betreibt drei flächendeckende, leistungsstarke und höchst effiziente Netze:

- Das Briefnetz: Täglich, flächendeckend, in höchster Qualität.

Ein Netz bestehend aus sechs hochmodernen Verteilzentren, rund 400 Zustellbasen, einem aus insgesamt rund 11.000 Fahrzeugen bestehenden Fuhrpark und vor allem den rund 11.300 Zustellern stellt die qualitativ hochwertige flächendeckende Versorgung Österreichs mit Postdienstleistungen sicher. Durchschnittlich werden 4,6 Mio Briefe täglich an rund 3,9 Millionen Haushalte zugestellt. Im Jahr 2005 wurden rund 1,1 Milliarden Briefe zugestellt, an Spitzentagen werden 6 – 7 Millionen Briefe von der Post verarbeitet und zugestellt. Im Jahr 2005 wurden über 95% aller Briefe bereits am nächsten Arbeitstag zugestellt.

- Das Paketnetz: Marktführer in Österreich mit Flächendeckung und Spitzenqualität

In unseren sieben Paketverteilzentren verarbeiten wir rund 45 Millionen Pakete jährlich. Täglich werden durchschnittlich rund 180.000 Pakete und EMS in Österreich durch Zusteller der Österreichischen Post AG zugestellt – an jedem Tag, an jede Adresse in Österreich. Unsere 1338 Postfilialen bilden das dichteste Netz an Pickup-Points (Abholstellen). 94% der Pakete werden in Österreich innerhalb von zwei Arbeitstagen zugestellt – das ist Spitzenqualität.

- Das Filialnetz: Eines der größten flächendeckenden Vertriebsnetze Österreichs

Das Filialnetz der Post mit 1338 Postfilialen (davon 378 mit eigenen Finanzberatungszentren), dazu 612 externe Vertriebsstellen (191 Post.Partner, 349 Post.Servicestellen und 72 Post.Abholstellen sowie zwei mobile Postfilialen (Post.Mobile) bildet eines der größten flächendeckenden Vertriebsnetze Österreichs. Postdienstleistungen, PSK-Finanzdienstleistungen sowie ein breites Sortiment von Handelswaren sind die wesentlichen Elemente des Produkt- und Dienstleistungsangebotes. Im Jahr 2005 wickelten die Filialmitarbeiter der Post mehr als 80 Millionen Kundentransaktionen ab. Seit 2001 konnte die Kundenzufriedenheit in den Filialen kontinuierlich von 79% auf 94% verbessert werden. Bestes Service für unsere Kunden – das wird in den Postfilialen gelebt.

Die Post: Von der ersten zur letzten Meile

Von der Aufgabe („erste Meile“) bis zur Zustellung („letzte Meile“) – die Post ist in ganz Österreich für ihre Kunden da. Die Österreichische Post AG beschäftigt in ihren Postämtern rund 5400 Mitarbeiter, in deren Verantwortung die Betreuung der Postkunden liegt. Die Landzusteller – sie erledigen sowohl Zustellung als auch Abholung direkt bei ihren Kunden – sorgen im ländlichen Raum für eine tägliche flächendeckende Versorgung und erfreuen sich höchster Beliebtheit.

Die rund 11.300 Zusteller tragen bei der Österreichischen Post AG die Verantwortung für die verlässliche Auslieferung der Postsendungen. Als wichtiger Faktor der Postdienstleistung spielen sie gerade in ländlichen Gebieten eine zentrale Rolle und bestimmen neben den Mitarbeitern in den Filialen das „Gesicht der Post“ entscheidend.

Vor diesem Hintergrund hat die Österreichische Post AG die Kompetenzen der Zusteller – gerade in Gemeinden ohne eigenes Postamt – massiv ausgebaut. Heute stellen die rund 5000 speziell geschulten Landzusteller nicht nur Briefe und Pakete zu – sie nehmen solche auch an und übernehmen damit gleichzeitig Aufgaben der „ersten Meile“.

Die Zusteller genießen höchstes Vertrauen in der Bevölkerung. In einer Umfrage von Oekonsult erreichten die Zusteller der Österreichischen Post AG 2005 überhaupt die Spitzenposition unter allen Berufsgruppen. Dieser wertvolle Vorteil wird durch Schulungen gezielt weiter ausgebaut.

Die Post: ein attraktiver Arbeitgeber in ganz Österreich

Die Post bietet in ganz Österreich attraktive und zukunftsträchtige Arbeitsplätze. Egal, ob in strukturschwächeren ländlichen Regionen oder in städtischen Ballungsgebieten – die Post ist aufgrund ihrer österreichweiten Flächendeckung überall präsent. Der Österreichische Post Konzern trägt Verantwortung für derzeit rund 25.000 Mitarbeiter.

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, weiterhin ein gefragter Arbeitgeber zu bleiben, dessen Fokus auf der aktiven Weiterentwicklung seiner Mitarbeiter liegt. Im Jahr 2005 betrugen die Ausbildungskosten für Mitarbeiter der Post rund 2,4 Millionen €, insgesamt wurden dabei rund 18.500 Personentage in Schulung investiert.

Die Post: ein wichtiger Auftraggeber für die österreichische Wirtschaft

Die Post hat in den letzten Jahren rund 400 Millionen € in die Modernisierung ihrer Logistik-Infrastruktur investiert. Es wurden Verteilzentren neu errichtet, Zustellbasen gebaut, der Fuhrpark erneuert und sonstige Betriebsmittel angeschafft, um nur einiges zu nennen. Diese Investitionen waren der erforderliche Grundstein für die heute von der Österreichischen Post AG erbrachte und auch schon international ausgezeichnete Spitzenqualität.

Darüber hinaus beauftragt die Österreichische Post AG viele österreichische Zulieferbetriebe mit der Lieferung von Produkten sowie mit der Erbringung von Dienstleistungen rund um ihr Kerngeschäft. Mit ihren Investitionen und ihren laufenden Aufträgen an heimische Betriebe ist die Österreichische Post AG ein wichtiger Auftraggeber für die österreichische Wirtschaft.

Die Post: Starkes Service in ganz Österreich mit bestem Preis-Leistungsverhältnis

Die Österreichische Post bietet ihren Kunden in ganz Österreich qualitativ hochwertige Postdienstleistungen mit dem besten am Markt verfügbaren Preis-Leistungsverhältnis. Darüber hinaus können wir unseren Kunden mit unserem flächendeckenden Filialnetz höchste Beratungsqualität liefern.

Egal, ob der Versand von Briefen, Werbemitteilungen, Zeitungen, Paketen oder EMS – die Post bietet beste Leistungen zu attraktiven Preisen, und das in ganz Österreich, täglich und an jede Haustüre.

Gerade auf regionaler Ebene hat die Österreichische Post AG in letzter Zeit einige innovative und für alle beteiligten Partner erfolgreiche Lösungen entwickelt. Das Potenzial für zukünftige Zusammenarbeit – mit Gemeinden sowie mit örtlich ansässigen Betrieben – über den bestehenden Umfang hinaus ist jedenfalls groß.

Wir freuen uns auf den gemeinsamen Weg in eine erfolgreiche Zukunft.

3.4. WERTSCHÖPFUNG UND INFRASTRUKTUR IM LÄNDLICHEN RAUM

➔ *Bgm. Hans Ferlitsch*
Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes
Präsident des Kärntner Gemeindebundes, 2. LT-Präsident

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt eindeutig: der ländliche Raum ist in Gefahr. Im Bereich der Infrastruktur gab es in den wesentlichen Bereichen, wie etwa der Post, dem öffentlichen Nahverkehr oder der Nahversorgung einen Rückbau bzw Zentralisierungstendenzen.

Mit dem Abbau von Infrastruktur ist aber auch die Lebensqualität des ländlichen Raumes stark eingeschränkt worden. Mit dem Verlust an Grundversorgung verliert der ländliche Raum weiter an Attraktivität – vor allem für die junge Bevölkerung. Ohne Schulen sowie geeigneter Kinder- und Altenbetreuung kann der ländliche Raum langfristig nicht mit den Ballungsräumen konkurrenzieren. Die demographische Entwicklung beschleunigt zudem den Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum.

Die Politik ist gefordert, alle Maßnahmen zu treffen, um die Grundversorgung des ländlichen Raumes sicherzustellen. Dabei ist eine gemeinwirtschaftliche und wohlfahrtsorientierte Sichtweise gefordert. Es muss klargestellt sein, dass öffentliche Dienstleistungen bzw Infrastrukturen ein Gut besonderer Art darstellen, deren Erbringung ein übergeordnetes gesellschaftspolitisches Ziel darstellt.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt eines gesunden ländlichen Raumes. Gerade in diesem Bereich werden der Bund, aber auch das Land Kärnten gefordert sein, entsprechende Förderungsmaßnahmen zu setzen. Dabei muss auch ganz klar sein, dass es die Klein- und Mittelbetriebe sind, die die größten Arbeitgeber im ländlichen Raum darstellen. Insbesondere diese Klein- und Mittelbetriebe bedürfen daher zukünftig einer entsprechenden Unterstützung durch die öffentliche Hand.

➔ *Bgm. Helmut Mödlhammer*
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Die Entwicklung und der Bestand des ländlichen Raums sind in Gefahr. Die Kernfrage ist, was Staat und Gesellschaft dazu beitragen können, um diesen Lebensraum attraktiv zu gestalten und zu erhalten. Wir müssen Anreize schaffen, die dazu führen, dass die Menschen den ländlichen Raum nicht nur als Urlaubsziel, sondern als Lebens- und Arbeitsraum betrachten. Das Hauptproblem der ländlichen Gemeinden sind unverhältnismäßig schlechte Rahmenbedingungen zur Aufrechterhaltung oder Schaffung von Infrastruktureinrichtungen und Arbeitsplätzen.

Es sind gerade die kommunalen Kernkompetenzen im Bereich der Daseinsvorsorge, die für die Schaffung und den Erhalt der infrastrukturellen Einrichtungen im ländlichen Raum sorgen. Neben den Kernfragen Verkehrswege, Wasser- und Abfallwirtschaft, sind es zum teil ganz simple Dinge, wie zB der Erhalt der sozialen Angebote wie Dorfwirtshäuser, Lebensmittelversorger oder die Bereitstellung von genügend Kinderbetreuungseinrichtungen.

Viele Menschen verlassen schon zur Ausbildung ihre Heimatorte, pendeln oft eine Zeitlang zu ihrem Arbeitsplatz oder verlassen ihre Heimat ganz und ziehen in den nächsten Ballungsraum. Tendenziell wollen Menschen dort leben, wo sie Arbeit und eine gute Infrastruktur finden.

Das muss der Schlüsselauftrag sein, dem sich die Gemeinden des ländlichen Raumes verschreiben müssen. Das Potenzial, das gerade kleine und mittlere Unternehmen für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum schaffen, wird meist gewaltig unterschätzt.

Eines der wichtigsten Ziele wird es daher sein, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, endogene Potenziale auszunutzen und eine Vernetzung aller Partner einer ländlichen Region zu fördern. Vor allem in den KMU's entstehen nicht nur Ausbildungsplätze, sondern in weiterer Folge auch neue Entwicklungschancen und rund um die Betriebe eine Infrastruktur.

Die Gemeinden haben es in der Hand, Rahmenbedingungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu setzen, indem sie die lokalen Stärken aufzeigen und bündeln. So können wir Schrittmacher für eine nachhaltige Entwicklung werden, indem die Gemeinden ein Unternehmertum fördern, das sich an den ländlichen Strukturen unserer Heimat orientiert.

➔ *Ing. Reinhart Rohr*
Landesrat, Kärnten

Aufsperren statt zusperren/Investieren statt wegnehmen

Ziel meiner Gemeindepolitik ist die Aufwertung des ländlichen Raums. Mit einer objektiven Vergabe der Bedarfszuweisungen ist es mir trotz stagnierenden Ertragsanteilen aus dem Bundesfinanzausgleich gelungen, den Kärntner Gemeinden bei gleichzeitig gestiegenen Anforderungen eine solide Basis für ihre kommunalen Vorhaben zu bieten.

So konnte ich in zwei Jahren die Zahl an Abgangsgemeinden in Kärnten von 49 auf 33 und das Abgangserfordernis von 8,5 auf 5,6 Millionen € reduzieren.

Die Gemeinden sind mit einem Anteil von 60 Prozent der größte öffentliche Auftraggeber und damit ein wesentlicher Konjunkturmotor für die heimische Wirtschaft und für die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Regionen. Daher verurteile ich vehement die laufenden Schließungen und Einsparungen der Bundesregierung bei Post, Bahn, Schulen, Exekutive und beim öffentlichen Nahverkehr sowie das laufende Abwälzen von Aufgaben an die Länder und Kommunen.

Zur Stärkung der Gemeinden habe ich wesentliche Initiativen zur Umsetzung wichtiger Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenerhaltung, ländliches Wegenetz, Radwegebau oder bei Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen gesetzt worden. Mit 30 Millionen € aus dem Wasserwirtschafts- und zehn Millionen € aus dem Regionalfonds wurden Investitionen in Höhe von knapp 200 Millionen € getätigt. Weiters gestartet wurden ein attraktives Nahversorger-Förderungsprogramm sowie eine erfolgreiche Initiative für die Jugend mit Lehrplätzen in den Gemeinden, die innerhalb von eineinhalb Jahren 129 jungen Menschen einen Ausbildungsplatz gesichert hat. Und derzeit finden in Kooperation mit dem AMS 100 Langzeitarbeitslose eine Beschäftigung in Kärntner Gemeinden.

Von allen diesen Maßnahmen profitieren die Gemeindebürger durch positive Effekte für die regionale Wirtschaft und damit für den gesamten Arbeitsmarkt. Damit geht Kärnten unter meiner Verantwortung als Gemeindereferent im Gegensatz zur Bundesregierung neue und innovative Wege zur nachweislichen Stärkung der Gemeinden und des ländlichen Raumes.

➔ *Dr. Claudia Schmied*
Vorstandsdirektorin, Kommunalkredit Austria

Knapp 60% der österreichischen Bevölkerung leben in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern, was die ***Bedeutung des ländlichen Raumes*** außer Frage stellt. Ungeachtet dessen wird der ländliche Raum in ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht zunehmend an die Peripherie gedrängt. Weniger Geld für den ländlichen Raum, weniger Investitionen und damit die Erosion der regionalen Wertschöpfungsbasis sind die Folge.

Infrastruktur als Schlüssel für die Entwicklung des ländlichen Raumes

Um die ***Standortqualität*** des ländlichen Lebens- und Arbeitsraumes erhalten und ausbauen zu können, bedarf es ausreichender Infrastruktureinrichtungen. Dabei sind neben einer effizienten Verkehrsinfrastruktur vor allem auch Investitionen in die Bildungs-, Informations- und Kommunikationsinfrastruktur von zentraler Bedeutung. Dadurch wird die Basis für eine technologienahe und damit auch tiefe Wertschöpfung für den ländlichen Raum geschaffen. Nicht zuletzt werden auch auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmte Kinderbetreuungsmöglichkeiten zunehmend zu einem Standortfaktor in den Regionen. Gleichzeitig erhöht sich dadurch die Chancengleichheit am Arbeitsmarkt für Familien.

Kooperationen suchen

Insbesondere durch Kooperation lässt sich vieles bewegen. Einerseits durch ***interkommunale Zusammenarbeit,*** etwa im Bereich von Betriebsansiedelungen, Wasserver- und Abwasserentsorgungseinrichtungen, andererseits ermöglichen auch ***Arbeitsgemeinschaften*** zwischen Gemeinden und Unternehmungen die erfolgreiche Implementierung von Infrastrukturprojekten. Gemeinden und Unternehmen schaffen damit nachhaltig Arbeitsplätze und sichern dadurch gleichzeitig den Bestand des ländlichen Lebensraumes. Oft scheitern jedoch Kooperationslösungen daran, dass kurzfristige Eigeninteressen dem langfristigen Gesamtinteresse der Region übergeordnet werden. Die Gemeinden sind hier vor allem zu mehr Mut aufgerufen, die Bündelung ihrer Kräfte zuzulassen, um in weiterer Folge die Früchte der mit den Kooperationen einhergehenden Effizienzsteigerungen sowie der Qualitätsverbesserungen ernten zu können.

Investitionsausgaben der Kärntner Gemeinden unterdurchschnittlich

Bei den Investitionen sind die Kärntner Kommunen im Hintertreffen. So lagen die Investitionsausgaben der Kärntner Gemeinden 2004 mit € 268,– je Einwohner um 16,8% unter dem Durchschnitt aller österreichischen Gemeinden (2004: € 322,– je Einwohner) und nehmen damit den letzen Platz ein. Eine positive Entwicklung zeigt sich jedoch mit Blick auf die ***Entwicklung der Investitionsausgaben:*** Österreichweit reduzierten sich die Investitionsausgaben der Gemeinden seit 2000 um 1,1%, in Kärnten konnte man seit 2000 jedoch mit + 2,5% einen moderaten Zuwachs bei den Investitionsausgaben verzeichnen.

Die Kärntner Bürgermeister regieren sparsam: Die Finanzschuld der Gemeinden stieg seit 2000 mit 8,5% unterdurchschnittlich (österreichweit + 11,0%) auf € 1.142,– je Einwohner im Jahr 2004 an. Man liegt damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von € 1.644,– je Einwohner. Gemeinsam mit den Tiroler Kommunen weist man die geringste Finanzverschuldung unter den österreichischen Gemeinden auf.

Im Debt-Management könnten sich noch ***Kostensenkungspotenziale*** erschließen lassen: Mit Zinsausgaben von € 36,– je Einwohner weist man im Österreich-Vergleich zwar deutlich geringere Zinsausgaben auf als der Bundesdurchschnitt (€ 44,– je Einwohner), bei der Reduktion der Zinsausgaben bildet man in Österreich jedoch das Schlusslicht. So konnten die Kärntner Gemeinden seit 2001 die Zinsausgaben um lediglich 4% senken, während die österreichischen Gemeinden im selben Betrachtungszeitraum ihren Zinsendienst um 22% senken konnten. Dementsprechend hoch liegt daher auch die durchschnittliche Verzinsung der Finanzschuld: Sie lag 2004 bei 3,18%, während sie österreichweit 2,69% betrug.

Als Finanzier der öffentlichen Hand kann die Kommunalkredit hier einen Beitrag leisten. Wir bieten Gemeinden nicht nur maßgeschneiderte, kostengünstige Finanzierungslösungen an, sondern beraten sie auch: Etwa bei der Implementierung langfristiger Infrastrukturprojekte, bspw. in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften, oder aber auch bei der Optimierung des Debt-Managements.

3.5. SICHERSTELLUNG DES ÖFFENTLICHEN PERSONENNAH- UND REGIONALVERKEHRS

➔ *Bgm. Mag. Wilfried Berchtold*
Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes

Der ÖPNV – eine wichtige Versorgungsleistung für den ländlichen Raum

Die Sicherstellung der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs ist ein wichtiger Teil der Rahmenbedingungen für gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum. Dazu haben Bund, Länder und Gemeinden bisher bedeutende Leistungen erbracht. Diese Leistungen gilt es auch künftig aufrechtzuerhalten und sicherzustellen.

Jede einseitige Kürzung durch einen Finanzausgleichspartner ist kategorisch abzulehnen, da damit die Finanzierung des ÖPNV gefährdet wird. Die vom Bund geplante Novellierung des ÖPNRV-Gesetzes hätte eine derartige Kürzung durch den Bund dargestellt und wurde daher vom Land und den Gemeinden abgelehnt.

Jede Neuregelung der ÖPNV-Finanzierung hat daher sicherzustellen, dass

- der Bund weiterhin im bisherigen Ausmaß Mittel für den ÖPNV bereitstellt und zwar sowohl für den bisherigen als auch den künftigen Ausbaugrad.
- es zu keiner Schlechterstellung der bereits bestehenden Verkehrsdienste gegenüber den neu geplanten und zu schaffenden Verkehrsdiensten kommen darf.

➔ *Bgm. Helmut Mödlhammer*
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Besonders wichtig als Standortfaktor in ländlichen Regionen ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur, von der eine gute Erreichbarkeit des Lebensmittelpunktes, des Arbeitsplatzes und diverser Versorgungseinrichtungen ausgeht.

Viele Regional- und Nahverkehrslinien leiden unter Fahrgastmangel; oft ist die Aufrechterhaltung dieser Linien nur mehr durch den Schülertransport gegeben. Folgt man dem generellen Entwicklungstrend der nächsten 25 Jahre, so wird bis 2031 eine Vollmotorisierung mit 800 PKW pro 1.000 Einwohner erreicht werden. Durch die weitere Ausdünnung der Linien werden vor allem Kinder, alte Menschen und benachteiligte Gruppen zu leiden haben.

Ein Großteil der noch am Land lebenden Bevölkerung wird als Folge der prognostizierten hohen Treibstoffkosten, sukzessive den Arbeits- und Ausbildungsplätzen in die Ballungszentren folgen.

Es ist daher eine zutiefst politische Aufgabe diesen demographischen Wandel aufzuhalten. Dies wird nur möglich sein, wenn in Zusammenwirken aller Ebenen der Gebietskörperschaften eine optimale Struktur des ÖPNRV aufrechterhalten und ausgebaut wird. Der ÖPNRV fällt somit unter die Daseinsvorsorge, weil die Leistungen der Verkehrsunternehmen zu einem attraktiven und sozial ausgewogenen Preis angeboten werden müssen.

ÖPNRV Gesetzesentwurf, so aber sicher nicht!

Daher darf sich der Bund nicht gänzlich aus seiner Verpflichtung zur Mitfinanzierung des ÖPNRV verabschieden. Der Österreichische Gemeindebund hat zum jüngsten Gesetzesentwurf des ÖPNRV ausführlich Stellung genommen und daher massiv kritisiert, dass es sich hierbei lediglich um eine Verantwortung und Aufgabenübertragung des Bundes an die unteren Ebenen der Gebietskörperschaften handelt, ohne jedoch eine adäquate Übertragung von Finanzmitteln sicherzustellen.

Die Aufrechterhaltung von Bus- und Bahnlinien in den ländlichen Regionen muss auch dem Bund und den Ländern etwas wert sein!

➔ *Dr. Reinhard Platzer*
Generaldirektor, Kommunalkredit Austria

Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen

Unzureichendes Verkehrsinfrastrukturangebot in den Regionen führt zu dem bekannten Kreislauf: Verlust an Arbeitsplätzen, Migration in die Ballungsräume, sinkende Gemeindeabgaben, daraus folgend rückläufige Investitionen und damit schwächere Infrastrukturausstattung, was schließlich zu einer weiteren Erosion der regionalen Wertschöpfungsbasis führt. Ein auf Kundenbedürfnisse optimiertes, öffentliches Personennahverkehrsystem als Teil einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur ist mittlerweile auch zu einer Standortfrage geworden. Mangelhafter öffentlicher Personennahverkehr bedeutet daher einen ***Verlust der Standortqualität.***

Individualverkehr wird zunehmend zur Kosten- und Umweltfrage

Darüber hinaus wird der Individualverkehr in zunehmendem Maße zur ***Kosten- und Umweltfrage.*** Gerade in Tirol ist die Grenze des erträglichen Verkehrsausmaßes schon überschritten. Kombiniert man Standort- mit Kosten- und Umweltfragen, so rückt der öffentliche Personennahverkehr im ländlichen Raum daher als notwendige Alternative in den Vordergrund, die einer Stärkung bedarf. Aus umwelt-, verkehrs- und regionalpolitischen Gründen ist ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr unerlässlich. Bund, Länder und Gemeinden müssen sich daher gemeinsam für eine ausreichende Versorgung an öffentlichem Personennahverkehr entscheiden und diesen sicherstellen. Dem gegenüber stehen jedoch oft unrentable Fahrtstrecken, die hohe Kosten verursachen. Menschenleere Regionalzüge oder -busse sollten der Vergangenheit angehören. Die Effizienzfrage stellt sich nicht zuletzt auf Grund der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte.

Investitionsausgaben der Gemeinden rückläufig

Mit Blick auf die Investitionen zeigt sich in Tirol seit Jahren ein rückläufiger Trend. So lagen die durchschnittlichen Investitionsausgaben der Tiroler Gemeinden 2004 mit € 306,– je Einwohner um 5% unter dem Durchschnitt aller österreichischen Gemeinden (2004: € 322,– je Einwohner). Eine Reaktion auf den ***immer enger werdenden finanziellen Handlungsspielraum*** der Kommunen. Dennoch agieren die Tiroler Bürgermeister äu-

ßerst verantwortungsbewusst: Die Finanzschuld der Gemeinden stieg seit 2000 mit 3,9% deutlich unter jenem des Bundesdurchschnitts (11,0%) auf € 1.140,– je Einwohner an (Bundesdurchschnitt 2004: € 1.644,– je Einwohner). Auch im Debt-Management sind die Tiroler Gemeindestuben erfolgreich: Seit 2001 konnte der Zinsendienst für die Finanzschuld um mehr als 30% auf € 28,– je Einwohner gesenkt werden, auch hier lag man besser als der Österreich-durchschnitt mit einem Zinsendienst von € 44,– je Einwohner bzw einer Reduktion der Zinsausgaben seit 2001 von 19%. Damit der bereits erfolgreich eingeschlagene Weg der ***Haushaltskonsolidierung*** weiter beschritten werden kann, müssen in Zukunft neue Lösungen gefunden werden. Auch im öffentlichen Personennahverkehr gibt es hier Potenzial.

Neue, innovative Lösungsansätze

Neue, innovative Lösungsansätze sind gefragt, um ein kundenfreundliches und kostenoptimales Angebot an öffentlichem Personennahverkehr für die Bevölkerung sicherzustellen. Es ist nicht notwendigerweise Aufgabe der öffentlichen Hand, öffentlichen Personennahverkehr selbst zu betreiben, sondern es muss vielmehr die ***ausreichende, kundenorientierte Versorgung*** von öffentlicher Seite her gesichert sein. Es besteht daher eine Wahlmöglichkeit zwischen öffentlicher oder privater Dienstleistung bzw einer Kooperation zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Eine Zusammenarbeit ist hier besonders sinnvoll: Privates Engagement führt durch Innovation zu neuen Lösungsansätzen und so zu einer kostengünstigen Dienstleistungserbringung. Öffentliches Engagement ist deshalb von zentraler Bedeutung, weil die optimale Versorgungstiefe in sozial verträglicher Art und Weise sichergestellt werden muss. Im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften können hier neue Impulse gesetzt werden, die für alle Beteiligten zu positiven Ergebnissen führen.

Als Finanzier der öffentlichen Hand kann die Kommunalkredit hier einen Beitrag leisten. Wir bieten Gemeinden nicht nur maßgeschneiderte, kostengünstige Finanzierungslösungen an, sondern beraten sie auch: Etwa bei der Implementierung langfristiger (Verkehrs-)Infrastrukturprojekte, bspw in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften.

➔ *DI Josef Pröll*
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Die Sicherstellung eines funktionierenden Öffentlichen Verkehrs ist gerade im ländlichen Raum von großer Bedeutung, denn er sichert nicht nur die freie Wahl der Verkehrsmittel sondern bietet Mobilität für alle, insbesondere für Frauen, Kinder und ältere Personen. Der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel spart neben Sprit auch Platz und ist durch reduzierte CO_2-Emmissionen, weniger Feinstaubbelastung und geringe Lärmbeeinträchtigungen eine wichtige Klimaschutzmaßnahme.

Das Lebensministerium fördert daher gezielte Projekte und Kampagnen für innovative und attraktive Verkehrslösungen, wie zum Beispiel das Projekt **„Postbus XL“** in Tirol. Darüber hinaus fahren 1000 Postbusse unter dem Motto „Spritsparen Bus und Bahnfahren“. In Kombination mit öffentlichen Verkehrsmitteln steht auch das Radfahren im Zent-

rum gesunder Mobilität. Im Rahmen von klima:aktiv sollen Mobilitätsmanagement für Betriebe, Schulen, Gemeinden und Regionen erarbeitet werden.

Innovative Formen des öffentlichen Verkehrs wie Rufbusse, Gemeinde- und Stadtbusse und umweltfreundliche Fahrzeuge sollten noch stärker forciert werden. Hierbei ist die Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden, Ländern sowie des Bundes zur gemeinsamen Sicherung eines attraktiven Öffentlichen Verkehrs wichtig. Aber auch Verkehrsverbünde und Verkehrsunternehmen können einen wichtigen Beitrag leisten.

➔ *LAbg. Bgm. Dipl. Vw. Hubert Rauch*
Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes

Der öffentliche Personennahverkehr ist ein Punkt, die Zukunftsfähigkeit unserer ländlichen Gemeinden und Regionen zu sichern. Die heute hohe Mobilität von Menschen und Gütern sowie die jederzeit und allerorts verfügbaren Kommunikations- und Informationsmedien erfordern den Ausbau der Infrastruktur zwischen den Gemeinden und Regionen.

Zur Herstellung eines dauerhaften Gleichgewichtes zwischen produktiven und verbrauchenden Prozessen, ländlichen Gemeinden und städtischen Zentren bedarf es eines funktionierenden Beziehungsnetzes der Gemeinden und Regionen untereinander.

Wie schon eingangs erwähnt, ist der öffentliche Personennahverkehr nur ein Aspekt, aber ein sehr wichtiger hiefür.

Um so mehr verwundert mich der kürzlich ausgesandte Entwurf eines neuen Gesetzes für den Öffentlichen Personennahverkehr, der den Ländern und Gemeinden die finanzielle Hauptlast in diesem Bereich künftig aufbürdet. Der Bund verabschiedet sich weitgehend von seiner Verpflichtung und Mitfinanzierung. Die Länder und Gemeinden sind meines Erachtens keinesfalls in der Lage, den finanziellen Ausfall des Bundes auszugleichen.

Die Auflassung und Einstellung von Bus- und Bahnlinien, insbesondere in den ländlichen Regionen wird die Folge sein.

➔ *Manfred Rein*
Landesrat, Vorarlberg

Der öffentliche Verkehr ist ein Handlungsschwerpunkt der Landesverkehrspolitik – das spiegelt sich auch in den Zielen, die das neue Vorarlberger Verkehrskonzept vorgibt: Bis zum Jahr 2015 soll der Anteil der Wege, die die Vorarlberger und Vorarlbergerinnen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen, um 2% steigen. Das mag auf den ersten Blick wenig ambitioniert erscheinen, bedeutet beim öffentlichen Verkehr aber immerhin eine Zunahme um ca 18% oder ca 26.000 Wegen pro Tag.

Wenn der Anteil der mit Bahn und Bus zurückgelegten Wege steigen soll, erfordert das die Weiterentwicklung der Qualität im öffentlichen Verkehr – durch laufende Anstrengungen, aber auch durch eine nach Prioritäten ausgerichtete Strategie. Im Ballungsraum Rheintal/Walgau soll der ÖPNV als **Konkurrenzsystem** gegenüber dem Auto so attraktiv sein, dass in ihrer Mobilität wahlfreie Bürger zum Umsteigen motiviert werden können.

Andererseits muss für dünn besiedelte Landesteile eine *Grundversorgung* gewährleistet sein.

Die Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung für den öffentlichen Personennahverkehr ist zwischen dem Bund, dem Land und den Gemeinden aufgeteilt. In Vorarlberg erfolgt die Bestellung von Verkehrsdiensten bei der Bahn durch das Land, beim Bus durch Gemeinden und Gemeindeverbände – jeweils im Rahmen des Verkehrsverbundes. Die starke Verantwortung der regionalen Verbände soll die Identifikation der Gemeinden mit „ihrem" Land-, Stadt- oder Ortsbus sicherstellen. Die Festlegung und Weiterentwicklung der Tarife ist Aufgabe des Verkehrsverbundes. Die aus der Anwendung des Verbundtarifes resultierenden Einnahmenausfälle werden vom Land, vom Bund und aus Bedarfszuweisungsmitteln der Gemeinden abgegolten.

Die Finanzierung von Angebotsverbesserungen im Busverkehr erfolgt aus

- Förderungsmitteln des Landes, deren Höhe unter anderem von der Finanzkraft der Gemeinden abhängt, Anteilen aus dem Mineralölsteuerzuschlag,
- Finanzzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz, Förderungsmitteln des Bundes nach dem ÖPNRV-Gesetz und Eigenmitteln der Aufgabenträger (Gemeinde, Gemeindeverbände)

Eine wichtige Voraussetzung für die mittel- bis längerfristige Finanzierbarkeit des öffentlichen Verkehrs liegt beim Bund, der seiner Mitverantwortung in den letzten Jahren nur teilweise nachgekommen ist. Für die Gemeinden besonders unbefriedigend ist der seit dem Vorjahr wirksame Entfall der Bestellerförderung bei neuen Projekten. Unabhängig von den aktuellen Diskussionen über eine ÖPNV-Reform wäre daher wichtig, dass der Bund diese Maßnahme zurücknimmt und damit zumindest einen Teil der 1999 in Aussicht gestellten Beiträge zur Verfügung stellt.

➔ *Anton Steixner*
Landesrat, Tirol

„Benutzen von öffentlichen Verkehrsmitteln muss Normalität werden!"

Das Benutzen von öffentlichen Verkehrsmitteln muss die Normalität sein, nicht die Ausnahme! Es gibt keine andere Lösung für unser Verkehrs- und Schadstoffproblem. Wenn uns der ländliche Raum am Herzen liegt, muss uns das klar sein. Daher ist das Land Tirol auch bereit, sich an der Finanzierung von neuem Wagen-Material der ÖBB zu beteiligen. Dabei ist uns besonders wichtig, dass dieses neue Material hauptsächlich in Tirol zum Einsatz kommt. Wir wollen die Bahn attraktiver machen!

In Zusammenarbeit von Land, Gemeinden, TVBs und VVT wird derzeit auch weiter an der Umsetzung eines Regiobus-Konzeptes gearbeitet, 13 derartige Projekte wurden bereits innerhalb der letzten 3 Jahren umgesetzt. Der kürzlich eröffnete Busbahnhof Innsbruck ist diesbezüglich ein absoluter Meilenstein.

Verkehrszuwächse von 2 bis 3% jährlich bringen das Straßen-Netz in manchen Landesteilen bereits an die Grenzen der Aufnahmefähigkeit. Dennoch wird es uns nicht

möglich sein, überall neue Straßen zu bauen oder bestehende zu erweitern. Hier gibt es sowohl finanzielle als auch bauliche Grenzen.

Ein Teil der ***Luftbelastung*** in Tirol ist hausgemacht. Wir müssen uns daher vorbildlich verhalten und die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Jeder soll einen Beitrag zu besserer Luft leisten, zudem sind die öffentlichen Verkehrsmittel meist ohnehin günstiger als das eigene Auto. Das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel ist der direkteste Weg, unsere Luftwerte zu verbessern und die ***Verkehrsüberlastung*** zu verringern. Packen wir‘ s an!

3.6. WERTSCHÖPFUNG UND SCHAFFUNG VON ARBEITSPLÄTZEN DURCH DEN TOURISMUS

➔ *Dr. Hermann Hopp*
Geschäftsführer, Österreichischer Heilbäder- und Kurorteverband

Kurorte und Kurbetriebe im ländlichen Raum

Die Bedeutung, die der Tourismus für die Gemeinden, insbesondere im ländlichen Raum hat, ist hinlänglich bekannt. Erstaunlich ist, dass es in den einschlägigen statistischen Veröffentlichungen keine präzise räumliche Zuordnung der erzielten Nächtigungen bzw der Wertschöpfungen gibt.

Wir zählen im Jahr 2005 120 Mio Nächtigungen, davon wurden schätzungsweise 1/3 im Stadttourismus erzielt, etwa ein Drittel in „gemischten Gemeinden“, dh in Gemeinden die weder einen städtischen noch einen ländlichen Charakter haben, so etwa in Seefeld, Velden, Kitzbühel etc. Experten schätzen, dass ein Drittel aller Tourismusnächtigungen im ländlichen Raum erzielt werden, was deshalb wichtig ist, weil durch den Fremdenverkehr ein mehr oder minder sicherer Verdienst der ortsansässigen Bevölkerung erzielt werden kann.

Das Kurwesen ist in Österreich ein alter und anerkannter Zweig im Tourismus. Es gibt neun Landesgesetze, die das Kurwesen und die Verwendung der natürlichen Heilvorkommen (Wasser, Moor, Luft) regeln. Die Gesetze beinhalten die Voraussetzungen, die eine Gemeinde erfüllen muss, um das Prädikat „Kurort“ zu erhalten. Natürlich sind auch die Voraussetzungen für den Betrieb einer Kuranstalt geregelt. Es müssen ja nicht alle Kuranstalten, Thermen etc in einem Kurort gelegen sein. Derzeit haben 75 Gemeinden bzw Orte das Recht sich Kurort zu benennen. In der Regel geschieht die äußere Kennzeichnung als Kurort durch die Verwendung des Zusatzwortes „Bad“ zum Ortsnamen, sofern Heilwasser vorhanden ist. Andere Orte bezeichnen sich als Luftkurort, heilklimatischer Kurort etc. Die Statistik Austria führt eine Sondererhebung für den Kurtourismus durch. Gezählt werden die Nächtigungen in 60 Kurorten, darüber hinaus auch in Gemeinden mit Kuranstalten auf Grundlage ortsgebundender Heilvorkommen und Gemeinden mit Einrichtungen für Kneipp und sonstigen Kuren. Eine Übersicht über diese Kurorte zeigt, dass diese tatsächlich ganz überwiegend dem ländlichen Raum zuzuordnen

sind. In diesen Orten wurden 2005 18 Mio Nächtigungen erzielt. Etwa 8,6 Mio Inländer und 9,3 Mio Ausländer.

Üblicherweise sind die Kurbetriebe in diesen ländlichen Gemeinden mit Abstand die größten Betriebe. Eine Besonderheit liegt darin, dass Kurbetriebe bzw Kurgemeinden fast das ganze Jahr Saison haben. Die saisonalen Schwankungen sind im Vergleich zu anderen Tourismusbetrieben wesentlich geringer. Für die Gemeinden bedeutet dies, dass die dort vorhandenen Kurbetriebe sichere Arbeitgeber für das ganze Jahr sind. Dies ist auch der Grund, warum in den letzten 20 Jahren einige Gemeinden im ländlichen Raum versucht haben ein natürliches Heilvorkommen zumeist Heilwasser zu finden und zu verwerten, um ihren Bürgern Arbeitsplätze bieten zu können, bzw auch sichere Einkünfte für die Gemeindefinanzen zu erzielen. Es gibt hier eine ganze Reihe von erfolgreichen Beispielen. Natürlich gibt es bezüglich dieser Entwicklung auch Bedenken. Die Nachfrage im Kurtourismus ist sicher nicht steigerbar. Die Nächtigungszahlen der letzten 20 Jahre sind ziemlich konstant. Die Zahl der Anbieter, dh die Zahl der Kurbetriebe und Thermen nimmt aber ständig zu, und damit auch die Konkurrenz und das Investitionsrisiko.

➔ *Univ.-Prof. DDDr. Waldemar Hummer*
Institut für Europarecht und Völkerrecht, Innsbruck

Tourismus sichert in der EU 24 Mio Arbeitsplätze!

In der europäischen Tourismusindustrie (im engsten Sinn) erwirtschaften etwa 2 Mio Unternehmen? in der Regel sind dies kleine und mittlere Unternehmen (KMU) über 4% des BIP der EG und beschäftigen rund **4% aller Arbeitskräfte** (ca 8 Mio Arbeitsplätze). Da der Tourismus aber viele Wirtschaftssektoren betrifft, liegt unter Berücksichtigung all dieser Verknüpfungen sein geschätzter Anteil am BIP sogar bei rund 11% und sein Anteil an der Beschäftigung bei über 12% (24 Mio Arbeitsplätze). Er stellt damit einen gewichtigen Wirtschaftsfaktor und einen Motor der regionalen Entwicklung dar. Diese beeindruckenden Zahlen gehen aus einer „Mitteilung der Europäischen Kommission zur neuen EU-Tourismuspolitik“ hervor, die sie im März dieses Jahres vorlegte (KOM[2006] 134 vom 17. März 2006, Seite 2). In dieser Mitteilung versucht die Kommission vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Tourismusindustrie zu stärken und diese auch nachhaltig auszubauen, wobei sie eine enge Partnerschaft mit den Behörden der Mitgliedstaaten und den Interessengruppen des Tourismus anregt.

Bereits in ihrer Mitteilung über die „Grundlinien zur Nachhaltigkeit des europäischen Tourismus!“ vom November 2003 (KOM[2003] 716) betonte die Europäische Kommission die Wichtigkeit der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit im europäischen Tourismus und begann in der Folge mit der Vorbereitung einer europäischen „Agenda 21 für den Tourismus“, die sie 2006 abzuschließen gedenkt. 2007 will sie dann ihren Vorschlag für eine solche Tourismus-Agenda vorlegen.

Neben einer Fülle tourismusrelevanter Querschnittsmaßnahmen in den einzelnen Politikbereichen der EG und der optimierten Nutzung der bestehenden europäischen Finanzierungsinstrumente schlägt die Kommission aber auch Maßnahmen zur besseren Be-

werbung europäischer Reiseziele vor. So will sie diesbezüglich unter anderem auch die Einrichtung eines „Europäischen Portals“ für Reiseziele finanzieren, das ab März 2006 unter der Leitung der „European Travel Commission“ ins Netz gehen soll.

➔ *Bgm. Helmut Mödlhammer*
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Im Jahr 2004 belaufen sich die direkten Wertschöpfungseffekte des Tourismus auf € 15,26 Mrd, was einem Anteil an der Gesamtwertschöpfung (BIP) von 6,4% entspricht (direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte zusammen € 20.88 Mrd, 9%). Auch für die ländlichen Räume kann eine gezielte Entwicklungsstrategie für den Tourismus einen wirtschaftlich-sozialen Impuls darstellen.

Im Kalenderjahr 2005 wurden insgesamt 119,24 Mio Nächtigungen gemeldet, das entspricht gegenüber 2004 einen Zuwachs von 1,7%. Somit wächst der Wirtschaftsfaktor Tourismus und stellt einen wichtigen Beitrag als Motor der regionalen Entwicklung dar. Durch professionelle Kerngeschäftspolitik, fokussierter Markenstrategie und Präsenz in Vermarktungsnetzwerken kann eine ländliche Region die Wertschöpfung durch den Tourismus verbessern oder sogar erst realisieren. Auf der einen Seite kann der Fremdenverkehr auch zahlreiche Arbeitsplätze, Einkommen und Wohlstand in die abgelegensten Regionen bringen, und auf der anderen Seite ist er maßgeblich am Aufbau der Infrastruktur, Schaffung von Ausbildungsplätzen etc beteiligt.

Touristische Zukunftsregionen werden aber nur entstehen können, wenn eine Basis von Infrastruktureinrichtungen in den ländlichen Regionen erhalten bleibt, bzw wenn Länder, Regionen, Gemeinden und Tourismusverbände bei der Planung und Realisierung von Projekten innovativ zusammenarbeiten. Das heißt, dass in einer Region kein Gegeneinander sondern ein Miteinander arbeiten gefragt ist und ein vernünftiger Mix an Tourismusideen in einer Region angeboten werden sollte.

➔ *Dr. Arthur Oberascher*
Geschäftsführer, Österreich Werbung

Der Tourismus als Motor regionaler Wertschöpfung und Entwicklung

Zur Fähigkeit des Tourismus regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu generieren möchte ich vier sehr unterschiedliche Aspekte zum Thema Wertschöpfung in die Diskussion einbringen:

1. Die Chance zur Bildung von regionalen Wertschöpfungsclustern

Hier sehe ich im Tourismus gleich der Bildung von Clustern im Industriebreich die Möglichkeit, aufbauend auf starken regionalen Leitbetrieben, starke regionale Wertschöpfungsketten zu etablieren und auszubauen. Dass das „im Tourismus so nicht möglich ist“ lasse ich hier nicht gelten, da die von Michael Porter für die Clustertheorie aufgestellten Paradigmen sich sehr effizient auf den Tourismus anwenden lassen. Allerdings gilt auch hier wie bei Automotive oder der Biotechnologie eine kompromisslose Orientierung am „best of“, an der Excellence einer Region. Das zu ermöglichen verlangt aus meiner Sicht

von Gemeinden drei Fähigkeiten. Ein Erkennen. Ein Wollen. Und darauf aufbauend ein Ermöglichen.

2. Die neue Chance der Regionalität

Vor allem in Hinblick auf die Sehnsucht des Kunden nach Authentizität bieten sich als Ausgleich zur Globalisierung enorme regionale Potenziale. In diesem Umfeld wird die ansonsten als Schwäche titulierte Regionalität zur konsumierbaren Stärke – weil in der Regionalität das verdichtete Wissen von vielen ortsansässigen Generationen liegt. Und das ist für mich als Gast jedenfalls einen Kauf wert. Auch wenn es „ein wenig mehr kosten darf".

3. Das Schaffen regionaler Identität

Ich sehe den Tourismus gerade im regionalen Raum als hochgradig identitätsbildend. Auch das ist eine Form der Wertschöpfung. Was eine Gesellschaft (mit Stolz) erfüllt, erkennt man an dem höchsten Gebäude einer Stadt. Das sind die Wolkenkratzer in New York und Frankfurt. Und dass ist vielerorts nach wie vor die sprichwörtliche Kirche im Dorf.

Der Tourismus hat in den letzten Jahren begonnen, in den Regionen eigene solche Referenzpunkte zu schaffen. Nehmen Sie die neue alpine Holzarchitektur in Vorarlberger Gemeinden. Auch die Swarovski-Kristallwelten sind ein gutes Beispiel für diese Entwicklung. Oder die mutige Weinarchitektur im Burgenland und in der Steiermark. Diese Orte sind einerseits zu eigenen Attraktionspunkten des Tourismus geworden. Andererseits wirken sie hochgradig identitätsbildend für die Regionen selbst.

4. Der Tourismus weist Gemeinden als vielerorts regionale Leitindustrie den Wandel in die Dienstleistungsgesellschaft

Das heißt, dass eine touristische Gemeinde unmittelbar vor Ort einen Mikrokosmos für das darstellt, was man im Großen als die „dritte industrielle Revolution" bezeichnet – den Wandel in die Dienstleistungsgesellschaft. Diese Revolution wird völlig neue Arbeits-, Lebens- und Ausbildungswege mit sich bringen. Und es ist spannend, wie selbstverständlich man in Tourismusgemeinden dabei zum Beispiel mit einem Thema wie den Ladenöffnungszeiten umgeht.

➔ *Mag. Elisabeth Udolf-Strobl*
Sektionschefin im BMWA (Tourismus)

Tourismus spielt in der österreichischen Volkswirtschaft eine bedeutende Rolle. Mit rund 30 Mio Gästen jährlich und fast 120 Mio Nächtigungen erwirtschaftet der Tourismus in Österreich rund 9% des BIP.

Verantwortlich dafür zeichnen die etwa **1.600 Tourismusgemeinden** (Gemeinden ab 1.000 Nächtigungen pro Jahr sind per Verordnung meldepflichtig). Diese Gemeinden leisten mit ihrer bestehenden Infrastruktur und Investitionen wertvolle Beiträge nicht nur für den Tourismus (Hotel- und Gastgewerbebetriebe), sondern auch für zahlreiche ande-

re Wirtschaftszweige (Baugewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Verkehr etc).

Da Tourismus- und Freizeitbetriebe standortgebunden sind, bringt der Tourismus nicht nur Finanzkraft und Wohlstand in die Gemeinden, sondern schafft auch in abgelegenen Regionen abseits industrieller Wirtschaftszentren Ausbildungs- und Arbeitsplätze und bietet so eine wichtige Lebensgrundlage für die ansässige Bevölkerung.

Bemerkenswert ist die relativ starke **räumliche Konzentration** des Tourismus auf Gemeinden. Die 50 bedeutendsten Tourismusgemeinden haben einen Anteil von rund 50% am Gesamttourismus in den Wintermonaten. Im Sommerhalbjahr ist diese Konzentration etwas geringer.

Tourismus ist aber nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Städte und Tourismusgemeinden, sondern trägt auch in besonderer Weise zur wirtschaftlichen und sozialen Anbindung von Randregionen und benachteiligten Gebieten bei. Das Prinzip und das Ziel einer nachhaltigen Tourismus- und Freizeitwirtschaft ist eine sinnvolle Verflechtung aller Wirtschaftszweige einer Region.

Von zunehmender Bedeutung ist auch das Verhältnis von Tourismus und Landwirtschaft, die in immer stärkerem Maße voneinander profitieren. Tourismus kann zur langfristigen Sicherung der Kulturlandschaft, ihrer ökologischen Funktion und der nachhaltigen Nutzung von Ressourcen dienen und damit als zweites Standbein bzw als eine Erwerbsalternative zur Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Regionalentwicklung leisten.

4. RESÜMEE

Die Landeskonferenzen zur Vorbereitung des Gemeindetages 2006 haben bewirkt, dass sich eine Vielzahl von politischen Entscheidungsträgern schon im Vorfeld dieser kommunalen Großveranstaltung mit den unterschiedlichsten Themenkreisen zur Frage der Entwicklung des ländlichen Raumes befasst haben. Durch die Einbindung von Praktikern und Experten aus den Bundesländern konnte auf aktuelle Entwicklungen hingewiesen und einzelne Problembereiche mit regionalen Besonderheiten aufgeworfen werden.

Mit der zahlreichen Teilnahme an den Konferenzen und der parallel laufenden Dokumentation im Kommunalnet wurde ein breiter Gedankenaustausch in Gang gesetzt. Die Themen wurden einem breiten Kreis von politischen Entscheidungsträgern näher gebracht, wie es nicht oft der Fall war.

Durch die Teilnahme der Bundesminister Pröll und Bartenstein, einiger Landeshauptleute sowie von Vertretern der gesetzgebenden Organe und der Interessensvertretungen an den Konferenzen konnte das Motto des Österreichischen Gemeindetages 2006 **„Arbeit sichern, Zukunft leben, Gemeinde stärken“** in seiner Wichtigkeit deutlich unterstrichen werden. Einen weiteren politischen Höhepunkt soll das Thema schließlich mit der ranghohen Diskussion am Gemeindetag 2006 bilden. Weitere inhaltliche Schritte werden in der Konzeption und Erstellung eines Masterplanes für den ländlichen Raum erfolgen.

Eines sei aber schlussendlich noch gesagt: „Es ist nicht allein Aufgabe des Österreichischen Gemeindebundes sich diesen geänderten Rahmenbedingungen zu stellen und Entwicklungen nicht ‚passieren‘ zu lassen. Jeder Einzelne ist aufgefordert, nicht nur zu reagieren, sondern auch konkret zu agieren und zu versuchen, lenkend einzugreifen. Nur dann hat der Lebensraum Österreich, der Lebensraum ‚Land‘ eine gesicherte Zukunft“.

Der ländliche Raum soll uns weiterhin ein wichtiges Anliegen sein. Sie sind daher auch weiterhin herzlich eingeladen, einen Beitrag auf www.kommunalnet.at unter der Rubrik „Diskussionsforen“ abzugeben.

Impressum

Impressum: Schriftenreihe des Österreichischen Gemeindebundes

Medieninhaber (Verleger): MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH; A-1014 Wien, Kohlmarkt 16. FN 124 181w, HG Wien. **Gesellschafter, deren Anteil 25% übersteigt:** Manz Gesellschaft m.b.H., Wien, Beteiligung an Unternehmen und Gesellschaften aller Art und Wolters Kluwer International Holding B.V. Amsterdam, Beteiligung an Unternehmen. **Verlagsadresse:** A-1015 Wien, Johannesgasse 23 (verlag@manz.at). **Geschäftsführung:** Mag. Susanne Stein-Dichtl (Vorsitz) **Verlagsleitung:** Prokurist Dr. Wolfgang Pichler. **Herausgeber:** Vortr. HR Dr. Robert Hink, GDir. Dr. Reinhard Platzer. **Schriftleitung und Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Markus Achatz, Mag. Dr. Raimund Heiss, LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl, Mag. Dr. Peter Pilz **mailto:** oesterreichischer@gemeindebund.gv.at; www.gemeindebund.at; office@noegbg.at; kommunal@kommunalkredit.at; www.kommunalkredit.at; **Hersteller:** Novographic Druck G.m.b.H., 1230 Wien.

ISBN-10: 3-214-14490-1

ISBN-13: 978-3-214-14490-6

Wien, Juli 2006

Schriftenreihe RFG
Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden

Band 3/2003
Flotzinger/Leiss
Gemeindeabgaben im Insolvenzverfahren
IV, 32 Seiten. EUR 9,80 /
ISBN 3-214-14475-8

Band 4/2003
Becker/Jäger/Kirowitz/Suárez/Trenker
Lenkungseffekte von Abgaben auf Handymasten
54 Seiten. EUR 15,20 / ISBN 3-214-14476-6

Band 5/2003
Hink/Mödlhammer/Platzer (Hrsg)
Auswirkungen des Regierungsprogramms auf die Gemeinden
126 Seiten. EUR 28,– / ISBN 3-214-14477-4

Band 1/2004
Achatz/Oberleitner
Besteuerung und Rechnungslegung der Vereine
76 Seiten. EUR 18,80 / ISBN 3-214-14473-1

Band 2/2004
Huber/Noor/Trieb/Reifberger
Die Gemeinden und ihre straßenpolizeilichen Aufgaben
88 Seiten. EUR 21,– / ISBN 3-214-14474-X

Band 3/2004
Colcuc-Simek/Mader/Skala/Viehauser/Zimmerl
Herausforderung Siedlungswasserwirtschaft
80 Seiten. EUR 18,80 / ISBN 3-214-14478-2

Band 4/2004
Kerschner/Wagner/Weiß
Umweltrecht für Gemeinden
172 Seiten. EUR 36,– / ISBN 3-214-14479-0

Band 5/2004
Schmied
Facility Management
64 Seiten. EUR 14,80 / ISBN 3-214-14482-0

Band 6/2004
Österr. Gemeindebund
Katastrophenschutz – Katastrophenbewältigung
94 Seiten. EUR 22,80 / ISBN 3-214-14481-2

Band 1/2005
Hink/Leininger-Westerburg/Rupp
E-Government – Leitfaden für Bürgermeister und Gemeindebedienstete
64 Seiten. EUR 14,80 / ISBN 3-214-14483-9

Band 2/2005
Heiss/Dietmar Pilz
Kosten- und Leistungsrechnnung der Siedlungswasserwirtschaft Arbeitsbehelf zur Ermittlung und Zuordnung der Kosten in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung für Gemeinden und Verbände
78 Seiten. EUR 19,80 / ISBN 3-214-14484-7

Band 3–4/2005
Mitterbacher/Schrittwieser
Kommunales Abgabenstrafrecht
196 Seiten. EUR 38,– / ISBN 3-214-14487-1

Band 5/2005
Achatz/Hacker-Ostermann/Heiss/Pilz
Betriebsprüfung in der Gemeinde
95 Seiten. EUR 24,– / ISBN 3-214-14486-3

Band 1–2/2006
Sachs/Hahnl
Das neue Bundesvergaberecht 2006 – Leitfaden für Länder und Gemeinden
162 Seiten. EUR 36,– / ISBN 3-214-14485-5

Band 3/2006
Kommunalnet E-Government Solutions GmbH
Handbuch Kommunalnet
84 Seiten. EUR 19,80 / ISBN-10: 3-214-14488-X,
ISBN-13: 978-3-214-14488-3

Band 4 a/2006
Mugler/Fink/Loidl
Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe im ländlichen Raum
52 Seiten. EUR 13,80 /
ISBN-10: 3-214-14489-8
ISBN-13: 978-3-214-14489-0

Band 4 b/2006
Österreichischer Gemeindebund (Hrsg)
Zukunft ländliche Gemeinde
Diskussionsbeiträge zum Österreichischen Gemeindetag 2006
108 Seiten. EUR 26,– /
ISBN-10: 3-214-14490-1
ISBN-13: 978-3-214-14490-6

RECHTaktuell

Das Neueste der Edition Juridica

Stempkowski

Vergaberechtsmuster für Gemeinden
samt Grundlagen des Verfahrens nach dem BVergG 2006

Gezielt für **öffentliche Auftraggeber,** besonders Anwender im Gemeindebereich, aufbereitet:

- Rechtliche Grundlagen – kurz und prägnant dargestellt
- Muster – für Ausschreibung, Zuschlagserteilung, Widerruf etc.
- Tabellen, Checklisten, Zusammenfassungen – für den schnellen Durchblick

Der allgemeine Teil stellt die wichtigen Bestimmungen des neuen Bundesvergabegesetzes 2006 und die einzelnen Vergabeverfahren dar, besonders **wertvoll** sind die **Muster und Checklisten** – sie sparen Zeit und erleichtern die rechtskonforme Durchführung von Auftragsvergaben.

Der Autor:
Mag. **Martin Stempkowski** ist Rechtsanwalt in Wien, Partner der Kanzlei HASLINGER/NAGELE & PARTNER und Autor zahlreicher Beiträge zum Vergaberecht in Fachzeitschriften.

2006. 210 Seiten. Spiralisiert. EUR 34,–
Vorzugspreis für Gemeinden EUR 28,50
ISBN-10: 3-214-00369-0 / ISBN-13: 978-3-214-00369-2

Besuchen Sie unsere Fachbuchhandlung für Recht, Steuer, Wirtschaft! Der schnelle Weg zum Recht:
E-Mail: bestellen@MANZ.at • Tel.: 01/531 61-100 • Fax: 01/531 61-455 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Kohlmarkt 16, 1014 Wien FN 124 181w • HG Wien

JURIDICA
www.juridica.at

P.b.b. Verlagspostamt 1010 Wien
Erscheinungsort Wien
03Z035091M

RECHTaktuell

Das Neueste zum öffentlichen Recht

RFG

Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden

Für mehr als 2.300 Gemeinden und deren Berater ist die RFG in juristischen, steuerrechtlichen und finanziellen Fragen die kompetente Hilfe. Denn die RFG deckt kommunale Belange umfassend ab:

- Schwerpunktthemen
- Judikaturübersichten
- Checklisten
- Grafiken mit PPP-Modellen

Qualität durch Kompetenz der Redaktion

Markus Achatz, Peter Pilz, Christoph Grabenwarter, Ferdinand Kerschner, Wolfgang Meister, Klaus Rabel, Raimund Heiss, Alfred Riedl.

Jährlich 4 Hefte.
Jahresabonnement 2006 EUR 112,– inkl. Versand
Jahresabonnement 2006 für Mitglieder des Österreichischen Gemeindebundes EUR 92,– inkl. Versand
Einzelheft 2006 EUR 33,60

Besuchen Sie unsere Fachbuchhandlung für Recht, Steuer, Wirtschaft! Der schnelle Weg zum Recht:
E-Mail: bestellen@MANZ.at • Tel.: 01/531 61-100 • Fax: 01/531 61-455 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Kohlmarkt 16, 1014 Wien FN 124 181w • HG Wien

MANZ
www.manz.at